DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

194 | 17. JAHRGANG | November 2000 | 8,00 DM / 4,00 Euro

148,–
49,80
197,80

VON PRAG NACH NIZZA

People before Profits

Der Geist von Seattle vor 11 Monaten, die Zusammenarbeit von verschiedenen Gruppen als Ausdruck einer sozialen Gesamtbewegung, entsteht in Europa durch die Diskussion um die Grundrechtecharta der EU und ihrer Gegenplattform. Ähnlich der WTO garantiert das EU-System den Erhalt und Ausbau der Wachstumsideologie, vorangetrieben mittels ERT (European Round Table of Industrials) initiiert von transnationalen Konzernen. Anfang Dezember sollen in Nizza die Gipfelvertreter eine Revision des EU-Vertrags, die Reform der EU-Institutionen, einen Grundrechtekatalog und die Osterweiterung – aber auch über Kriterien eines neuen Sozialsystems in Europa, entscheiden.

Protest der PGA in Prag

Birgit Koch, Redaktion Hamburg ● Vergleichbar undemokratisch wie WTO, IWF und Weltbank auch in Prag weitere Feineinstellungen zur Umverteilung von Arm zu Reich justieren, will die EU-Kommission mit gänzlicher Ignoranz gegenüber den Interessen der Bevölkerung ihren Liberalisierungskurs durchsetzen. Im vorauseilenden Gehorsam als Erfüllungsgehilfe der Großindustrie soll hinter dem Rücken gewählter Volksvertreter beschlossen werden: Der Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit, vor allem in Konkurrenz zu den USA, die Deregulierung der Märkte und als Globalcredo die Steigerung der Macht der Wirtschaft gegen die der Regierungen, sind paradoxerweise die Zentralvorgaben in den Staaten der EU und vorbereitend auch schon in den Beitrittsländern. Die angestrebte florierende Konjunktur und damit die steigenden Profite werden so zum Transmissionsriemen der Selbstentmachtung der vermeintlich staatlichen Demokratien. Hier vollzieht sich, was in den Gremien der OECD von langer Hand vorbereitet und geplant wurde.

Bei all dem wird der Informationsstand der Bevölkerung nach wie vor gleich Null gehalten. Weit ausladend werden die individuellen Vorzüge einer europaweiten Marktwirtschaft versprochen. Unter dem realen Druck der unterschiedlichen sozialen und kulturellen Arbeits- und Lebensbedingungen, mit dem Zwang zur Rendite werden diese dann gegeneinander ausgespielt indem der niedrigste Level des Einzelfalls zum wohlfeilen Standard aller gemacht werden soll. Statt des breiten Wohlstands wird hier die Verengung auf die Interessen des Reichtums betrieben. Unterstützend auf höchster Ebene der EU, wo Entscheidungsträger von Wirtschaft und Regierung von jeglicher demokratischen Kontrolle ungestört walten und schalten können, wird so die europäische Variante des Internationalen Lobbyismus institutionalisiert.

Der konkrete Sachstand der Politik von IWF, Weltbank, WTO und EU kann der Öffentlichkeit nicht klar sein. Schweigen der Medien im Blätterwald, der jeden Anspruch an Neutralität aufgegeben zu haben scheint, kriminalisiert die Protestbewegung. Obwohl die Themen folgenreich für Umwelt, Arbeit und Demokratie und damit von öffentlichem Interesse sind, überdeckt Gewaltdarstellung die Inhalte.

Stabilität durch Gleichheit für alle mittels Wachstum für Arbeitsplätze ist nach wie vor die stumpfe Parole. Dem Aufbau der Bildungssysteme in den subventionierten Staaten soll als Garant für Wandel und Wohlstand besondere Aufmerksamkeit zu teil werden. Der ehemalige Vizepräsident der Weltbank *Joseph Stiglitz* legte sein Amt nieder, um nicht weiterhin eine Politik zu unterstützen, die weder von den betroffenen Ländern abgesegnet wird, noch genötigt ist, die wirtschaftswissenschaftliche Fachdiskussion zur Kenntnis zu nehmen. Ein Gegengewicht zu den Finanzmärkten, auch in Europa mehr Demokratie und Ressourcenschonung zu schaffen, stellt die Sozialen Bewegungen, die NGO' s, die Internationalen Gewerkschaften vor eine Zusammenarbeit neuer Qualität. Wenn sie tatsächlich gemeinsam folgenreich wirken wollen, ist auch das Eis zum Rest der Bevölkerung einzubrechen. Einige Berichte, Forderungen und Zielvorgaben der sozialen Bewegungen, international und in Europa, werden im aktuellen Schwerpunkt dargestellt.●

Seite 7 bis 10

SCHWERPUNKTTHEMA

War »Prag 2000« ein Erfolg? Maria Mies über die Proteste
»Die Erklärung von Prag« Seite 7
Die Brüssel-Erklärung Von Seattle nach Brüssel Seite 8
EU-Grundrechtekatalog: Politische Ziele nicht erwünscht Seite 9
Paris: Europäische Erwerbslosenversammlung
Obdachlose wehren sich: Schluss mit dem Bettelverbot!
6.12.2000: Auf nach Nizza! Seite 10

AUS DEM INHALT:

5. LINKE LITERATURMESSE
Linke Literatur am »laufenden Meter« wird bei freiem Eintritt wieder im ehemaligen Nürnberger KOMM (jetzt »K4«) präsentiert. Zum Jubiläumsjahr der LLM gibt es ein umfangreiches Begleitprogramm. Näheres auf Seite 2.

JUGOSLAWIEN
Die bürgerlichen Medien sind sich mal wieder einig: in Jugoslawien wird ein »Kampf zwischen Demokratie und Diktatur« ausgetragen und die »Guten« – die »Demokratische Opposition Serbiens« – sind siegreich. Seite 3

SCHWULSEIN IN DER BEWEGUNG
Als schwuler Mann in der gewaltfreien Bewegung aktiv zu sein, ist nicht immer ganz einfach. Ebenso ist es nicht unkompliziert, als Gewaltfreier sich in der Schwulenbewegung zu engagieren ... Seite 4

MUMIA ABU-JAMAL
Informationen für die UnterstützerInnen von Mumia gab es Ende September in Philadelphia. Bericht auf Seite 5.

FREIE RADIOS
Seit dem 8. November sind sie auf Sendung: Die Radios »bermuda.funk« und »RadioAktiv« senden auf einer gemeinsamen Frequenz im Großraum Heidelberg/Mannheim/Ludwigshafen. »Radio CORAX« in Halle sendet schon seit dem 1. Juli 2000. Seite 5

SOZIOKULTUR
Mit Beträgen zwischen 80 und 250 DM je BesucherIn wird das öffentliche Theater gefördert, 5,72 DM gab es 1998 für die BesucherInnen soziokultureller Zentren in Nordrhein-Westfalen. Mit dieser unzureichenden Förderung ist die Arbeit der Zentren und Initiativen gefährdet, so ein Ergebnis aus einer aktuellen Umfrage der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur NW. Seite 5

DIE EXPO WAR EINE SHOW
Unter dem der »agenda 21« entlehnten, anmaßenden Motto »Mensch-Natur-Technik« fand erstmals auf deutschem Boden eine Weltausstellung statt, die anders als alle anderen vor ihr, Lösungsmodelle für alle wichtigen Menschheitsfragen anbieten sollte. Seite 6

FINANZMÄRKTE
Die »Erklärung für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte«, veröffentlicht vom gleichnamigen Netzwerk hat zu Streit in der Szene geführt. Der BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft veröffentlichte einen »Offenen Brief« an das Netzwerk. Seite 11

www.contraste.org

D 8008

6. BUNDESTREFFEN DER TAUSCHRINGE:

»Wer nichts hat, der ist auch nichts wert«

VertreterInnen von 66 Tauschsystemen, insgesamt 160 TeilnehmerInnen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Ecuador trafen sich am letzten Septemberwochenende in Karlsruhe.

Birgit Koch, Red. Hamburg ● Drei Eröffnungsvorträge leiteten die Tagung mit dem Titel »Eigenverantwortung und soziales Engagement« ein:

Den Wert eines Menschen allein an seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit zu messen sei zutiefst inhuman und außerdem falsch, stellte *Regine Hildebrandt*, ehemalige Sozialministerin in Brandenburg, in ihrem Vortrag »Tauschringe – ein Markt neben der Marktwirtschaft« fest. In der Marktwirtschaft gilt nun mal die Regel: »Wer nichts hat, der ist auch nichts wert« mit der Folge sozialer Ausgrenzung. Tauschringe helfen hier in mehrfacher Hinsicht weiter: zum einen kann sich auch der etwas »leisten«, der nur wenig Geld hat.

Zum zweiten kann sich beispielsweise ein Arbeitsloser oder Sozialhilfeempfänger beweisen, dass er durchaus nützlich und leistungsfähig sein kann und zum dritten sind Tauschringe auf Kommunikation und Zusammenarbeit angelegt, die die soziale Integration der Teilnehmenden bewirkt. Die Tauschringe sollten ihren Bekanntheitsgrad verbreitern und in praktischer Arbeit ihre Attraktivität erhöhen. Das Honorar von Frau Hildebrandt wurde in Zeitwährung vergütet.

Mit »Lokale Nebenwährungen – Chancen und Perspektiven im vereinten Euro-Europa« gelang *Dr. Hugo Gottschalk* (Paysys-GmbH, Frankfurt) ein Vergleich der Tauschsysteme als lokale Nebenwährung des 3. Sektors mit Äquivalenten des ersten Systems. So werden lokale Nebenwährungen der Geldwirtschaft, insbesondere durch die Revolution des »E-Geldes« per pre-payed Scheckkarte als »Türöffner« Legalität und Bedeutung der Zeitwährungen forcieren.

Mit »Tauschringe als innovative Kraft im 3. System« beleuchtete *Dr. Monika Schillat* (TU Berlin) die Entwicklungsperspektiven des 3. Sektors (unbezahlte Arbeit) unter Einbeziehung der Tauschringe. Entlang eines von der Forschungsgruppe »Lokale Ökonomie« an der TU Berlin entwickelten Modells stellte sie die herausragende Bedeutung lokaler Tauschaktivität als Kontaktfeld dar.

Die Berichte aus Italien mit 320 Tauschringen (BDT Banca del Tempo, SRI Systeme der indirekten Gegenseitigkeit) und 8.000 Teilnehmern sowie Frankreich mit 350 Tauschringen (SEL Systeme d'échanges locaux) und ca. 25.000 Teilnehmern bestätigten die Ähnlichkeit zur deutschen Situation mit 340 Systemen und über 30.000 Teilnehmenden. Auch in Ecuador sind in den letzten Monaten 90 Tauschringe (SINTRAL-Gruppen) entstanden. Sie sind nicht mit unseren Systemen vergleichbar.

Das anspruchsvolle Kulturprogramm mit Tanzperformance und französischen Chansons sorgte für einen gemütlichen Abend während des 6. Bundestreffens der Tauschsysteme im Kulturzentrum Tempel in Karlsruhe.●

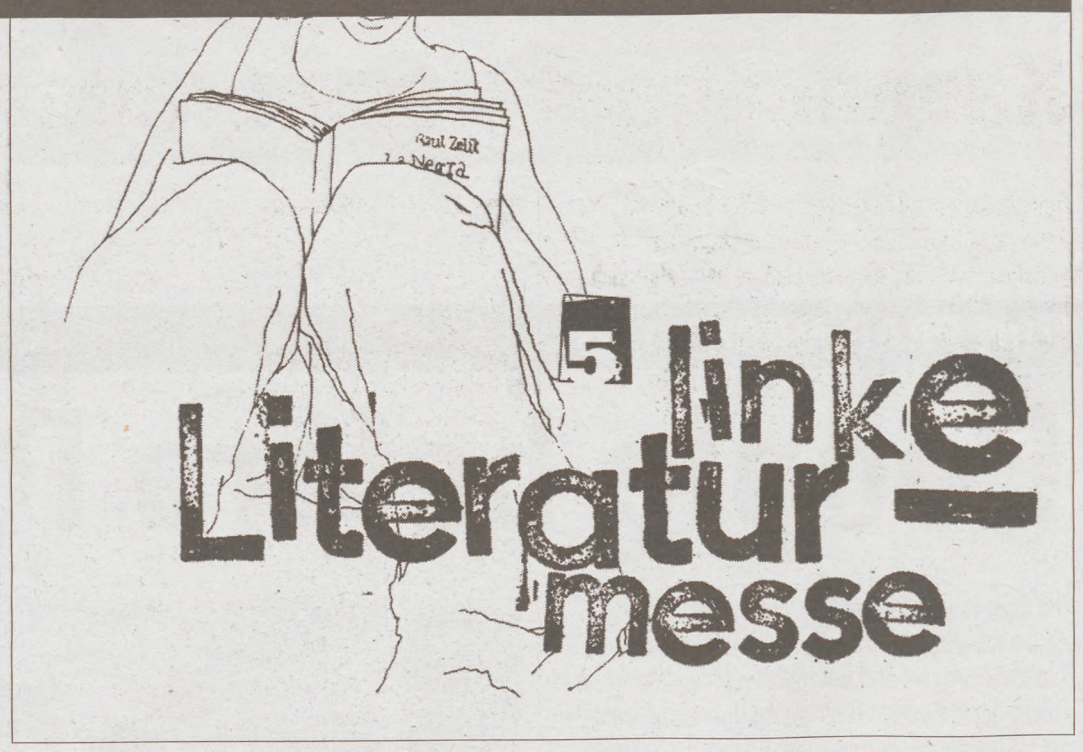
Kontakt: Tauschring Karlsruhe, Hardtstr. 37a, D-76185 Karlsruhe, Tel. (07 21) 955 35 41

Eine aktuelle Liste der Tauschringe aus der BRD, Österreich, Schweiz, Frankreich und international wird in den »Bunten Seiten 2001«, die im Januar 2001 erscheinen werden, veröffentlicht.

01.3669 47 0
Dr. Carola Möller
Herwarthstr. 22
D-50672 Köln

5. LINKE LITERATURMESSE IN NÜRNBERG:

Revolution to read!



Die erste und einzige linke Literaturmesse der BRD hat Jubiläum: Bereits zum fünften Mal findet sie vom 17. bis 19. November am angestammten Ort im Ex-KOMM, heute »K4« statt.

Redaktion Heidelberg ● Anwesend werden mit über 50 Ständen zwischen 80 und 100 Verlage aus den Bereichen Buch und Zeitschrift sein. Das Programm umfasst dabei alles, was das marxistische, sozialistische oder anarchistische Herz zu lesen begehrt und nimmt das ganze frisch renovierte Haus am Königstor in Beschlag.

Wie jedes Jahr wird von den Veranstaltern, dem Literaturladen »Libresso« und dem Archiv & Bibliothek »Metroproletan« (Ex-KOMM), ein umfangreiches Rahmenprogramm aus Buchvorstellungen, Lesungen, Diskussionen und Informationen geboten. Der Eintritt ist stets frei, auch für das leibliche Wohl wird gesorgt. Obwohl nicht alles feststeht, hier ein vorläufiger Programmüberblick:

Freitag, 17.11.:
Messe von 19 bis 22 Uhr
19.15 Uhr: »Die Bewegung 2. Juni«, Gespräche über Haschrebellen, Lorenzentführung, Knast. Buchvorstellung mit Ralf Reinders. ID-Verlag.
21.15 Uhr: Film über Michael Collins (Irland).

Samstag, 18.11.: Messe von 10 bis 22 Uhr
12 Uhr: »La Negra«, Buchvorstellung mit dem Autor Raul Zelik, der aus seinem Roman über Kolumbien liest. Erschienen bei Edition Nautilus.
13.30 Uhr: »Auf legalem Weg in einen Polizeistaat«, Buchvorstellung und Diskussion mit dem Autor Frederik Roggan. Pahl-Rugenstein Verlag.
15 Uhr: »Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung«. Jutta Ditfurth stellt ihren Abgesang auf die real existierende Regierungskunst vor und diskutiert mit den BesucherInnen. Econ Verlag.
16 Uhr: »Widerstand in den Gefängnissen der Türkei«. Veranstaltung der Zeitschrift Bolschewik Partisan.
16.30 Uhr: »...und er muss deutsch sein...«, eine Buchvorstellung und Diskussion zum Thema Geschichte und Gegenwart der studentischen Bewegungen. VSA-Verlag.
17 Uhr: Podiumsdiskussion »Linke Kleinverlage auf ihrem steinigen Weg durch Informations- und Spaßgesellschaft«. Eine Diskussionsveranstaltung der Zeitschrift CONTRASTE mit Redakteur Kurt Regenauer, dem »Trotzdem Verlag«, »Schwarzer Faden«, »aLiVe«, »Anares Nord«, »Packpapier-Verlag« u.a.
17 Uhr bis ca. 18.30 Uhr: volles musikalisches Programmm der Linksradikalen Liedertafel Nürnberg.
19 Uhr: »Wohin geht die Befreiungsbewegung Kurdistans«, Veranstaltung der Zeitschrift »Trotz Alledem«
19.30 Uhr: »Neue Perspektiven für die Befreiung der Frau«, Lesung und Diskussion. Verlag Neuer Weg.
21.15 Uhr: Film über Michael Collins (Irland).

Sonntag, 19.11.:
Messe von 10 bis 15 Uhr
11 Uhr: Chomsky-Lesung, Diskussion und Videofilmsequenz mit dem Übersetzer Michael Schiffmann, Trotzdem Verlag.
12 Uhr: »Hoch die – Kampf dem«. 20 Jahre Plakate autonomer Bewegung. Diashow, Buchvorstellung.
13.30 Uhr: »Haare auf Krawall. Subkulturen Leipzig 1980 bis 92«. Buchvorstellung.
14.30 Uhr: »Ich habe mich mit dem Tod geliebt.« Lesung mit dem Autor Mehmet Sükrü Gülmüs (Essen). Unrast-Verlag.

Während der LLM wird es ein informelles Treffen von RedakteurInnen und LeserInnen der CONTRASTE geben. Thema: »Zukunft des Zeitungsprojekts CONTRASTE«. Info dazu am Stand.

Aktuelle Infos:
Organisation der Literaturmesse, Tel. (09 11) 22 50 36

NEONAZIS: »BEFREITE ZONE« IN HALLE?

Der Neonazi-Laden »The Last Resort«

Im Januar 2000 wurde in Halle der Neonazi-Laden eröffnet – getreu dem Konzept der »National befreiten Zonen«, welches seit mehren Jahren von der organisierten Neonazi-Szene propagiert und regional mit Erfolg umgesetzt wird.

AG Antifaschismus/Antirassismus Halle ● Dieses Konzept besagt, dass u.a. in Städten und Dörfern Ladengeschäfte, Druckereien, Werbeagenturen, Gaststätten... von Neonazis eröffnet werden sollen. Einerseits um die Neonazi-Szene zu finanzieren und andererseits, gerade im Bezug auf Ladengeschäfte, um einen Anlauf- und Informationspunkt für Kameraden und Interessierte zu schaffen, sowie die Szene mit Propagandamaterial, Musik und Kleidung zu versorgen.

Wichtiger Bestandteil dieses Konzeptes ist die Vorgabe sich im näheren Wohn- und Geschäftsumfeld als »akzeptierte Opposition« zu etablieren und in diesem Raum faktisch die Macht auszuüben, also rechts – und staatsfreie Räume zu schaffen. In der Regel führt das dazu, dass Widerstand und Gegenaktivitäten unmöglich werden, wie das Beispiel Wurzen zeigt.

Auch in Halle gab es mehrere Versuche dieses Konzept umzusetzen, so mit dem Neonazi-Laden »RÜSTHAUS« in der Merseburger Straße, welcher von Konrad Rock (Mitglied im FVB – Freiheitlicher Volks Block) betrieben wurde und mittlerweile nicht mehr existiert. Und dem »Way of Life« am Boulevard, dessen Angebot nach mehreren antifaschistischen Angriffen entschärft wurde. Betreiber des Neueröffneten »The Last Resort« in Halle ist Sven Liebich. Verantwortlich für Gewerbeanmeldung und Mietvertrag ist seine Schwester Sandra Liebich, was sicherlich eine Folge der vermehrten staatlichen Repression der letzten Jahre ist. Sven Liebich ist kein Neuling auf diesem Gebiet , bis 1999 war er Betreiber des »Ultima Tonträger Vertriebes – UTV« im Karpfenweg 19 in Halle. Der UTV war bis zu diesem Zeitpunkt einer der größten Neonazi-Vertriebe in Deutschland. (1) Er war mehrere Male Ziel polizeilicher Durchsuchungen, bei denen indizierte Tonträger und umfangreiches Propagandamaterial sichergestellt wurden. (2)

Nach unseren Informationen wird es deshalb im Herbst diesen Jahres einen Prozess gegen Sven Liebich in Halle geben. Desweiteren eröffnete er im Jahre 1999 in Leipzig den Neonazi-Laden »MIDGARD« und war zusammen mit Sven Schwarz, für die Herstellung und Verbreitung des Fanzines »THE NEW DAWN« der »Blood & Honour Sektion Sachsen-Anhalt« verantwortlich. (3) Sven Liebich beschränkt sich nicht nur auf Kontakte zum Blood & Honour-Netzwerk, sondern pflegt auch Beziehungen zur Terrororganisation Combat 18 aus England.

Ein weiteres Indiz für die zunehmende Organisierung ist sein Kontakt zur »Halle-Leobener Burschenschaft Germania«. Am 22.4.00 fand in den Räumen der HLB-Germania eine Veranstaltung statt, an der neben ihm Steffen Hupka (Ex-NPD-Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt) und Mirko Appelt (Vorsitzender Kameradschaft Klötze) sowie Mitglieder des »Selbstschutz Sachsen-Anhalt« (SSSA – selbst gewählte Abkürzung) teilnahmen. Ein weiteres Indiz für die Gefahr, die von diesem neuen Geschäft in Halle ausgeht, ist die Herstellung und Verbreitung des »Nationalen Beobachters«. Diese Zeitschrift, welche auch im Internet verfügbar war (siehe MZ, 15.06.00, S.3 »Ein paar Rote um die Ecke bringen«), ist nach Selbstdefinition das Sprachorgan des »Nationalen Widerstandes Halle«. Die Wohnung des Betreibers Thomas Richter wurde kurze Zeit später von der Polizei durchsucht und diverse Utensilien beschlagnahmt. Der »Nationale Beobachter« ist jetzt über einen amerikanischen Server verfügbar. (4)

Zusammenfassend halten wir fest, dass die rechtsextreme Szene in Halle und Umgebung versucht, ihre Strukturen zu festigen und auszubauen. Als Schnittstelle und Kulminationspunkt fungiert dabei der Neonazi-Laden »The Last Resort«. Über die Verbreitung von CD's und Propagandamaterial wird versucht, auf die Jugendkultur in Halle aktiv einzuwirken. Dabei dient Musik als Transportmittel für rassistische und antisemitische Ideologie. Neonazi-Konzerte und rechte Liederabende bereichern die Erlebniswelt einer gerade im Osten verstärkt vorhandenen rechtsorientierten Jugendkultur. Diese Erkenntnisse sind nicht neu; antifaschistische Gruppen versuchen seit Jahren auf diese Mechanismen hinzuweisen.●

(1) White Noise – Rechtsrock, Skinhead Musik Blood & Honour: Unrast 2000.
(2) Verfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalt 1998
(3) Verfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalt 1999
(4) www.Nationaler-Beobachter.com

Persönlicher Hinweis:

Gegen mich liegt seit einigen Wochen ein Brief vor – verschickt bundesweit offenbar vor allem über Anti-Atom-Verteiler. In dem wird mir Sexismus vorgeworfen und gefordert, mich überall rauszuwerfen.. Die angeführten Belege dafür sind 6 bzw. 7 Jahre alt, in der Zwischenzeit hatte ich mit den jetzigen AbsenderInnen des Briefes auf verschiedene Art zusammengearbeitet, obwohl ihnen die Vorgänge bekannt waren. Jetzt, nach Streit um die Zukunft der Projektwerkstatt (Wohnprojekt oder politisches Zentrum) werden die Vorwürfe verbreitet. Es liegt mir viel an der Klärung, darum habe ist den Brief gegen mich, eine Stellungnahme von mir und verschiedene kritische Texte zu Sinn und Unsinn solcher Art von Sexismusdebatte sowie perspektive Texte zu antisexistischer Praxis in politischen Zusammenhängen im Internet unter www.projektwerkstatt.de/debatte zusammengestellt. Nachfragen und Positionen sind jederzeit erwünscht.●

Jörg Bergstedt, CONTRASTE-Redaktion
»Umweltschutz von unten«

AKTION 2000

Endspurt !

Zum Ende des Jahres 2000 unsere Aktion zur Deckung der diesjährigen Finanzlücke auf Hochtouren. In unserer nächsten Ausgabe möchten wir Bilanz ziehen und hoffen auf ein positives Ergebnis. Nachfolgend die aktuellen Zahlen aus dem Monat Oktober und eine Auflistung von Unterstützungsmöglichkeiten:

Im Monat Oktober konnten wir einen einen Neueintritt in den Förderverein der CONTRASTE verzeichnen:
● Armin Meyer, Berlin (120 DM)

Folgende Spenden gingen auf unserem Konto ein:
● Armin Stoll und Gabriele Stefan, Münster (200 DM)
● Jutta und Peter Hansen, Kassel (100 DM)
● Heinz Schenk, Berthelsdorf (100 DM
● Armin Meyer, Berlin (80 DM)
● Uwe Gätzschmann, Cottbus (50 DM)
● Rolf Frömming, Baden-Baden (20 DM)
● Ulrich Krebs, Düsseldorf (20 DM)
● Agnes Lewe, Nijmegen, Niederlande (8 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 480 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 1.178 DM.

Wie immer sind auch Kündigungen nicht ausgeblieben, sechs Abos und eine Fördermitgliedschaft wurden gekündigt, zwei weitere Fördermitgliedschaften mussten eingestellt werden, da wir ihren neuen Wohnort nicht mehr ausfindig machen konnten – vielleicht melden die beiden sich ja noch... Dadurch ergeben sich Mindereinnahmen von **870 DM** und bereinigt einen Mehrerlös von **308 DM**. Damit benötigen wir in diesem Jahr noch **2.021 DM**.

Derzeit verschulden wir uns mit jeder Ausgabe noch um ca. **184 DM**.

Endspurt...

Neuabos und Umstellungen auf Fördermitgliedschaften (Coupon nebenstehend) stabilisieren das Projekt CONTRASTE am dauerhaftesten. Werbezettel und Werbeexemplare stellen wir gerne zu Verfügung, Bestellungen über die Heidelberger Redaktion... Vielleicht könnt Ihr in Eurem Umfeld einige Leute für ein Schnupperabo begeistern bzw. eines spendieren. 10 DM für ein dreimonatiges Abo zum Kennenlernen sind sicher gut angelegt.

Anzeigenschaltungen

Freuen würden wir uns auch über Anzeigenschaltungen von selbstverwalteten Betrieben – nachträgliche Geburtstagsglückwünsche zum 16. nehmen wir gerne entgegen.

Bunte Seiten 2001

Im Januar 2001 wird die überarbeitete Neuauflage vorliegen. Jede Vorbestellung hilft, unsere Deckungslücke zu schließen (30 DM zzgl. 4 DM Porto, Bestellungen an die Redaktionsanschrift).

Außerdem hoffen wir auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben) bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!

dp

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

DER STURZ DER JUGOSLAWISCHEN REGIERUNG UND DIE NATO

Kanonenboot-Demokratie

Demonstranten stürmen das jugoslawische Parlament, Präsident Slobodan Milosevic ist geflohen. Nicht nur die Bild-Zeitung begeistert sich für den »Volksaufstand«, auch die übrigen Medien sind sich einig: in Jugoslawien wird ein »Kampf zwischen Demokratie und Diktatur« ausgetragen – und die Guten, also Kostunica und seine »Demokratische Opposition Serbiens« (DOS), sind siegreich.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Josef Smeets, Radio »Unerhört«, Marburg ● Nun ist eine Diktatur, die eine legale Opposition erlaubt und überhaupt zu einigermaßen freien und geheimen Wahlen antreten lässt, reichlich ungewöhnlich. Eine Opposition, die derart offen mit Mächten zusammenarbeitet, die vor kurzem das Land überfallen haben, wäre hierzulande vermutlich längst als verfassungsfeindlich verboten worden. Es entspricht auch nicht westlichen demokratischen Gepflogenheiten, dass eine politische Partei ihre eigenen Wahlergebnisse veröffentlicht, eine Stichwahl ebenso kategorisch ablehnt, wie sie ein Urteil des Verfassungsgerichts (das am 7. Oktober den Beschwerden stattgegeben und die Wahlen teilweise annulliert hat) ignoriert, statt dessen aber einen handfesten Aufruhr organisiert. Trotz, oder besser, gerade wegen des Verhaltens der jugoslawischen Behörden, das so gar nicht ins Bild von der Milsosevic-Dikatur passen wollte, musste der jugoslawische Präsident in den letzten Tagen in den wieder einmal wunderbar freiwillig gleichgeschalteten bundesdeutschen Medien als Feindbild herhalten. Dass aber Demokraten einen Demokraten gewaltsam stürzen, darf nicht sein und kann nicht sein.

Dies zuzugeben, würde die gesamte westliche Propaganda ad absurdum führen, und deswegen musste so viel von angeblichen Wahlfälschungen die Rede sein, deswegen wurden ganz gewöhnliche staatliche Repressionen, wie Prügeleinsätze der Polizei, die auch sonst in jeder Demokratie an der Tagesordnung sind, zu besonderen »Grausamkeiten des serbischen Diktators« stilisiert.

Die pluralistische Demokratie ist entgegen aller landläufiger Sonntagsreden eben kein Beispiel für ein gewaltfreies Miteinander der Menschen. Und die freien Wahlen dienen in Deutschland, Frankreich und den USA ebenso wie in der Bundesrepublik Jugoslawien dazu, die Zustimmung der Bevölkerung zur Herrschaft und damit gerade zu den Leiden, die diese den Individuen auferlegt, zu demonstrieren. Anders als in einer Einparteiherrschaft stehen in einer pluralistischen Demokratie mehrere Parteien zur Wahl. Das Wahlvolk darf also eine gewisse Auswahl zwischen um die Macht rivalisierenden Cliquen treffen, ohne deswegen tatsächlichen Einfluss auf die von ihnen verfolgte Politik nehmen zu können. Zu diesem Prinzip bekennen sich seit Anfang der neunziger Jahre sämtliche mittel- und osteuropäischen Staaten, einschließlich Putins russischer Föderation oder Milosevics Jugoslawien. Sie haben sich so der Zustimmung der Massen für diverse Katastrophenprogramme wie der Privatisierung von Staatsbetrieben, der Freigabe der Preise, der Zerstörung der unter realsozialistischen Vorzeichen immerhin bestehenden Sytemen der sozialen Sicherheit vergewissert. Die Bevölkerung, deren Lebensituation schon vorher dürfig war, wurde zu großen Teilen ins offene Elend gestürzt, auf den Zusammenbruch der realsozialistischen Wirtschaft folgte insbesondere in Jugoslawien und den GUS-Staaten die Entfesselung einer ganzen Reihe von Bürgerkriegen – alles Folgen einer durch freie, gleiche und geheime Wahlen legitimierten Politik. Tudjman, Milosevic, Berisha, Jelzin, Putin, Maschadow und wie sie alle heißen – allesamt demokratisch legitimierte Politiker.

Und natürlich wird auch der künftige Präsident Kostunica nicht gerade zimperlich sein. Er hat bereits ein wirtschaftliches Schockprogramm verkündet, das sich an den Vorstellungen des IWF orientiert und damit Gewähr für weitere soziale Grausamkeiten bietet: »Notwendig sei die Stabilisierung des jugoslawischen Dinars. Als Option wird die Einführung der DM als Zweitwährung genannt. Gefordert wird zudem die Öffnung des Landes für ausländische Banken, die Integration der *Banka Jugoslawije* in das Weltbankensystem und die Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds. Mit diesem IWF-kompatiblen »Schockprogramm« wäre eine künftige Regierung praktisch jeder Möglichkeit beraubt, Preise für bestimmte Güter zu stabilisieren beziehungsweise einzufrieren und die Löhne zu gestalten. Unmittelbare Folge: Für Öl, Zucker und Brot beispielsweise müsste von heute auf morgen ein vielfaches mehr bezahlt werden, ebenso im öffentlichen Nahverkehr. So unzureichend dieser derzeit auch organisiert sein mag, noch kann sich jeder leisten, mit dem Bus zu fahren. Und auch wenn er bisweilen in Schlangen anstehen muß, unter der gegenwärtigen Milosevic-Regierung kann sich noch jeder Rentner mit seiner oftmals mehr als bescheidenen Pension den Zucker für seinen Kaffee besorgen.« So *Rüdiger Göbel* für die *»junge Welt«* aus Belgrad (19. September 2000).

Als völlig in Ordnung gilt bei liberalen Journalisten, die sich über jeden angeblich oder tatsächlich von der Regierung gefälschten Wahlzettel in Jugoslawien in der Art religiöser Fanatiker ereifern, deren Allerheiligstes beschmutzt wird, auch die Tatsache, dass über die massive propagandistische und finanzielle Unterstützung Kostunicas hinaus, die Wahlen unter den Bedingungen einer unverhüllten ökonomischen und militärischen Erpressung der jugoslawischen Bevölkerung stattfanden.

Finanziell wurde die serbische Opposition von den USA und der EU bislang im Umfang von jeweils 35-37 Millionen US-Dollar unterstützt. Im Falle eines Wahlsieges wurde von der EU eine Aufhebung der Wirtschaftsblockade gegen Jugoslawien in Aussicht gestellt. Hinzu kamen offene militärische Drohungen gegen die jugoslawische Bevölkerung durch die NATO-Staaten, die nach wie vor einen Teil Jugoslawiens besetzt halten. Es fand zum Zeitpunkt der Wahlen ein Manöver von 15 britischen Kriegsschiffen in der Adria und eine gemeinsame Übung von US-amerikanischen und kroatischen Truppen statt.

Ihre ganze Brisanz erhielten die Konflikte in Südosteuropa in den neunziger Jahren – wie schon zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts – erst durch die Tatsache, dass sie den imperialistischen Mächten zur Durchsetzung ihrer rivalisierenden Interessen dienten. Bislang kämpften die USA, Deutschland und die übrigen EU-Staaten gemeinsam gegen das mit Russland verbündete Jugoslawien. Der Einfluß Russlands in dieser Region wurde im Jugoslawienkrieg des letzten Jahres endgültig gebrochen und damit der Weg für die Osterweiterung der NATO und der Europäischen Union geebnet. Gleichzeitig wurde aber auch ein Konflikt innerhalb des brüchigen NATO-Bündnisses ausgetragen, bei dem es den USA und dem an sie fest angebundenen Großbritannien darum ging, im neuen Hinterhof Deutschlands bzw. der EU militärische Stützpunkte zu etablieren.

Auf der anderen Seite wurde die Entwicklung der Europäischen Union zur Militärmacht vorangetrieben. Der erste Kriegseinsatz der Bundeswehr stellte dazu einen wichtigen Beitrag dar. Das Gerangel um den Einfluss auf dem Balkan wird weiter gehen – auch mit einem vom Westen abhängigen jugoslawischen Präsidenten Kostunica.

Deutschland hat sofort klargemacht, dass es mit der neuen Regierung in Belgrad unzufrieden ist. Der Kommissar für die EU-Osterweiterung Generalsekretär Verheugen und der NATO-General Reinhard sind mit dem Deal zwischen Kostunica und Milosevic – Rücktritt gegen den Verzicht auf strafrechtliche Verfolgung der alten Regierung durch das neue Regime –, mit dem ein Bürgerkrieg verhindert wurde, höchst unzufrieden. Sie bestehen darauf, dass der ehemalige Präsident an das Haager Kriegsverbrechertribunal ausgeliefert wird. Dieser Moralismus passt natürlich gut zu Politikern und Militärs, die selbst Verfassung und Völkerrecht beim letztjährigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien über den Haufen geworfen haben. Ein Vorwand, Druck auf die neue, unter US-amerikanischem Einfluss stehende Regierung auszuüben, ist es allemal.●

Aus: »Kalaschnikov«, antimilitaristisches Radiomagazin bei Radio »Unerhört«, Marburg

Berlin half beim Umsturz

Getarnte Hilfsmaßnahmen für »jugoslawische Opposition«

Berlin ● Am Freitag noch gab sich das Auswärtige Amt ahnungslos, gestern dann das Eingeständnis: Die Bundesregierung hat die jugoslawische Opposition in den letzten Monaten mit Geld- und Sachleistungen in Höhe von rund 20 Millionen Mark unterstützt. Die Gelder kamen aus dem Verfügungsfonds von Außenminister *Joschka Fischer* und Regierungssprecher *Uwe-Karsten Heye*.

Zur Tarnung für die Hilfen dienten unter anderem Städtepartnerschaften deutscher und jugoslawischer Kommunen. Hinter den Kulissen wirkte dabei der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete *Jupp Vosen*. Die Medienhilfe an Demokraten in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen wurde über das ZDF und den Bayrischen Rundfunk verteilt.

Nicht zuletzt die fast lückenlose Überwachung der Wahllokale und das Zusammentragen der Daten wäre ohne technische Hilfe aus dem Westen nicht möglich gewesen. EU-Balkankoordinator *Bodo Hombach* stand frühzeitig in Dauerkontakt mit Wahlsieger *Kostunica*. Über EU-Hilfe für das geschundene Land beraten die Außenminister seit gestern in Luxemburg. Es ist von rund vier Milliarden Mark die Rede. Als erstes soll die Räumung der Donau-Fahrrinne und der Wiederaufbau der Brücke von Novi Sad in Angriff genommen werden.●

UR

aus: Hamburger Morgenpost, Hamburg, 10.10.2000, S.2

PRESSEERKLÄRUNG: MEDIEN & FLÜCHTLINGE

Opfer der »Residenzpflicht«

In zwei Zeitungsartikeln der Hamburger Morgenpost sowie von Bild-Hamburg vom 9. Oktober 2000 wird über den Unglücksfall von zwei Flüchtlingen aus Togo berichtet. In den Artikeln werden die Flüchtlinge als »Illegale« bezeichnet und die Hintergründe des Unglücksfalles werden nur oberflächlich und verfälschend dargestellt. Daher möchten wir als »African Refugees Association« folgendermaßen zu den Ereignissen Stellung beziehen:

Zwei Vorstandsmitglieder der *African Refugees Association* sind Opfer der rassistischen und menschenunwürdigen Flüchtlingspolitik in Deutschland geworden. Aus Angst wegen eines Verstoßes gegen die sogenannte »Residenzpflicht« sprangen am Abend des 7. Oktobers 2000 zwei Vorstandsmitglieder der African Refugees Association aus dem 4. Stock eines privaten Wohnhauses in Hamburg (Stadtteil Dulsberg). Grund für den Sprung aus dem 4. Stock war die Angst vor der Polizei, die vermeintlich an der Wohnungstür geklingelt hatte und in die Wohnung eindringen wollte.

Die zwei Frauen waren alleine in dieser Wohnung. Sie besaßen gültige Aufenthaltspapiere für die Bundesrepublik Deutschland als Asylsuchende Flüchtlinge aus Togo, allerdings sind sie in einem anderen Bundesland als Flüchtlinge registriert. Teil der menschenverachtenden Flüchtlingspolitik in Deutschland ist die Auflage, dass Flüchtlinge sich nur in dem Landkreis aufhalten dürfen, in dem sie ihren Asylantrag gestellt haben. Aber selbstverständlich gibt es viele Gründe, weshalb es für afrikanische Flüchtlinge notwendig sein kann, sich kurzfristig auch in Hamburg aufzuhalten. Ein Grund ist die Tatsache, dass beide ihre Rechtsanwältin in Hamburg haben. Hinzu kommt, dass in Hamburg der Sitz der *African Refugees Association ist*, dessen Vorstandsmitglieder die beiden Frauen sind.

Aus Angst vor einer möglichen Personenkontrolle und den damit verbundenen Schikanierungen durch die Polizei und ausländerrechtlichen Konsequenzen, aufgrund der menschenverachtenden Residenzpflicht für Flüchtlinge haben sich beide Frauen kurzfristig dazu entschlossen, einfach aus dem Fenster zu springen.

Eine der Frauen hat mehrere Wirbelbrüche erlitten, allerdings wurde das Rückenmark nicht beschädigt, sodass wir auf eine baldige Genesung hoffen dürfen. Die zweite Frau hat eine Fraktur der Wirbelsäule davongetragen und muss davon ausgehen, ihr Leben im Rollstuhl zu verbringen.

Hamburger Morgenpost Online vom 09.10.2000

Hamburg-Telegramm
Illegale sprangen aus 4. Stock

Dulsberg – Weil sich ihr Bekannter als Mitarbeiter der Ausländerpolizei ausgegeben hatte, sprangen zwei Afrikanerinnen (35 und 36) aus dem vierten Stock eines Hauses. Beide wurden schwer verletzt, kamen ins Krankenhaus. Sie sollen sich illegal in Deutschland aufhalten.

Dies ist nicht der erste und einzige derartige Vorfall. Vor einigen Monaten stürzte sich ein Kongolese aus dem Kreis Pinneberg aus dem 4. Stock, als nachts um 4.00 Uhr die Polizei klingelte. Und im Juni 1996 ertrank der Sierra Leoner Jude A., als er aus Angst vor der Polizei, die an die Tür klopfte, von einem Schiff in Harburg (welches als Flüchtlingsunterkunft genutzt wurde) in die Elbe sprang. Auch diese beiden Flüchtlinge hatten nur gegen die Residenzpflicht verstoßen.

Wir sind mit unseren Gedanken bei den zwei Frauen, die im Vorstand der *African Refugees Association* wichtige Positionen bekleiden (verantwortlich für die Bereiche: Menschenrechte bzw. Arbeit/Ausbildung) und im Kampf für die Rechte von Flüchtlingen aktiv sind.

Wir hoffen auf eine schnelle Genesung nach den schwerwiegenden Verletzungen aufgrund des Sturzes aus dem Wohnhaus und verlangen eine umfassende medizinische Versorgung und Rehabilitationsmaßnahmen.

Wir bitten um eine menschenwürdige Berichterstattung in den Medien zu diesem Unglücksfall und werden alle Formen der Beleidigung und Verunglimpfung unserer Schwestern mit Nachdruck bekämpfen. Wir fordern die sofortige Aussetzung von ausländerrechtlichen Maßnahmen, die gegen die beiden schwerverletzten Frauen eingeleitet werden könnten.

Wir fordern die Abschaffung sämtlicher menschenverachtender und rassistischer Gesetze und eine Beendigung der alltäglichen Polizeikontrollen.●

Hamburg, den 11. Oktober 2000,
African Refugees Association

UnterstützerInnen:
- Komitee zur Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen
- SOS Struggle of Students e.V.
- Black Students Organisation e.V.
- Flüchtlingsrat Hamburg
- SOKONI e.V.
- Cameroon Student Parliament in Exil

Anzeige

SCHWUL IN DER GEWALTFREIEN BEWEGUNG – GEWALTFREI IN DER SCHWULENBEWEGUNG

Zwischen allen Stühlen?

Als schwuler Mann in der gewaltfreien Bewegung aktiv zu sein, ist nicht immer ganz einfach. Ebenso ist es nicht unkompliziert, als Gewaltfreier sich in der Schwulenbewegung zu engagieren, oder sich gar in der schwulen Szene »zu Hause« zu fühlen. Es scheint, als ließen sich diese beiden Facetten meiner Persönlichkeit nur schwer miteinander vereinbaren. Das Gefühl stellt sich ein, »zwischen allen Stühlen« zu sitzen und nirgendwo richtig dazu zu gehören, nirgendwo mit der ganzen Persönlichkeit akzeptiert zu werden.

Andreas Speck, Oldenburg ● Mit diesem Artikel will ich genau diese Fragen zur Diskussion stellen. Es muss doch mehr Schwule in der gewaltfreien Bewegung geben, denen die gleichen Fragen unter den Nägeln brennen (geht man von den üblichen 510% aus, dann müssten z.B. bei X-tausendmal quer im Wendland 1997 ca. 225.450 Schwule dabei gewesen sein wo sind sie?)? Es muss doch mehr Gewaltfreie in der Schwulenbewegung geben (übliche Prozentzahlen gibt es hierzu nicht), die in der Schwulenbewegung/Szene so ihre Probleme haben? Trotzdem sind diese Fragen nirgends Thema.

Schwul in der gewaltfreien Bewegung

Die gewaltfreie Bewegung hat sich in der Theorie die Bekämpfung von direkter und struktureller Gewalt und damit auch von Heterosexismus und antischwuler Gewalt auf die Fahnen geschrieben. Trotzdem fällt auf, dass schwule Themen in der Praxis der gewaltfreien Bewegung keine Rolle spielen, und auch in den Medien der Bewegung (*Graswurzelrevolution, antimilitarismus information, illoyal, FriedensForum*, etc...) eigentlich keine Rolle spielen. Auch beim Thema Alltagsgewalt wird Gewalt gegen Schwule in der Regel nicht wahrgenommen, gedacht wird an rassistisch motivierte Gewalt, an Gewalt im Stadtteil, an (Jugend)Kriminalität. So weit, so schlecht. Darüber hinaus wird in der Bewegungskultur die Existenz von Schwulen schlicht nicht wahrgenommen. Heterosexismus ist in der gewaltfreien Bewegung Alltag (nicht mehr als in der »normalen« Bevölkerung aber auch nicht weniger); offene Homophobie dagegen gibt es zum Glück selten. Als Heterosexismus wird ein System bezeichnet, nach dem Heterosexualität die angenommene Norm darstellt. Heterosexismus ist weit verbreitet und häufig schwer auszumachen. Heterosexismus zwingt Schwule und Lesben permanent gegen ihre Unsichtbarkeit zu kämpfen, was es erschwert, eine positive sexuelle Identität zu entwickeln (Blumenfeld/Raymond, 1988: 244).

Beispiele:

Gewaltfreies Aktionscamp

Im Rahmen eines Camps einer größeren gewaltfreien Aktion irgendwann in den letzten Jahren gab es am Öko-Produkte-Stand lobenswerter Weise auch Kondome. Die OrganisatorInnen hatten also durchaus mit sexuellen Wesen auf dem Aktionscamp gerechnet. Allerdings nur mit Heterosexuellen. Weder gab es spezielle Kondome für Schwule, noch wurde an Gleitgel gedacht. Homosexuelle Bedürfnisse gab es wohl in den Vorstellungen der (wohl Heterosexuellen) Stand-OrganisatorInnen innerhalb der gewaltfreien Bewegung nicht.

Männerseminar in einer gewaltfreien Bildungseinrichtung

Auf einem Seminar zum Thema Männlichkeitsvorstellungen ging es natürlich am Rande auch um Beziehungen die allerdings zunächst ebenfalls als Beziehungen zu Frauen gedacht waren. Das Thema »Männerfreundschaft« hingegen wurde nur entsexualisiert gedacht. Mit der Anwesenheit von Schwulen auf einem solchen Männerseminar wurde scheinbar nicht gerechnet. Warum eigentlich nicht?

Ignoranz bei der Organisation einer Konferenz

Im Rahmen der Organisation einer internationalen Konferenz wurden von den örtlichen OrganisatorInnen in einem Land der südlichen Hemisphäre Bedenken gegen die Einbeziehung von schwulen und lesbischen Themen geäußert, da mit fundamentalistischen Angriffen gerechnet wurde. Die ersten Rückmeldungen aus dem internationalen Vorbereitungskomitee lauteten mehr oder weniger einstimmig »canceln, falls dies vor Ort gewünscht wird«. Nicht nur wurde die Präsenz von Schwulen und Lesben im Vorbereitungskomitee ignoriert, sondern es wurde auch deutlich, dass dem Thema keine Bedeutung zugemessen wurde.

Hiermit reicht es. Andere können wahrscheinlich zahlreiche Beispiele ergänzen. Gerade im mehr oder weniger »privaten« Bewegungsalltag wird dies noch deutlicher. Es ist mir noch nie begegnet, dass eine Person nicht automatisch davon ausgegangen wäre, dass ich heterosexuell bin. Das Gegenteil muss immer erst deutlich gemacht werden (und zwar sehr deutlich), sonst wird es schlicht ignoriert. Gewaltfreie (Männer) sind Heteros, und nix anderes! Ignoranz gegenüber Schwulen ist in der gewaltfreien Bewegung an der Tagesordnung, die gewaltfreie Bewegung, eine heterosexistische Bewegung?

Gewaltfrei in der Schwulenbewegung

Diese Probleme gibt es natürlich in der Schwulenbewegung oder der Schwulenszene nicht. Hier stellt Schwulsein die Norm dar, hier kann ich meine schwule Identität ausleben. Doch dafür tauchen andere Probleme auf, die mit meiner gewaltfreien Identität zusammenhängen. Und damit meine ich nicht, dass die Schwulenbewegung gewaltsame Aktionsformen propagiert (dazu ist sie viel zu bieder), nein, es geht mir um Politikkonzepte, aber auch um Szenealltag.

Beispiele:

CSD, (nicht nur) in Oldenburg

Im Zusammenhang mit dem »Christopher Street Day« ist in diesem Jahr in Oldenburg die Diskussion ziemlich hoch her gegangen. Es ging im wesentlichen um die Frage der Beteiligung von schwulen/lesbischen PolizistInnen und den UniformfetischistInnen der »Green Berets«. Als Gewaltfreier stand ich hier vor dem Problem, entweder meine antimilitaristischen Positionen für diesen Tag zu vergessen, zu Hause zu bleiben, oder mein Unbehagen deutlich zu machen. Ich entschied mich für letzteres, indem ich eine Fahne »Auch schwule Soldaten sind Mörder« mitführte sozusagen eine Demonstration in der Demonstration.

Schwule Anti-Gewalt-Arbeit

Die Arbeit gegen antischwule Gewalt, wie sie z.B. vom *Lesben-und Schwulenverband Deutschland* (LSVD) betrieben wird, setzt auf eine enge Kooperation mit der Polizei. Nicht nur wird die Geschichte ignoriert, in der Schwule selbst oft Opfer polizeilicher Maßnahmen waren, sondern die Polizei als Gewaltinstitutionen wird nicht thematisiert. Hilfe in der Arbeit gegen antischwule Gewalt wird von »härterem Durchgreifen« der Polizei erwartet und damit wird letztlich repressiven »zero-tolerance«-Konzepten innenpolitischer Hardliner in die Hände gespielt.

Schwule zum Bund?

Im Rahmen der Forderungen nach rechtlicher Gleichstellung steht »Schwule in die Bundeswehr« häufig weit oben. Während natürlich die vorhandenen Diskriminierungen von Schwulen in der Bundeswehr nicht ignoriert werden dürfen, wird aber die Frage nach den Zielen von schwuler Emanzipation, und nach dem Charakter von Militär als Institution zur Produktion heterosexueller Männlichkeit, nicht thematisiert.

Es reicht auch hier. Auch hier können andere wahrscheinlich zahlreiche Beispiele ergänzen, und wenn es um die »Szene« geht, dann wird es erst recht schwierig.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Auswege?

Gibt es Auswege aus dieser Situation, die den permanenten Spagat zwischen den Stühlen beenden können? An die gewaltfreie Bewegung möchte ich zumindest die Forderung formulieren, ihren Heterosexismus und ihre hinter Toleranz versteckte Homophobie zu reflektieren. Nach Riddle (1985) gibt es vier Marker, die darauf hinweisen können, ob Homophobie reduziert wurde:

- Unterstützung: die Bereitschaft, für die Rechte von Schwulen und Lesben einzutreten, wie dies auch für andere Minderheiten selbstverständlich ist;
- Wertschätzung: Anerkennung, dass es erheblicher Stärke und erheblichen Mutes bedarf, offen schwul oder lesbisch zu leben;
- Würdigung: Schwule und Lesben werden für ihren Beitrag zur Vielfalt in der Bewegung/Gesellschaft gewürdigt;
- Anerkennung: Schwule und Lesben werden als unverzichtbarer Teil der Bewegung/Gesellschaft angesehen.

Wie sieht's da mit der gewaltfreien Bewegung aus?

Ähnlich lässt sich an die Schwulenbewegung die Forderung formulieren, sich mit ihrer Verstrickung in gesellschaftliche Gewaltstrukturen auseinander zusetzen. Wo trägt die Schwulenbewegung durch ihre Politikformen zur Stabilisierung dieser Gewaltstrukturen bei? Wo grenzt die Schwulenbewegung andere Minderheiten (auch aus den eigenen Reihen) aus ImmigrantInnen, Behinderte, Punks, Menschen – die nicht den Normen des schwulen Lebens entsprechen (wollen)?

Ich fürchte, es ist noch ein weiter Weg, bis »schwul und gewaltfrei« nicht mehr nur als Balanceakt zwischen zwei Stühlen gelebt werden kann.●

Literatur:
Albrecht-Heide, Astrid und Holzkamp, Christine, 1998: Lebensformen und Sexualität.
Vielfalt quer zu patriarchalen Leitbildern Dialogreferat. In: **Hartmann, Jutta, u.a. (Hrsg.)**: Lebensformen und Sexualität.
Herrschaftskritische Analysen und pädagogische Perspektiven. Bielefeld, Kleine Verlag.
Blumenfeld, Warren und Raymond, Diane, 1988: Looking at Gay and Lesbian Life. Boston, Massachusetts, Beacon Press
Riddle, Dorothy, 1985: From Opening Doors to Understanding and Acceptance: A Facilitator's Guide for Presenting Workshops on Lesbian and Gay Issues. Boston.
Speck, Andreas, 1996: »Nebenwiderspruch« Homosexualität. Auch der Anarchismus hatte so seine Probleme mit dem Laster. Graswurzelrevolution Nr. 220, Sommer 1996

»Eustaff 2000«

Im Liegen durch Europa

Am 22. September startete eine Gruppe internationaler Liegeradfahrer zu einer Staffelfahrt quer durch Europa. Drei Tage dauerte die Tour von der Schweiz bis nach Dänemark. Jürgen Ruddek aus Lilienthal war dabei.

Sandy Richter, Redaktion Bremen-Umland ● Organisiert wurde die ganze Sache vom *HPV Deutschland*. Der Name des Vereins »Human Powered Vehicles«, also »menschenkraftgetriebene Fahrzeuge« ist Programm. Dabei stehen (Liege-)Fahrräder wegen ihrer großen Bedeutung für die menschliche Fortbewegung im Vordergrund. Auf den jährlich stattfindenden Meisterschaften der Human Powered Vehicles zeigen Mensch und Maschine, was in ihnen steckt. Anders als bei herkömmlichen Fahrrad-Wettrennen gilt neben den sportlichen auch den technologischen Leistungen in der Fahrzeugentwicklung besonderes Interesse. Der HPV setzt sich vor allem für Liegeräder und Velomobile ein. Auch in Lilienthal gibt es eine HPV-Gruppe. Sie haben sich dem Liegeradfahren verschrieben. Einer von ihnen ist Jürgen Ruddek. Mit drei weiteren Mitgliedern seiner Gruppe nahm er an der *Eustaff 2000* teil.

Die Generalprobe

Im September 2001 plant der HPV Deutschland in Zusammenarbeit mit der Schweiz und Dänemark eine Liegeradstaffel vom Mittelmeer (Südfrankreich) nach Norddänemark. Vom 22. bis 24. September fand dieses Jahr dazu die Generalprobe statt: die Eustaff 2000. Gestartet wurde am Freitag (22.9) in Biel/Bienne in der Schweiz. Am Sonntag erreichte die Staffel die Stadt Ålborg an der Nordspitze Dänemarks. Mit der Eustaff 2000 wurde für die *Aktion »Mobil ohne Auto«* (»MOA«) geübt. Diese soll im nächsten Jahr in Verbindung mit einem europäischen autofreien Tag stattfinden. Mit der Staffel wurde eine Grußbotschaft an den Bürgermeister von Ålborg überbracht. Und das per »Fahrradkurier« in drei Tagen. Die Gesamtdistanz betrug ungefähr 1.800 Kilometer. Dabei wurden Etappen von je 100 Kilometern gefahren. Die konnten entweder von zwei oder vier Fahrern bestritten werden. Das Reglement besagte, dass immer nur ein Fahrer unterwegs sein durfte. Ein Begleitfahrzeug war nicht gestattet.

Zwei Wochen vor der Staffel haben Jürgen Ruddek (mit aerodynamischer Heckverkleidung) und Jan Kranczoch die Strecke schon mal getestet. Sie sind dann gleich noch 50 km mehr geradelt. Bei Kilometer 101, kurz vor Fischerhude, waren die Fahrer erschöpft, aber zufrieden. Foto: Sandy Richter

Nur für den Notfall durfte ein Fahrzeug (»Omas Fiat auf Abruf«) bereitstehen, für eventuelle Schwierigkeiten auf der Strecke. Staffel-»holz« war ein Handy. Dessen Vorteile gegenüber einem gewöhnlichen Holz liegen auf der »Hand«. Im Notfall (Unfall, Polizeikontrollen etc.) konnte die Staffelleitung umgehend informiert werden. Umgekehrt war es der Leitung sowie auch den nachfolgenden Staffelfahrern möglich, die Teilnehmer auf der Strecke zu erreichen. Die Liegeradler waren mit 30 bis 35 km/h unterwegs. Die Routenplanung haben die Teams vor Ort für jede Etappen selbst übernommen. Die Strecke vom »Grünen Tisch« aus zu planen, hielt der HPV nicht für sinnvoll. Man kann nie wissen, wie die Radwege beschaffen sind und welche Hindernisse auftauchen.

Die Bremer Etappe

Die hiesigen Teilnehmer der Staffel haben sich für eine Vierteilung ihrer Etappe (ca. 100 km) entschieden. Zusammengetrommelt wurde das Team von HPV-Mitglied *Thorsten Gerdes*. »Für ihn war es gar nicht so einfach, Fahrer zu finden, die sich eine solche Distanz mit konstant schnellem Tempo zutrauen«, so *Jürgen Ruddek*. Der Lilienthaler bestritt mit *Jan Kranczoch* die erste Hälfte der Bremer Etappe. Am Samstag (23.9.) übernahm Ruddek in Suhlingen das Staffelhandy und fuhr ungefähr 25 km bis an die B 6. Dort gab er an seinen Teamkollegen ab. Jan Kranczoch radelte dann bis nach Achim. Dort stand schon das zweite Team bereit, das sich die Strecke bis Bremervörde teilte. In Bremervörde setzte die Hamburger Gruppe die Staffel fort, bis Handy und Grußbotschaft am Sonntag den dänischen Bürgermeister erreichten. Jürgen Ruddek und Jan Kranczoch hatten sich bei einer Testfahrt zwei Wochen vorher bereits die beste und kürzeste Strecke zwischen Suhlingen und Achim rausgesucht. »Wir sind überwiegend auf gut asphaltierten Radwegen gefahren. Bis auf wenige schlechte Abschnitte war die Strecke wirklich toll. Wir mussten auch nur zweimal abbiegen. Ansonsten gings immer flott geradeaus«, berichtet Ruddek. Was, wenn die Kraft einen unterwegs verlässt? Jürgen Ruddek: »Natürlich kann man nicht permanent 35km/h durchtreten. Dabeisein ist wichtig. Und wenn man zehn Minuten später ankommt, ist das auch nicht so schlimm. Im Vordergrund sollte sowieso der Spaß stehen.« Und deshalb sind die beiden Liegeradler auch im nächsten Jahr wieder dabei.●

MUMIA ABU-JAMAL: RICHTER YOHN LEHNT VIER RECHTSGUTACHTEN AB:

Len Weinglass bereitet Widerspruch vor

Um die Unterstützer von Mumia Abu-Jamal auf den neuesten Stand in seinem Rechtsverfahren zu bringen, fand am 23. September in Philadelphia ein Dringlichkeitstreffen statt.

Von Betsey Piette, Philadelphia ● Am 8. August verwarf Distriktsbundesrichter *William H. Yohn Jr.* vier »amicus curiae or 'friends of the court' briefs«, d.h. Rechtsgutachten sachverständiger Berater des Gerichts, die zur Unterstützung von Abu-Jamal eingereicht worden waren. Die Entscheidung ist nach Meinung von *Pam Africa* von der Gruppe »International Concerned Family & Friends of Mumia Abu-Jamal« präzedenzlos und von großer Bedeutung. Sie stellte fest, dass die Gutachten Rechtsfragen behandelten, die für Abu-Jamals schwebendes Berufungsverfahren von entscheidender Bedeutung sind.

Africa sagte, dass Yohn keine Stellungnahme abgegeben habe, als zwei Rechtsgutachten sachverständiger Berater Anfang des Jahres eingereicht wurden. Eines der Rechtsgutachten wurde im Namen der *National Lawyers Guild, der National Conference of Black Lawyers* und anderer Anwaltsgruppen eingereicht. Das andere wurde gemeinsam von der *National Association for the Advancement of Colered People* (NAACP) und der *Pennsylvania American Civil Liberties Union* herausgegeben.

Anders aber reagiert Richter Yohn, als 22 Mitglieder des britischen Parlaments und die *Chicana/Chicano Studies Foundation* aus Los Angeles diesen Sommer zwei weitere Gutachten einreichten..

Heben Sie Mumias Verurteilung auf...

Die letzten beiden Gutachten behandeln eingehend die Ablehnung des Rechts von Abu-Jamal auf Selbstvertretung durch das erkennende Gericht in seinem Verfahren 1982, als er wegen Mordes an dem Polizisten Daniel Faulkner aus Philadelphia zum Tode verurteilt wurde. Unterstützer des preisgekrönten Journalisten und ehemalige Black Panther sagen, dass das rassistische Polizeidepartment von Philadelphia falsche Anschuldigungen gegen ihn erhoben habe.

Das Rechtsgutachten der *Chicana/Chicano Studies Foundation* präsentiert außerdem Abu-Jamal und seinen Unterstützern bisher unbekannte Beweise für eine Verschwörung zwischen dem vom Gericht bestellten Pflichtverteidiger *Anthony Jackson*, dem Richter *Albert Sabo* und dem Staatsanwalt *Joseph McGill*. Das Rechtsgutachten fordert, dass die Verurteilung von Abu-Jamal aufgehoben wird.

Bei Zurückweisung der Rechtsgutachten sagte Yohn, »Ich werde die Verfahrensanträge als unnötig und nicht hilfreich ablehnen, ohne Stellungnahme zur Begründetheit der darin vorgebrachten Argumente oder zur Begründetheit der zugrundeliegenden Forderungen der Antragsteller.«

»Er sagt, er habe sie nicht durchgesehen, obgleich diese Gutachten doch plötzlich Handlungsbedarf zu erzeugen schienen,« stellte *Marlene Kamish*, eine Anwältin der *Chicana/Chicano Studies Foundation* bei dem Treffen am 23. September fest. »Yohn kann nicht sagen, er habe ein Gutachten angeschaut, worin die Umstände der Ablehnung von Mumias Recht auf Selbstvertretung und Jacksons Verschwörung angesprochen werden, und dann sagen, das war nicht erheblich und diese Haltung vertreten,« fügte sie erklärend hinzu. Kamish sagte, mehrere Entscheidungen des Supreme Court der USA hätten Verurteilungen verworfen, wenn das gemäß Sechstem Verfassungszusatz geltende Recht auf Selbstvertretung missachtet worden war.

Sie erklärte weiter, dass ein wesentliches Element in jedem Prozeß das kontradiktorische Verhältnis zwischen verteidigendem Anwalt und Anklagevertreter sei. »Es ist dieser Widerstreit, der die Wahrheitsfindung ermöglichen sollte. Wenn der nicht gegeben ist, handelt es sich nicht um einen normalen Strafprozess.«

Der Verteidigung Kollaboration vorgeworfen

Kamish schilderte Protokolle über Besprechungen zwischen Jackson, Sabo und McGill in den Beratungsräumen des Richters, in denen sie diskutierten, wie sie eine Verurteilung erreichen könnten, die gegen eine Berufung abgesichert sei. Diese Protokolle bildeten die Grundlage des Rechtsgutachtens der *Chicano/Chicana Studies Foundation*. Die Protokolle zeigen auch, dass Jackson Abu-Jamals Verteidigungsstrategie mit dem Staatsanwalt und dem Richter besprach, ein eindeutiger Verstoß gegen das Sonderrecht des Verhältnisses zwischen Verteidiger und Mandant, sagte Kamish.

Die Weigerung des Gerichts, Abu-Jamal zu gestatten, sich selbst zu vertreten oder *John Africa* als Laienberater im Gerichtssaal zu haben, wird in dem Rechtsgutachten der britischen Parlamentsmitglieder behandelt. Kamish erläuterte, dass der damalige Reporter Abu-Jamal fünf Monate vor seinem eigenen Prozess den Gründer der Organisation *MOVE, John Africa*, sich selbst wirkungsvoll vor einem Bundesgericht verteidigen und als freier Mann herauskommen gesehen hatte. Als er im Kampf um sein eigenes Leben stand, rang er um das Recht, jemanden, dem er vertraute, bei sich sitzen zu haben, um bei seiner Verteidigung zu helfen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Sabo verwarf Abu-Jamals Antrag, Africas Beistand zu erhalten. Stattdessen bestimmte er Jackson, am Tisch der Verteidigung zu sitzen und ließ ihn letztlich trotz wiederholter Einwände von Abu-Jamal den Fall übernehmen. »Oft wird gesagt, das Problem sei gewesen, dass Jackson untauglich gewesen sei,« bemerkte *Pam Africa*. »Tatsächlich jedoch war er sehr tauglich – allerdings nur für die Anklage, nicht für die Verteidigung.«

Africa und Kamish sagten, Jackson habe keine Eingangserklärung im Namen von Abu-Jamal abgegeben. Er unterließ es, Hauptzeugen vorladen zu lassen, darunter den Polizisten Wakshul, dessen Zeugenaussage die fingierte Geschichte der Anklage vom »Geständnis« hätte widerlegen können. Er unterließ es, Leumundszeugen zur Person des Angeklagten in der Strafzumessungsphase des Verfahrens zu benennen, die in dem Todesurteil resultierte.

Leumundszeugen

Das Gutachten der Chicana/Chicano Studies Foundation legt auch zwingende Beweise aus Abu-Jamals Anhörungen in der nachträglichen Entlastungsberufung (Post Conviction Relief Appeal hearings) im Jahre 1995 vor. Damals präsentierte die Verteidigung, nun von dem bekannten bürgerrechtlich engagierten Anwalt *Leonard Weinglass* geleitet, einige zum Charakter des Angeklagten zu hörende Zeugen, darunter den verstorbenen Abgeordneten des Staates Pennsylvania *David P. Richardson*, dessen Zeugenaussage die Grundlage für eine Aufhebung der Todesstrafe hätte sein müssen. Die Zeugen sagten alle, dass sie 1982 zu einer Zeugenaussage bereit waren, aber Jackson sie nie aufgerufen habe.

Ihre Aussagen über Abu-Jamals mitfühlendes, nichtgewalttätiges Wesen waren so glaubhaft, dass der Distriktstaatsanwalt in der Berufungsanhörung einräumte, es sei für Abu-Jamal »nicht charakteristisch« gewesen, einen Mord zu begehen. Kamish erläuterte, dass es keine Veranlassung gebe, die Todesstrafe zu beantragen, wenn der Angeklagte nicht vorbestraft ist, und nachweislich anderen Menschen wertvoll ist, Beziehungen und Bindungen in seiner Gemeinde hat und einen nicht-gewalttätigen Charakter besitzt.

Sabo, der auch in der Berufung von 1995 den Vorsitz führte, entschied »unbegründet und irrtümlich«, dass die strafmildernden Beweise in der nachträglichen Entlastungsberufung (PCRA) »irrelevant« seien, sagte Kamish, obgleich die Anklagevertretung ihre Relevanz einräumte.

Im Jahre 1982 bewerkstelligte Sabo unter Mitwirkung von Jackson und McGill die Ablösung einer schwarzen Geschworenen. Diese Geschworene war die einzige, die von Abu-Jamal während der zwei Tage, als ihm gestattet war, als sein eigener Verteidiger zu handeln, ausgewählt worden war. Sabo ersetzte die Frau durch einen weißen Mann, welcher der Obmann der Geschworenen wurde, obgleich der Mann dreimal zugab, dass er nicht unparteiisch sein könne. Als Jackson versuchte, die Möglichkeit der endgültigen Geschworenenablehnung in Anspruch zu nehmen, schlug Sabo dies ab und erklärte, »Ich wähle ihn aus.« Dazu bemerkt Kamish: »Er hatte nicht im Geringsten das Recht, seinen Mann einzusetzen. Sabo trieb bei der Zusammensetzung der Jury ein abgekartetes Spiel.«

Africa und Kamish bitten Abu-Jamals Unterstützer dringend, alle vier Rechtsgutachten und den von Weinglass eingereichten Antrag auf Anordnung der Anwesenheit des Inhaftierten vor Gericht zwecks Haftprüfung (writ of habeas corpus) zu lesen. Ein Einspruch gegen die Entscheidung von Yohn ist in Vorbereitung.

Die Rechtsgutachten sind im Internet abrufbar unter www.mumia2000.org. Desgleichen Anweisungen für die Unterstützung der Bemühungen um die Berufung.●

Übersetzung aus dem US-Amerikanischen:
Klaus von Raussendorff

Quelle: Elektronische Version von Workers World newspaper vom 5. Oktober 2000 – http://www.workers.org

FREIE RADIOS HEIDELBERG/MANNHEIM UND HALLE:

Lizenzen erhalten

»Die neue Bugwelle des Rundfunks«, so wirbt das nichtkommerzielle »Radio CORAX« in Halle seit dem 1. Juli 2000 auf der UKW-Frequenz 95,9 für sein Programm. Ab November 2000 senden im Heidelberg/Mannheimer Raum »bermuda.funk« und das studentische »RadioAktiv« gemeinsam auf 105,4 MHz.

Dieter Poschen, Redakion Heidelberg ● Im nächsten Jahr soll eine weitere Frequenz in Mannheim hinzukommen. Mit den beiden terreristischen Frequenzen werden Hörer in den Stadtgebieten von Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen erreicht. »bermuda.funk« und »RadioAktiv« verfügen über Erfahrungen im Radiomachen. »bermuda.funk« besteht seit 1998 und hat bereits einige Male Veranstaltungsfunk durchgeführt, unter anderem zum Internationalen Filmfestival Mannheim/Heidelberg 1998 und 1999. »RadioAktiv« betreibt seit drei Jahren Campus-Radio an der Mannheimer Uni-Mensa. Der Schwerpunkt der Berichterstattung soll auch zukünftig auf Themen aus dem Hochschul-Bereich liegen. Jedoch zählen die RadiomacherInnen nicht nur StudentInnen zur Zielgruppe der HörerInnen, sie wollen für alle offen sein. »RadioAktiv« hat bereits früher mit »bermuda.funk« zusammengearbeitet und war an den Sendungen für das Festival-Radio beteiligt.

Den größten Anteil der Sendezeit erhielt »bermuda.funk« zugewiesen. »RadioAktiv« hat zwei Sendestrekken am Vormittag und Abend (Montag bis Donnerstag 7 bis 11 und 18 bis 20 Uhr). Zusätzlich wird »RadioAktiv« von Donnerstag früh bis Freitag früh nahezu durchgängig zu hören sein (Donnerstag 0 bis 20 Uhr und Freitag 0 bis 6 Uhr). Schließlich senden die UnifunkerInnen noch am Sonntagabend (20 bis 22 Uhr). Der Schwerpunkt der Sendezeit von »bermuda.funk« liegt damit am Nachmittag und späteren Abend sowie am Wochenende.

Damit wird es zum ersten Mal in der Region ein Radio geben, bei dem jedeR seine eigene Sendung machen kann. Auch inhaltlich wird sich der Mono-Sender deutlich von der bisherigen Radiolandschaft unterscheiden: denn der Sender fördert vor allem Sendungen, die im herkömmlichen Radioprogramm der Abhängigkeit von Einschaltquoten zum Opfer fallen.

Die CONTRASTE-Redaktion Heidelberg gratuliert zur Lizenzerteilung und ist schon sehr gespannt auf das, was da gesendet wird – die Festival-Sendungen 1999 waren ein Lichtblick in der sonst so tristen Radiolandschaft.●

Kontakt: bermuda.funk, Freies Radio Rhein-Neckar e.V., Postfach 12 06 51, D-68057 Mannheim, Tel. (06 21) 854 70 74, Fax 81 60 48
E-Mail: bermudafunk@gmx.de
www.geocities.com/bermudafunk

Radio CORAX, Verein für freies Radio, Uhlandstr. 12, D-06114 Halle, Tel. (03 45) 294 12 25
E-Mail: info@radiocorax.de
www.radiocorax.de

SOZIOKULTURELLE ZENTREN IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Publikumszuspruch deutlich gestiegen!

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren NW (LAG NW), der Zusammenschluss von derzeit 64 soziokulturellen Zentren und Initiativen stellte Anfang Oktober die Ergebnisse der Umfrage über MitarbeiterInnen, BesucherInnen, Veranstaltungen und Umsätze u.a. aus 1998 vor. Die gesamte Untersuchung ist unter www.soziokultur.de im Internet einsehbar.

Rainer Bode, Münster (LAG NW) ● Die Ergebnisse der Befragung im Jahre 1998 bestätigen den festen Platz, den die Soziokultur in der nordrhein-westfälischen Kulturlandschaft eingenommen hat. Das Angebot der Zentren erfreut sich einer deutlich wachsenden Gunst des Publikums. Der Besuch von Kulturveranstaltungen ist 1998 auf 4,7 Mio. DM deutlich gestiegen, die Beteiligung an offenen Angeboten sowie Kursen, Gruppenangeboten und ähnlichem, die von 1994 bis 1996 noch leicht zurückgegangen war, blieb 1998 konstant. Damit wird der steigende Bedarf eines differenzierten Kulturangebotes, wie es die soziokulturellen Zentren bieten, deutlich.

Auch die Anzahl der Arbeitsstellen in soziokulturellen Zentren ist 1998 auf 2.332 Personen wieder beträchtlich gestiegen. Dies bestätigt sowohl den wichtigen Beitrag der Soziokultur zur Kulturwirtschaft als auch zum Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen.

Dabei dürfen die Augen jedoch vor Veränderungen in der MitarbeiterInnenstruktur und der inhaltlichen Arbeit der Zentren, die vor allem der tendenziell sinkenden öffentlichen Förderung geschuldet sind, nicht verschlossen werden. Im Grunde bestätigt die Befragung, dass die Zentren mit immer weniger Fördergeldern immer mehr machen! Dies führt allerdings auch immer mehr zu problematischen Entwicklungen. Die Zentren sind gezwungen, mehr in »gewinnbringende« Kultur zu investieren, um ihre Existenz zu sichern. Nicht umsonst nehmen die Veranstaltungs- und BesucherInnenzahlen vor allem im Bereich von Musik- und Discoveranstaltungen sowie in der Gastronomie zu. Die Zentren sind mit dieser Strategie des Ausgleichs der mangelnden öffentlichen Förderung relativ erfolgreich, was an der Steigerung der selbst erwirtschafteten Einnahmen deutlich wird.

Aber die Zentren sind im Bezug auf die Steigerungsmöglichkeiten der selbst erwirtschafteten Mittel an eine Schmerzgrenze gekommen. Die Spielräume in dieser Richtung sind ausgeschöpft. Ohne eine deutliche Verbesserung der öffentlichen Förderung ist die Aufrechterhaltung des differenzierten und erfolgreichen soziokulturellen Angebotes der Zentren in Gefahr. Schon jetzt führen die sinkenden öffentlichen Zuschüsse zu Abstrichen in der soziokulturellen Arbeit. Bei einem »Umsatz« von 71,6 Mio. DM liegt der Anteil an öffentlicher Förderung nunmehr bei 46%.

In verschiedenen Sparten bieten die soziokulturellen Zentren eine kulturelle Vielfalt, die ohne öffentliche Zuschüsse nicht möglich ist. In Bereichen wie Tanz, Lesung, Ausstellung und Diskussion werden zum Beispiel relativ viele Veranstaltungen angeboten, auch wenn hier nicht immer hohe BesucherInnenzahlen erreicht werden können. Ähnliches gilt für die Kinoprogramme in soziokulturellen Zentren, die sich teilweise weniger am Mainstream orientieren und so ebenfalls viele Vorführungen für relativ wenig BesucherInnen bieten. Auch diese Funktion soziokultureller Zentren, ein breites kulturelles Angebot auch in weniger profitablen Sparten aufrechtzuerhalten, ist in der momentanen finanziellen Situation gefährdet.

Die Verschiebung der Förderstruktur zu weniger institutioneller Förderung und mehr projekt- und zweckgebundener Förderung sowie die erheblichen Schwankungen bei der Förderung insgesamt, zwingen die Zentren zur Vorsicht und tendenziell zum Abbau bei unbefristeten Stellen. Am ehesten werden in dieser Situation neue befristete und nicht sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen. Diese arbeitsmarktpolitisch bedenkliche Entwicklung ist nur veränderbar, wenn es einen Ausbau und eine Stabilisierung der institutionellen Förderung gibt.

Insgesamt gefährdet die unzureichende und schwankende Förderung der Zentren in Nordrhein-Westfalen die soziokulturelle Arbeit. Bei der Vorstellung der Untersuchungsergebnisse für das Jahr 1994 wurde mit Hinweis auf die grundsätzliche Gleichrangigkeit der Soziokultur mit anderen Kulturinstituten in förderungspolitischer Hinsicht als Anfang gefordert, die Soziokulturellen Zentren mit 10 DM je BesucherIn in einem Zentrum zu fördern. Angesichts einer Förderung öffentlicher Theater in der Größenordnung von 80 DM bis 250 DM je BesucherIn eine eher bescheidene Forderung. Tatsächlich ist die Förderung pro BesucherIn (ohne Förderung von Baumaßnahmen und Investitionen) von 1996 bis 1998 von 7,39 DM auf 5,72 DM zurückgegangen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf!●

DIE EXPO WAR EINE SHOW

Die Realität ist dort, wo die Menschen leben.

Unter dem der »agenda 21« (1) entlehnten, anmaßenden Motto »Mensch-Natur-Technik« fand erstmals auf deutschem Boden eine Weltausstellung statt, die anders als alle anderen vor ihr, Lösungsmodelle für alle wichtigen Menschheitsfragen wie Hunger, Umweltverschmutzung oder Arbeitslosigkeit anbieten sollte.

Ingrid Röder, Redaktion Saarland ● Noch nie in der Geschichte der Weltausstellung wurde von den EXPO-Betreibern so um die Teilnahme von 3.Welt- und Umweltorganisationen gebettelt, um sich vom Ruch der reinen Wirtschafts- und Konzernshow zu befreien. Für die Uneinsichtigen, gar gegen die EXPO Demonstrierenden hatte man nördlich von Hannover ein neues Gefängnis bereitgestellt, das nach der EXPO für den unerwünschten Teil der Bevölkerung als Abschiebegefängnis dienen soll. Auch sonst blieb alles beim Alten. Ganz nebenbei erfährt man in einer der zahlreichen Multimedia-Shows, dass Gen- und Biotechnik das Hungerproblem löst, und beim Siemens-Stand, dass Atomenergie uns auch in Zukunft mit Sicherheit begleitet. Die Technikgläubigkeit blieb bestehen, wird aber mit Phrasen wie Nachhaltige Entwicklung zeitgemäßer verpackt.

Die »NROs« nicht mehr als ein Feigenblatt der EXPO

»Dabei sein« und mit Light-gefasster Kritik die Illussion einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den als Sponsoren auftretenden Konzernen und Regierungen aufrecht zu halten, hieß dann auch das Motto vom WWF, Deutschem Naturschutzring, amnesty international, dem Verband entwicklungspolitischer Nicht-Regierungs-Organisationen (VENRO), Brot für die Welt etc. Was macht es da schon, dass »ai« auf Anordnung der EXPO-Leitung vorübergehend auf seine Ausstellungstafeln über das Folterland Türkei verzichten musste. Oder dass »VW do Brasil« als einer der größten Regenwaldvernichter Brasiliens die Regenwaldecke gestaltete. Gleich daneben informierte der WWF über die Gefährdung des Regenwaldes, selbstverständlich über die Gefährdung durch die dort lebenden Menschen, nicht durch die großen Holzkonzerne. (2)

Bereits zur Vorbereitung des Themenparks trafen sich in illustrer Runde Vertreter von WWF und Deutschem Naturschutzring mit Vertretern vom Bund der Deutschen Industrie und Daimler-Benz, mit Weltbank und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). In ihrem gemeinsam entwickelten Konzept für den Themenpark »Umwelt: Landschaft und Klima« stellten sie fest, dass das »exponentielle Wachstum der Bevölkerung« Ursache für die »Übernutzung der Ressourcen« ist. Kein Wort davon, dass zur Zeit genügend Nahrungsmittel produziert werden, um mehr als die Weltbevölkerung zu ernähren. Kein Wort davon, dass die meisten Ressourcen von der Industrie verbraucht werden.

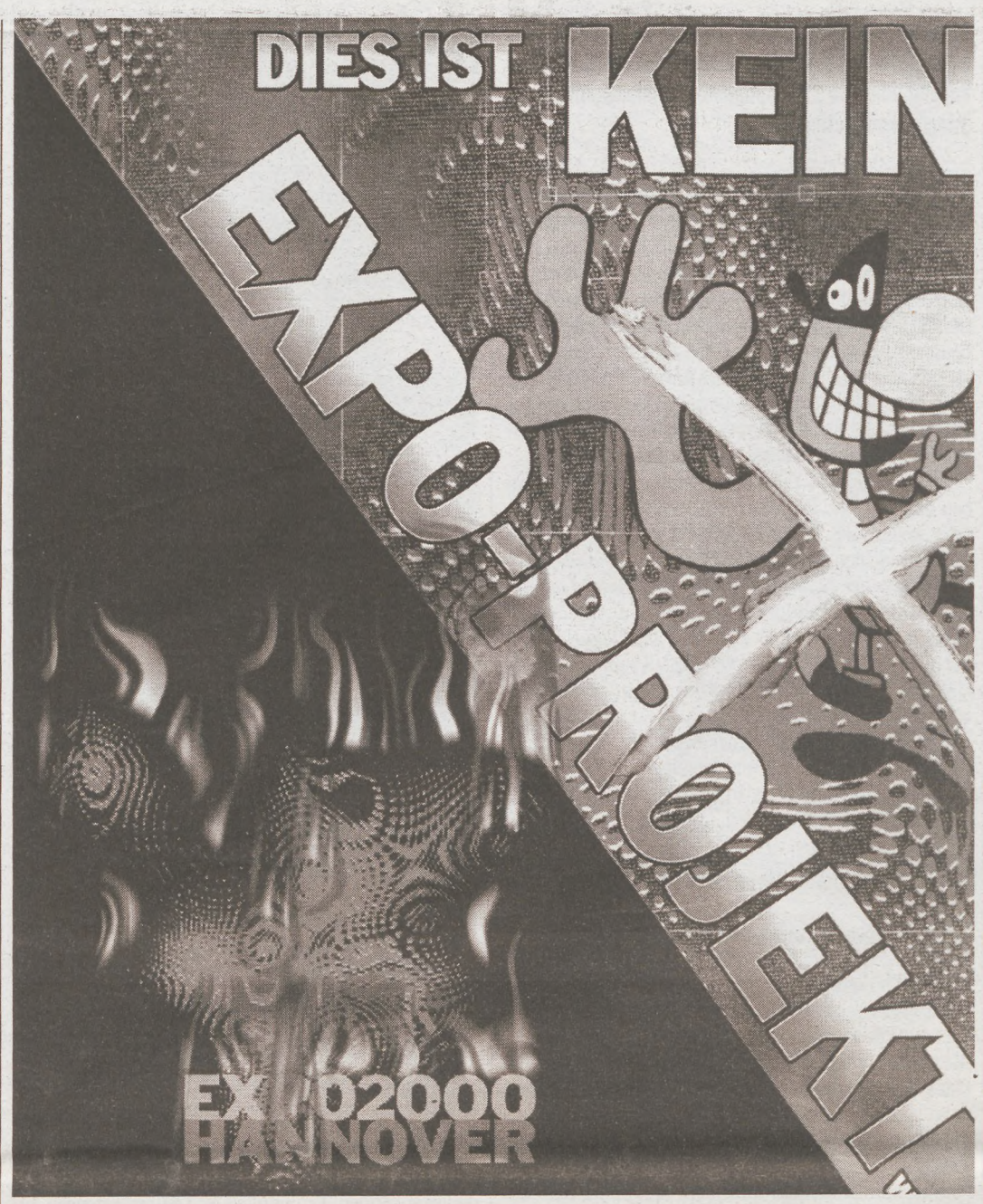
Weltfrieden durch Welthandel und Militär

Nur die Marktwirtschaft macht glücklich, so lautete die EXPO-Botschaft. Eine Kostprobe aus dem Konzept für den Themenpavillon »Zukunft der Arbeit«: »Global agierende Unternehmen dominieren mit ihren Produkten zunehmend den Wettbewerb. Im Streben nach Gewinnmaximierung werden arbeitsintensive Produktionen häufig in Schwellen- und Entwicklungsländer verlagert. Dies fördert auch die Ausdehnung der Märkte und lässt immer mehr Menschen am Wohlstand teilhaben (...) Vision: Weltfrieden durch Welthandel«. Weitergeführt wird diese Vision durch die 1992 erlassenen verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr, die Militäreinsätze zur Sicherung »strategischer Rohstoffe« und des sog. »freien Welthandels« vorsehen. Beim »Global-Dialogue« des BMZ, der von VENRO mitveranstaltet wurde, hört sich das in der Einladung dann leicht modifiziert so an: »Arme Menschen entwickeln oft einen enormen Gestaltungswillen. Es geht für sie darum, aus eigener Kraft politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu verändern, um ihre Situation langfristig zu verbessern. Dabei ist die Unterstützung der Privatwirtschaft und anderer gesellschaftlicher Gruppen oft von entscheidender Bedeutung.« So wurde in der Diskussion der indigenen Bevölkerung des Amazonasgebietes geraten, runde Tische mit Ölkonzernen und der Regierung zu bilden.

Kritik versackt im Dialog – Widerstand wird eingeseift

EXPO wie auch »agenda 21« repräsentieren mit Angeboten wie Runde Tische, Dialogbereitschaft und Konsens, zentrale kapitalistische Politikmodelle der neunziger Jahre. Ihre Dialogangebote dienen eher dem Einseifen von möglichem Widerstandspotential, als einem Interesse an Veränderung der eigenen Wirtschaftsweise. Gefragt, ob denn die gemeinsame Präsentation von 40 afrikanischen Ländern in der Afrika-Halle ein hoffnungsvolles Zeichen sei, antwortete der südafrikanische Botschafter Sibu Sisu Bengu: »Es wäre eine gewaltige Übertreibung, wollte man behaupten, dies sei ein hoffnungsvolles oder deprimierendes Signal. Die EXPO ist eine Show. Die Realität ist da zu finden, wo die Menschen leben und ihre Ideen und Ideale verwirklichen.«

Doch bei der EXPO ging es nicht um die Realität. Mit viel virtuellem Popanz wurden Zukunftsvisionen präsentiert, die so neu gar nicht sind. Die bunte Bilderwelt der EXPO war zwar eine substanzlose Show, verwies aber in der zukünftigen Weltordnung alle an ihren Platz: die 3.Welt als Folklorelieferant, kritische Organisationen wie Umweltgruppen als Feigenblatt und die Wirtschaftsunternehmen als Schrittmacher der menschlichen Entwicklung.●



Erstabdruck des Textes in »Flugschrift« Nr.2, dem Rundbrief der AKTION 3.WELT Saar, kostenloses Probeheft anfordern bei : AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str.24, 66679 Losheim, Tel 06872/9930-56, Fax 9930-57, e-mail: a3wsaar@t-online.de

(1) Die agenda 21 diente als Leitidee der gesamten EXPO. Sie ist das Abschlussdokument der »UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung« (Rio de Janeiro, 1992), auf das sich heute viele Umweltgruppen beziehen. Unter dem Label 'Nachhaltige Entwicklung' befürwortet die agenda 21 jedoch Gen- und Biotechnolgie sowie Atomenergie.

(2) Der WWF hatte seit drei Jahren eine von ihm und der EU-Kommission durchgeführte Studie über die Machenschaften der Holzkonzerne in den tropischen Regenwäldern verheimlicht. Nun veröffentlichte er eine stark entschärfte Version, in der die am Raubbau beteiligten Konzerne nicht mehr namentlich genannt wurden. Bereits 1997 beendete der WWF eine Kampagne gegen den Bakun-Staudamm in Malaysia. Zuvor erhielt er vom Kraftwerkslieferanten ABB eine Spende von 50.000 Dollar.

COP-6 IN DEN HAAG: NEOLIBERALER KLIMASCHUTZ KURZ VOR DER VOLLENDUNG

Are we gonna nuke the climate ?

Vom 13. bis zum 25. November findet die nächste UN-Klimaschutzkonferenz statt, auf der das Kyoto-Protokoll von 1997 fertiggestellt werden soll. Dabei gibt es neben der grundsätzlichen Kritik an den Ergebnissen der UN-Verhandlungen, dass weltweit 5,2% CO_2-reduktion bis 2008/12 bei weitem zu wenig sind – Wissenschaftler fordern 60% sofort –, und dass marktwirtschaftliche Instrumente wie der Emissionshandel nicht geeignet sind, das Klima zu retten, weitere bedrohliche Tendenzen in den aktuellen Diskussionen.

LIFE, Luxembourg ● Eines der zahlreichen Schlupflöcher aus den Reduktionsverpflichtungen der Industriestaaten ist der Emissionshandel mit den Ländern des globalen Südens, die keine Reduktionsverpflichtungen haben. Dabei finanzieren die Industriestaaten »Klimaschutzmaßnahmen« im Süden und bekommen die Einsparungen aufs eigene Konto gutgeschrieben. Zu diesen Maßnahmen zählt auch der Bau von Atomkraftwerken. Nicht nur, dass durch den Bau kein kg CO_2 gespart würde, weil erstens Atomkraft gar nicht CO_2-frei ist und zweitens vorher gar keine Energie produziert wurde, wo dann das Kraftwerk stände, dieser Passus würde zu einem enormen Push der Atomlobby führen. Die Industriestaaten kämen ihren Verpflichtungen nach und fördern gleichzeitig die heimische Atomindustrie. Und die expandiert in Ländern, wo sich die Leute nicht gleich bei jedem Castor querstellen, wo sich aber durchaus Leute finden, die sich auch für die andere Seite der Medaille, die militärische Nutzung, interessieren.

Ein anderes Schlupfloch führt uns zu der großen Zukunftstechnologie dieses Jahrhunderts, der Gentechnik. Es geht um sogenannte Senken, das sind Systeme, die CO_2 aus der Luft binden, wie z.B. Wälder. Auch die Finanzierung von Senken soll den Industriestaaten angerechnet werden können. Doch neben großen Problemen bei der Berechnung und Nachprüfbarkeit – wie viel CO_2 hat diese Aufforstung jetzt genau eingebracht, und wer versichert mir, dass der Wald in 20 Jahren immer noch steht, und nicht verbrannt ist? – gibt es bei der Sache ein prinzipielles Problem: Wenn so ein Wald erst mal ausgewachsen ist, nimmt er kein zusätzliches CO_2 mehr auf. Deswegen ist es für die CO_2-Bilanz besser, wenn eine Plantage von schnellwachsenden Bäumen angelegt wird, die dann regelmäßig abgeholzt und wieder aufgeforstet, kontinuierlich CO_2 einspart und auch noch Geld einbringt. Doch wird so eine Monokultur im ökologischen Sinne nie ein diverses Waldsystem ersetzen können, und wenn natürliche Wälder durch diese CO_2-Wälder ersetzt werden, dann mag zwar die CO_2-Bilanz stimmen, für die Natur und das Klima geht's aber weiter bergab. Und findige Wissenschaftler haben auch schon daran gedacht, dass man mit der Gentechnik sicherlich Bäume erzeugen kann, die noch schneller noch mehr CO_2 aufnehmen.

Dies sind nur zwei Beispiele, die zeigen, wie der marktwirtschaftliche Ansatz, der von den Konzernlobbyisten bei den UN-Verhandlungen gerade enorm gepusht wird, in die falsche Richtung geht. Es geht dabei immer um Gewinnmaximierung, und auch wenn die Währung jetzt CO_2 heißt, und die Gewinnmaximierung bedeutet, zu den geringsten Kosten möglichst viel CO_2 einzusparen, werden die anderen Faktoren des komplexen Systems Erde dabei völlig außer acht gelassen. Ob es sich jetzt um ökologische oder soziale Faktoren handelt, dem Klimawandel werden wir nur mit Konzepten begegnen können, die die komplexen Vorgänge in der Natur und in der menschlichen Gesellschaft mit einbeziehen. Wir, die Menschen in den Industrieländern, müssen zu unserer Verantwortung stehen und gegen die herrschende Ungerechtigkeit ein System der Klimagerechtigkeit aufbauen. Das beinhaltet dann sofortige starke CO_2-Reduktionsbemühungen, den Stop bzw. der Begrenzung auf nötigste bei/von klima- und umweltschädigenden Techniken wie der Ölförderung, Kohleabbau, Flugverkehr, sowie weltweite Solidarität mit den Opfern der Klimakapriolen.

Von den Verhandlungen bei der *COP-6* ist dieses leider nicht zu erwarten. Deswegen ruft die *Rising Tide Coalition for Climate Justice* zu kreativen direkten Aktionen in Den Haag auf. Wir haben für beide Wochen ein Festival-Programm aufgestellt, das schon am 10.11. mit einem Fackelzug zu *Shell* in Erinnerung an *Kan Saro-Wiwa* beginnt. Dabei wollen wir uns jedoch nicht nur auf Shells Grausamkeiten gegen die Ogoni konzentrieren, sondern die Verbrechen der Ölindustrie gegen die lokalen Gemeinden weltweit thematisieren. Es ist eine nette Aktion, die überall leicht durch zu führen ist, und wir würden uns freuen, wenn möglichst vielen Tankstellen in dieser Nacht heimgeleuchtet wird. Weitere geplante Aktionen sind z.B. Unterwasser- oder Fahrraddemonstrationen, Kunstobjekte wie ein schmelzender Eisbär oder eine Installation zu den Fluten in Mozambique, Straßenkonzerte, Anti-Atom-Aktionen. Doch der Hauptaugenmerk liegt eigentlich auf der zweiten Woche, wo der *Climate Justice Summit* Gelegenheit gibt, sich mit Leuten aus aller Welt über den Klimawandel und Strategien dagegen, über den COP-Prozess und die hier nötigen Strategien auszutauschen. Denn neben dem offiziellen Programm des *Rising Tide Festivals* unterstützen wir inoffizielle und spontane Aktionen am, im und auf dem Konferenzzentrum. Das kann von lustigen, pressewirksamen Sachen bis zum kritischen »Begleiten« von Industrielobbyisten reichen. Dabei steht uns die Infrastruktur des Indymediacenters zur Verfügung, es wird freies Radio geben und auch der *Blauwe Anschlag*, der größte Squat Den Haags bietet vielfältige Möglichkeiten. Was wir allerdings verhindern wollen, ist ein großer Auflauf von Menschen, denen nichts mehr einfällt, als das Konferenzzentrum zu blockieren. Denn schließlich sind diese Verhandlungen, so schlecht sie auch laufen, die einzigen offiziellen internationalen Gespräche über dieses lebenswichtige Thema. Deswegen ist all unsere Kreativität gefragt, sie in die richtige Richtung zu beinflussen. Doch wenn dabei am Ende nur Scheiße rauskommt, wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben, als die Delegierten solange einzuschließen, bis sie wieder zu Verstand gekommen sind.

Wem das alles zu vage klingt, der wende sich doch an life@emweltzenter.lu für nähere Infos auf deutsch. Auf englisch gibt es bei www.climateconference.org mehr zu lesen und crosswinds@aseed.antenna.nl beantwortet gerne alle Fragen.●

Kontakt: LIFE-die ecoCreActive Plattform, 6, rue Vauban; L-2663 Luxembourg; tel: 429870; Fax: 422242; email:life@emweltzenter.lu; www.emweltzenter.lu

Rote Hilfe Sonderkonto zu Prag

Während der von zahlreichen Gruppen organisierten Großdemonstrationen Ende September in Prag gegen das Treffen von IWF/Weltbank wurden über 900 Menschen inhaftiert.

Den Festgenommenen wurden alle Rechte (Telefonat, rechtlicher Beistand) und den Verletzten medizinische Hilfe verweigert, vielen wurde tagelang Nahrung und lebensnotwendiges Trinkwasser entzogen. Zahlreiche Gefangene berichteten nach ihrer Freilassung von brutalen Misshandlungen durch die Polizei (Knochenbrüche, Rückenwirbelverletzung, psychische Folter...). Die inhaftierten Frauen waren zusätzlich sexuellen Angriffen ausgesetzt. U.a. wurden die Frauen von der tschechischen Polizei dazu gezwungen, sich nackt auszuziehen und Turnübungen zu machen. Die Polizei arbeitete außerdem mit tschechischen Faschisten zusammen und schickte Nazi-Prügeltrupps in die Gefängniszellen.

Für die zu erwartenden Kosten der anstehenden Prozesse hat die Rote Hilfe ein Soli-Konto eingerichtet:
Rote Hilfe e.V., Konto-Nr.: 191100-462,
BLZ: 44010046, Postbank Dortmund,
Stichwort: »Prag 2000«

PRAG 21.-28. SEPTEMBER 2000

Von Prag nach Nizza

War »Prag 2000« ein Erfolg ?

Vom 26. bis 28. September fand die 55. Jahreskonferenz der Weltbank und des IWF in Prag statt - zum ersten Mal in einem Land des ehemaligen Ostblocks. Wie schon im November/ Dezember 1999 gegen das WTO-Treffen in Seattle war im Internet auch dieses Mal zum weltweiten Protest gegen diese beiden Bretton Woods-Institutionen aufgerufen worden. Der 26. September – kurz S26 – war zum neuen Weltaktionstag erklärt worden und die KritikerInnen von Weltbank, IWF, WTO und der neoliberalen Globalisierung insgesamt wurden aufgerufen, nach Prag zu kommen.

Von Maria Mies ● Die Aktionen in Prag wurden koordiniert von der *»Initiative gegen Ökonomische Globalisierung«* (INPEG), einem hauptsächlich von jungen Menschen gegründeten nicht-hierarchischen Zusammenschluss, der die konzerngesteuerte Globalisierung, wie sie von den Bretton Woods Organisationen weltweit vorangetrieben wird, bekämpft. INPEG bezieht sich dabei auf die Methoden der direkten, gewaltlosen Aktion, wie sie vorher schon in Seattle praktiziert wurden.. Im »Europäischen Aufruf zu den globalen Aktionstagen gegen IWF und Weltbank im September in Prag« rief INPEG zu einer Aktionswoche des Widerstandes auf, die am 21.9. mit einem Festival »Art and Resistance« beginnen sollte, vom 22. bis 24.9. einen Gegengipfel organisieren und mit dem »World Day of Action« am 26.9. ihren Höhepunkt haben sollte. Deutlicher noch als in Seattle wird in diesem Aufruf das kapitalistische System als solches angegriffen, weil es für die »... heutigen sozialen und ökologischen Desaster verantwortlich ist. Daher ist es notwendig, Proteste zu organisieren, um den IWF und die Weltbank zu stoppen. Denn eine solche Bewegung kann nur durch direkte Aktion, zivilen Ungehorsam und das Praktizieren direkter Basisdemokratie geformt werden. Der Widerstand muss so global wie das Kapital sein – aber sehr viel kreativer« (INPEG-Aufruf).

Erfolg der weltweiten Antiglobalisierungsbewegung

Am 28. September 2000 war auf der Titelseite der *International Herald Tribune* zu lesen: »Wegen der Proteste hat die Weltbank ihr Treffen einen Tag früher abgebrochen.« Die Delegierten beendeten ihre jährlichen Beratungen schon am 27.9.2000 und reisten ab, einen Tag früher als geplant. Als Begründung war zu lesen: »Vielleicht haben die Leute kürzere Reden gehalten.« (*Mats Karlsson*, Vizepräsent der Weltbank). Oder: sie hätten schneller gearbeitet. Das hätte nichts mit den Demonstrationen zu tun (*David Hawley*, Sprecher des IWF). Doch der Präsident der Weltbank, *James Wolfensohn*, gab zu, er »teile den Stress aller«, der von den Straßenschlachten ausgegangen sei. Ein Sprecher der tschechischen Regierung versicherte, sie hätten keinen Druck auf IWF und Weltbank ausgeübt, Prag früher zu verlassen, doch einige Delegierte gaben zu, dass sie sich nicht mehr sicher fühlten. Ein Aktivist von INPEG wurde zitiert »Wir sehen es als Erfolg an, dass sie die Stadt so schnell wie möglich mit eingezogenen Schwänzen verlassen.« Auch andere sprachen von einem weiteren »Sieg« der internationalen Protestbewegung, der sich in die Serie Seattle (Dez. 99), Washington (4. April 2000), London (1. Mai 2000), Melbourne (11. September 2000) einordne. Doch was heißt Sieg? Wessen Sieg?

Sicher ist es ein Erfolg der weltweiten Antiglobalisierungsbewegung, dass die Herrschenden der Welt heute bei all ihren Gipfeltreffen von dieser wachsenden Protestbewegung konfrontiert werden. Das war ja das, was man sich in Seattle vorgenommen hatte. Es kann auch als Erfolg verbucht werden, dass diese weltweite Bewegung nicht mehr ignoriert werden kann.

Richtig ist aber auch, dass die Gegenseite seit Seattle gelernt hat. In Seattle wurde die amerikanische Polizei noch von der Breite und Heterogenität des Protestes gegen die WTO überrascht. In Washington konnte sie verhindern, dass die Protestierer die Frühjahrskonferenz von Weltbank und IWF blockierten. In London gab es am 1. Mai heftige Zusammenstöße zwischen Polizei und 4.000 Demonstranten, bei denen 42 verhaftet wurden (*The Guardian* 24.8.2000).

Strategie der Kriminalisierung

Die Innenminister der Länder, in denen diese Gipfeltreffen stattfinden, tauschten ihre Informationen aus und gaben die Listen der Namen der Verhafteten an ihre Kollegen in den anderen Ländern weiter. Seit Seattle wurde aber vor allem eine weltweite Kriminalisierung der internationalen Protestbewegung initiiert, die sich hauptsächlich auf die Mitwirkung der Medien stützt. Sie hat in Prag ihren bisherigen Höhepunkt gefunden. Diese Kriminalisierung wurde schon ein halbes Jahr vor der IWF/-Weltbank-Tagung im September vom tschechischen Innenminister Gross begonnen. Die tschechische Bevölkerung wurde buchstäblich auf einen Bürgerkrieg im September vorbereitet. Es wurden 11.000 Polizisten und 5.000 Soldaten als Sicherheitskräfte nach Prag gezogen. Das Gesundheitsministerium riet den vier wichtigsten Krankenhäusern in Prag mehr Personal einzustellen und sich auf Attacken mit chemischen und biologischen Waffen einzustellen. Die Schulen in Prag wurden eine Woche geschlossen, Kinder und Alte sollten aufs Land gehen. Den Bewohnern Prags wurde geraten, Vorräte an Lebensmitteln und Medizin anzulegen und ihre Wohnungen möglichst während der Woche vom 24. bis 29. September nicht zu verlassen. Die Boulevardpresse riet den Prager BürgerInnen Türen und Fenster vor dem Einfall der »Barbaren« zu verrammeln. 800 Sicherheitsjacken wurden an Journalisten verteilt, diese mussten außerdem rote Westen tragen, um sich von den »Anarchisten« – so die allgemeine Bezeichnung für die Protestierer – zu unterscheiden (*The Guardian*, 24.8.2000).

Diese Strategie der Kriminalisierung der WeltbankkritikerInnen und die Erzeugung einer allgemeinen Panik und Hysterie unter der Bevölkerung scheint nach dem Bericht des Guardian jedoch nicht allein im tschechischen Innenministerium entworfen worden zu sein. *Scotland Yard* (England) und *FBI* (USA) hatten schon im Vorfeld der tschechischen Regierung ihre Hilfe angeboten. Anfang August flog eine Delegation von Scotland Yard nach Prag. Unter ihr waren Spezialisten für die Behandlung der Medien. »Wir sind rübergeflogen, um ihnen zu helfen, obwohl sie uns offiziell nicht um Hilfe gebeten haben. Wir wollten unsere Erfahrungen und Informationen mit ihnen teilen.« so ein Sprecher von Scotland Yard (*The Guardian*, 24.8.2000). Schon im Frühjahr waren 24 tschechische Polizeibeamte zum Training ins Hauptquartier des FBI in Washington eingeladen worden. Der Chef dieser Behörde flog nach Prag, um die tschechische Polizei bei der Vorbereitung auf gewaltsame Auseinandersetzungen zu beraten. Doch diese Panikmache war selbst dem Präsidenten der Tschechischen Republik, *Vaclav Havel*, zu viel: »Es ist, als ob wir uns auf einen Bürgerkrieg vorbereiteten« sagte er. In der *Frankfurter Rundschau* vom 23.9.2000 wird er folgendermaßen zitiert: »Es gibt so viele Menschen, die weder wissen, was der IWF und die Weltbank tun, noch von den Argumenten der Kritiker eine Ahnung haben; aber alle Welt ist darüber informiert, wie viele Knüppel und Wasserwerfer der Polizei zur Verfügung stehen.« Diese Aussage des tschechischen Staatspräsidenten drückt sehr klar den Kern der ganzen Antiglobalisierungsstrategie aus: Kriminalisierung der KritikerInnen auf der einen und Panikmache und Hysterisierung der Bevölkerung auf der anderen Seite, gekoppelt mit Ignoranz über die eigentlichen Akteure und ihre Politik.

In einem »Offenen Brief« an Vaclav Havel habe ich meine Kritik an dieser gefährlichen Strategie ausgedrückt: Ich halte die Kombination aus Kriminalisierung, Panikmache und Ignoranz für das effizienteste Mittel, die Grundlagen der Demokratie zu zerstören.

Tote Stadt

Die Strategie hat gewirkt. Als wir am 25. September in Prag ankamen, kamen wir in eine tote Stadt. Die Straßen waren leer von Autos, aber fast auch von Menschen. Die psychologische Kriegsführung im Vorfeld der Ereignisse war erfolgreich gewesen. Die Prager hatten gehorsam die Anweisungen von oben befolgt.

Wir, Frauen des Netzwerks *»DIVERSE WOMEN FOR DIVERSITY«* bekamen die Auswirkungen der allgemeinen Einschüchterung sehr schnell zu spüren. Unsere Gastgeber-Organisation *»Agentura-Gaia«* sagte uns, von den Frauen, die aus den osteuropäischen Ländern eingeladen worden waren, sei keine gekommen. Es hieß, sie hätten keine Visen bekommen. Als wir – Frauen aus Indien, Mexiko, Deutschland, Belgien, Ungarn, Taiwan, Korea und Bolivien uns am 26.9. auf dem Namesti-Miru, dem Friedensplatz, vor der Ludmilla-Kirche zum Auftakt der Demo trafen, gehörten wir zu den wenigen Feministinnen, die im Demonstrationszug mitmarschieren wollten. Tschechische Frauen gesellten sich nicht zu uns. Ähnlich sah es am nächsten Tag aus, als wir unsere öffentliche Veranstaltung im Narodni Dum, dem »Volkshaus«, hinter der Ludmilla-Kirche hielten. Es waren kaum Tschechinnen gekommen. Die tschechische Presse war nicht erschienen, obwohl viele Einladungen verschickt worden waren.

Unsere Autorin Maria Mies (links) in Prag Foto: Ellen Diederich

Wir wollten durch unsere Veranstaltung klarmachen, dass die Politik von Weltbank und IWF, besonders durch die Strukturanpassungsprogramme überall in den verschuldeten Ländern des Südens, aber auch zunehmend in den ehemaligen Ostblockländern, eine Blutspur von zunehmender Verarmung, Hunger, Krankheit, Flüchtlingsströmen, sozialen Konflikten und, daraus entste-

Fortsetzung auf Seite 8

Die Erklärung von Prag

Wir, die Mitglieder von Nichtregierungs- und Basisorganisationen aus verschiedenen Teilen der Welt haben uns in Prag getroffen und folgende Erklärung zu einem Zeitpunkt unterzeichnet, als uns die Nachricht erreichte, dass das Jahrestreffen 2000 des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank vorzeitig abgebrochen wurde. In Anbetracht der vielen geplanten Sitzungen – inklusive der Treffen mit NGOs, die abgesagt wurden – klingt die Begründung, dass die Delegierten ihre Arbeit einfach beendet hätten, mehr als hohl.

Wir glauben vielmehr, dass die Suspendierung des letzten Konferenztages das Eingeständnis der Unglaubwürdigkeit der genannten Institutionen widerspiegelt. Konfrontiert mit dem starken Protest von Organisationen wie den unseren und der allgemeinen Ablehnung ihrer leeren Rhetorik über »Armutsbekämpfung« und »Schuldennachlass« als Antwort auf die massive Kritik an ihrer, durch ökonomische Misswirtschaft gekennzeichneten jahrzehntelangen Amtsführung, haben sie endlich das Schweigen den Lügen vorgezogen.

Unsere Herausforderung an diese Institutionen und an alle jene, die – hauptsächlich aufgrund der Last illegitimer Schulden – ihre Wirtschaftspolitik kontrollieren und diktieren, ist unbeantwortet geblieben. Unser Ruf nach einer völlig neuen globalen ökonomischen Struktur, die sich nicht an einem einzigen Modell orientiert, sondern eine Vielfalt von Alternativen für die verschiedenen Völker dieser Erde aufzeigt, wurde von diesen Institutionen weder akzeptiert noch verstanden.

Wir haben uns in Prag zu einem außergewöhnlich breiten und inklusiven internationalen Protest gegen die diskriminierende und ungerechte Politik des IWF und der Weltbank zusammengeschlossen. Dabei haben wir uns gegen den undemokratischen und elitären Charakter beider Institutionen und ihrer Treffen ausgesprochen.

In unseren Reihen befinden sich jugendliche Aktivisten aus 30 verschiedenen Ländern (u.a. Bangladesch, Indien, Südafrika, Argentinien, USA, Frankreich, Deutschland und Österreich) ebenso wie zahlreiche Menschen aus Zentral- und Osteuropa, die jetzt eine Bewegung gegen die Globalisierung des Finanzkapitals in dieser Region initiiert haben. Wir sind nach Prag gekommen in Solidarität mit den Millionen, die nicht in Prag sein konnten: den verarmten Frauen und Bauern in Afrika, den fristlos entlassenen ArbeiterInnen in Asien, den Bewohnern der pazifischen und karibischen Inseln, denen lebensnotwendige Kredite entzogen wurden und den jungen Frauen, die in den lateinamerikanischen Maquilas ausgebeutet werden.

Aber wir haben unsere Zeit in Prag nicht nur mit dem Protestieren verbracht, sondern haben auch positive, menschenbezogene Alternativen zur Schuldenkrise und den Strukturanpassungsmaßnahmen des IWF ebenso diskutiert wie zu den umwelt- und kulturzerstörerischen Infrastrukturprojekten der Weltbank, deren Wirtschafts- und Entwicklungsphilosophie auf der Ausbeutung der grossen Bevölkerungsmehrheiten in den Ländern des Südens und des Ostens beruht.

Gleichzeitig klagen wir den psychologischen Terror und die physische Repression an, die die tschechischen Polizeikräfte vor, während und nach der IWF/Weltbank-Konferenz ausgeübt haben. Ihre Aktionen haben – über die Momente provokativen Verhaltens einiger weniger Demonstranten hinaus – während und nach den im wesentlichen friedlichen Demonstrationen Dutzende Unschuldige verletzt und Hunderte ungerechtfertigt festgenommen. Unsere Solidarität gilt den Hunderten, die noch immer gefangengehalten werden, deren sofortige Freilassung wir ebenso fordern wie ihre menschenwürdige Behandlung. Ganz besonders drücken wir unsere tiefe Sorge über Berichte aus, die von Folterungen in den tschechischen Gefängnissen sprechen.

Wir haben festgestellt, dass die Weltbank selbst eingestanden hat, dass ihre Politik gescheitert ist. Ihr »World Development Report beinhaltet – trotz der in der Institution herrschenden Zensur – eine aufschlussreiche Kritik

KAMPAŇ PROTI MEZINÁRODNÍMU MĚNOVÉMU FONDU A SVĚTOVÉ BANCE
PRAHA 2000
• INPEG •

an der wachstumszentrierten Entwicklungsphilosophie, die lange Zeit hindurch die Antworten der Weltbank auf nahezu alle Fragen geprägt hat. Und ihr Bericht über die wirtschaftliche Transition in der früheren Sowjetunion und in Osteuropa hat eine zehnfache Steigerung der Armut, von 2% auf 21%, offengelegt, ein klarer Beweis dafür, dass die neoliberalen Rezepte, die vom IWF und der Weltbank verordnet wurden, wieder eine ganze Weltregion in Mitleidenschaft gezogen hat.

In Anbetracht dieses Eingeständnisses durch die Weltbank fordern wir, dass sie und der IWF ebenso wie ihre bisherigen Unterstützer mit ihren Rufen nach mehr von derselben Medizin und mehr von denselben Bedingungen unverzüglich aufhören. Was die Welt braucht ist eine ökonomische Revolution, die die Kontrolle über die Wirtschaft den Menschen zurückgibt, die von ihr betroffen sind. Die Zeit ist gekommen, die Wirtschaft in den Dienst der Menschen zu stellen und nicht ganze Gesellschaften in den Dienst von ökonomischen Modellen, die in den letzten 20 Jahren versagt haben.

Unsere Proteste in Prag, die denen in Melbourne, Okinawa, Genf, Chiang Mai, Washington, Seattle und unzähligen anderen Städten gefolgt sind, haben der Welt erneut die Widersprüche und Unzulänglichkeiten der Globalisierung des Finanzkapitals durch den IWF und die Weltbank vor Augen geführt. Unsere Proteste spiegeln auch die Kämpfe in Bolivien wieder, eines der vielen Länder, in denen die Bevölkerung gegen die lokalen Erscheinungsformen der globalisierten Ökonomie aufgestanden sind. Unsere Organisationen werden weiter protestieren und alles tun, um die Fehler des Systems anzuprangern, solange dieses neoliberale Modell von den Reichen und Mächtigen fortgesetzt wird. Wo immer die Institutionen auftreten werden, die sich das Recht anmaßen, für die globale Wirtschaft Entscheidungen zu treffen, werden wir dasein – als Zeugen, Aufdecker und DemonstrantInnen.●

Prag, 28. September 2000

Unterschriften:
Focus on the Global South – Thailand (Nicola Bullard)
Initiative Against Economic Globalization (INPEG) – Tschechische Republik (Alice Dvorska)
50 Years Is Enough Network – USA (Soren Ambrose)
Euromarsch gegen Erwerbslosigkeit, Prekarität und Ausgrenzung – Österreich (Leo Gabriel)
ATTAC – Frankreich (Christophe Aguiton)
Jubilee 2000 South Africa/Jubilee South – Südafrikanische Republik (Dennis Brutus)
Center for Economic & Policy Research – USA (Mark Weisbrot)
Rights Action – USA (Annie Bird)
National Free Union of Students – Deutschland (Stefan Bienefeld)
Zashita Trade Union / Alternativy Association – Russland (Boris Kagarlitsky)
Rede Brasil – Brasilien (Veriano Terto Jr.)
Human Rights Law Network – Indien (Raajen Singh)
Share – Aktion für gerechte Ökonomie – Deutschland

Kontakt für weitere UnterzeichnerInnen:
Euromarsch Wien, Postfach 412, A-1070 Wien,
Tel. 0043-664-476 29 62
E-Mail: verlagszentrum@mail.magnet.at

FORSETZUNG VON SEITE 7

Von Prag nach Nizza

hend, sogenannten »ethnischen« Kriegen hinter sich zurücklässt. Die Leidtragenden dieser Politik sind vor allem Frauen, Kinder und die Natur. Mit Beiträgen aus Bolivien, USA, Indien, Mexiko und Deutschland wollten wir die Lügen entlarven, dass die neoliberale Globalisierungspolitik, die immer noch von der »Killer-Trinität« Weltbank, IWF und WTO, vertreten wird, überall zu mehr Wohlstand für alle, mehr Gleichheit, mehr Frieden und mehr Demokratie führen würde. Doch die Veranstaltung konnte nur unter den Bedingungen eines Quasi-Ausnahmezustandes stattfinden. Eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung hatte die Polizei alle Straßen rings um den »Friedensplatz« weiträumig abgesperrt, wo auch unsere Tagungsstätte lag. Die Polizei erlaubte nicht, dass wir zu der Veranstaltung gingen. Wir mussten fast drei Stunden warten, bis die Polizei abzog. Ich sollte dort einen Vortrag zu dem Thema »DAS GLOBALE FREIHANDELSSYSTEM ALS NEOKOLONIALES WELTKRIEGSSYSTEM« halten. In diesem Vortrag habe ich den Zusammenhang zwischen den Folgen der IWF- und Weltbankpolitik, und den überall aufbrechenden »ethnischen«, »religiösen« oder »Stammeskriegen« aufgezeigt, sowie die darauf folgende Umstrukturierung sowohl der NATO-Strategie, wie der Strategie der Bundeswehr, die nun von einer Verteidigungsarmee zu sogenannten »Krisenreaktions-Kräften« umgewandelt wird, um überall auf der Welt die Interessen der globalisierten Konzerne zu schützen. Auf dem Hintergrund der bürgerkriegsähnlichen Mobilisierung in Prag war mein Vortrag durchaus der Situation angemessen.

»Gewaltbereite Anarchisten und Barbaren«...

Über die Demonstration am 26.9. ist in den tschechischen und ausländischen Medien viel und pausenlos berichtet worden, besonders über die Eskalation der Gewalt am Ende des Demonstrationszuges. Dieser Zug hatte sehr friedlich und fröhlich begonnen. Ich wunderte mich, dass er nach all den Vorwarnungen fast ohne Polizeipräsenz durch die Straßen Prags, bis kurz vor das Kongreßzentrum ziehen konnte, wo die etwa 23.000 Delegierten tagten. Dieses Kongreßzentrum war durch bewaffnete Polizisten hermetisch abgeriegelt. Als die Spitze des einen Strangs der Demo – sie hatte sich inzwischen in drei Stränge geteilt – die Polizeisperre erreichte, flogen Pflastersteine und auch Molotowcocktails auf die Polizisten. Diese schossen mit Tränengas zurück und es gab die bekannten Straßenkämpfe zwischen Polizei und Demonstranten.

... oder Polizeiprovokation?

Es war klar, dass der Angriff einiger Demonstranten auf die Polizei – niemand wusste, wer sie waren – genau die Befürchtungen bestätigen würde, die schon Monate vorher unter den Leuten verbreitet worden waren, nämlich, dass die Protestierer alle gewaltbereite »Anarchisten« und »Barbaren« seien. Als ich später das tschechische Fernsehen sah, das immer wieder Bilder von steinewerfenden Demonstranten und geschlossenen Reihen von voll bewaffneten Polizisten zeigte, wurde mein Verdacht bestätigt, dass es sich hier um eine Art »Sich-selbst erfüllende« Prophezeiung handelte. Man sah, wie Vermummte in aller Ruhe Pflastersteine ausgruben und in die Fenster von Banken, McDonalds, Kentucky Fried Chicken und C&A warfen. Man sah, wie Fernsehjournalisten diese Szenen ungestört filmten, ohne dass einer der vielen Polizisten die Täter verhaftete. Als wir am Abend in unsere Pension zurückkamen, kam uns der Besitzer der Pension wütend entgegen: »Wozu bezahlen wir diese Polizei aus unseren Steuergeldern? Da stehen sie wie die Bleisoldaten und lassen sich mit Steinen bewerfen! Sie sehen zu, wie diese Anarchisten, Bolschewisten, Kommunisten alles wieder kurz und klein schlagen, was wir in zehn Jahren durch unsere Arbeit aufgebaut haben.« Ist es wirklich ein Erfolg, wenn ein Mann wie dieser Pensionswirt, der viele Jahre in Deutschland gearbeitet hat, sich eher mit McDonalds und Kentucky Fried Chicken solidarisiert, als mit den Demonstranten, die gegen Weltbank und IWF protestieren? Die Fernsehbilder über Straßenschlachten zwischen Polizei und »Anarchisten« überlagerten jede Möglichkeit, dass die eigentliche Botschaft der KritikerInnen der Bretton Woods Institutionen überhaupt von einer breiten Öffentlichkeit gehört werden konnte.

Herr *Wolfensohn*, Präsident der Weltbank, und *Wolfgang Köhler*, der Direktor des IWF, jedoch hatten diese Botschaft sehr wohl gehört und verstanden. Sie hatten sich in einer offenen Diskussion, zu der *Vaclav Havel* eingeladen hatte, den Kritikern gestellt, sowohl den jungen Leuten von *INPEG*, als auch bekannten Intellektuellen, wie Professor *Walden Bello* von den Philippinen. Alle zeigten an zahllosen Beispielen aus allen verschuldeten Ländern der Welt auf, wie die Kredite der Weltbank für aufwendige Projekte, an denen nur westliche Konzerne verdienen, sowie durch die Strukturanpassungsprogramme des IWF die Wirtschaften ganzer Völker ruiniert, Diktaturen unterstützt, Armut und Flüchtlingselend hervorgerufen worden war. *Walden Bello* griff Präsident Wolfensohn direkt an: »Ja, Herr Wolfensohn, in Ihrer Amtszeit haben sie geholfen, das Suharto-Regime in Indonesien zu legitimieren! Das wird die Welt nie vergessen.« (*Prague Post*, 27.9.2000). Auf dem Gegengipfel, den INPEG organisiert hatte, solidarisierte sich Bello mit INPEG und allen anderen AktivistInnen: »Ich bin nicht hergekommen, um akademische Diskussionen zu führen. Ich bin hier als einer von Euch, um die Weltbank und den IWF zu schließen.« (*Prague Post*, 27.9.2000). Bello nannte das, was sich seit 20 Jahren an Kritik um die Bretton Woods Institutionen zusammengebraut hatte, eine grundlegende Legitimationskrise dieser Institutionen. Keine Institution, keine Regierung könne auf Dauer eine solche Legitimationskrise überleben.

Vielleicht nicht so radikal wie Bello, vielleicht aber gefährlicher für die Weltbank, ist die Kritik des früheren Chef-Ökonomen der Weltbank, *Joseph Stiglitz*. Stiglitz nahm ebenfalls am 23.9. an dem von *Vaclav Havel* organisierten Treffen von Bankchefs und NROs auf der Prager Burg teil. Er griff nicht nur die Weltbank und den IWF an, sondern auch die US-Regierung und ihre Wirtschaftspolitik seit 1995. Er kritisierte das Programm der Privatisierung in Russland, das von IWF und Weltbank verordnet worden war. »Diejenigen, die die Privatisierung an die erste Stelle vor allem anderen gestellt haben, hatten ganz klar Unrecht.« (*Prague Post*, 27.9.2000). Stiglitz hat die Weltbank verlassen, weil er die Politik des IWF während der Asienkrise für katastrophal hielt. Wie Bello, stellte sich auch Stiglitz auf die Seite der NRO-KrititkerInnen. Sie hätten ein richtigeres Bewusstsein von dem, was heute viele Menschen bewegt: die Umweltproblematik, die Demokratie, Transparenz und Offenheit und »vielleicht am wichtigsten ... die Armen.« Er fand, dass die Fragen vieler KritikerInnen in jener Debatte die Weltbanker überrascht hatten, und dass Köhler und Wolfensohn nur ausweichende Antworten gaben und nicht in der Lage waren, etwas Substantielles zu sagen.

Offen für Kritik?

Was *Michel Chossudovsky* schon vor etlichen Jahren geschrieben hatte, nämlich, dass das Finanzdebakel in Asien und Russland von der Weltbank und dem IWF, in Zusammenarbeit mit dem US-Finanzministerium und den Wallstreet Banken, verursacht worden war, wurde in Prag vom ehemaligen Chefökonomen der Weltbank zugegeben. Der Druck, der von diesen Institutionen ausgegangen sei, die Kapitalmärkte zu deregulieren, habe zur Krise beigetragen (*Prague Post,* 27.9.2000).

James Wolfensohn zeigte sich offen für Kritik. Er gab zu, dass die jungen Protestler in vielen Punkten Recht hätten, dass die Weltbank Fehler gemacht habe, dass sie sich bessern wolle. Wolfensohn schob aber den Schwarzen Peter den Regierungen der reichen Länder zu, die zu wenig Entwicklungshilfe zahlten. Als erstes wurden die ominösen Strukturanpassungsprogramme umgetauft in »Armutsbekämpfungsprogramme«. Damit wollten sich die Banker die Forderungen nach Gerechtigkeit für die Armen, die vor allem von der Erlassjahrkampagne aber auch von vielen anderen NROs erhoben wurden, für ihre eigenen Zwecke instrumentalisieren, ohne in der Substanz etwas zu änderen. Es bleibt zweifelhaft, ob die transnationalen Konzerne und die Regierungen der reichen Länder der Welt überhaupt daran denken, die Weltbank und den IWF tatsächlich zu einem Instrument der Gerechtigkeit zu machen. Da nützen auch die Beteuerungen Wolfensohns wenig, der den Kritikern sagte: »Ihr solltet uns nicht als eine schwarze böse Macht ansehen ... bitte versteht, dass unsere Ziele denen der Leute auf der Straße (den Protestierern M.M.) sehr ähnlich sind. ... Unser Ziel ist es, die Armut zu bekämpfen. Das ist ein zentrales Anliegen.« (*Christopher P. Winner in: Prague Post,* 27.9.-3.10.2000).

Nach dem Vorherigen, müssen wir jetzt noch einmal fragen: War Prag ein Erfolg? Geschah die vorzeitige Abreise der Delegierten aus Prag, weil sie sich von den Protestlern tatsächlich bedroht fühlten, oder hatten sie mit dem öffentlichen Mea Culpa von Wolfensohn und Köhler ihre Aufgabe in Prag tatsächlich erfüllt? Sollte da sowieso nicht mehr geschehen, wie *Christopher Winner* meint? Oder war Prag tatsächlich eine weitere Etappe in dem Prozess einer zunehmenden De-Legitimierung einer globalen, wachstumsbesessenen, profitgierigen Wirtschaft, für die alles, was das ist, zur Ware werden muss? Ich glaube nicht an die Unausweichlichkeit eines linearen Fortschritts, weder in der Wissenschaft noch in sozialen Bewegungen. Der Triumphalismin in den Äusserungen mancher GlobalisierungsgegnerInnen, dass wir von Seattle über Washington, über London, über Melbourne »von Sieg zu Sieg« schreiten würden, macht mich skeptisch...

Vor allem aber ist mir in Prag klar geworden, dass die Situation der Menschen in Prag sich sehr von der in Seattle unterscheidet. Von Leuten, die gerade erst nach einer »Samtrevolution« im Kapitalismus angekommen sind und immer noch auf dem Trip des »Nachholens« sind, ist nicht zu erwarten, dass sie die Argumente derer verstehen, die die Institutionen in Frage stellen, die – angeblich – Reichtum, Gleichheit und Frieden für alle bringen sollen. Die Tatsache, dass kaum Tschechen und noch weniger Tschechinnen an den Protesten teilgenommen haben, sollte uns zu denken geben. Ich kann so lange nicht einfach von »Erfolg« reden, solange die Mehrzahl der Menschen in Unwissenheit und Panik gehalten werden und nicht verstehen, was Weltbank, IWF und auch die ausländischen Protestierer wollen.

Ist das zu pessimistisch? Vielleicht. Auf der Rückreise von Prag las ich in der *International Herald Tribune* vom 29.9.2000 einen Artikel von *William Pfaff*. Er trug den Titel: »Der Globalisierungsdrive des Westens hat sich als massiver Fehlschlag erwiesen.« Der Autor zeigt auf, dass die neoliberale Umstrukturierung der Wirtschaft, die von den USA und England begonnen und durch IWF, Weltbank und WTO vorangetrieben wurde, jetzt nicht nur gefährdet wird von Globalisierungsgegnern und deren Erfolgen weltweit, sondern ebenso von Dissens und Konflikten innerhalb der globalen Institutionen. Vor allem seit der Finanzkrise in Asien sei der Glaube in vielen asiatischen Ländern verschwunden, dass die Liberalisierung aller Märkte, besonders der Finanzmärkte, die beste Wirtschaftpolitik sei. Doch auch in den USA, in Europa, in Kanada und Japan könne nicht mehr übersehen werden, dass die Freihandelspolitik nicht nur die Kluft zwischen reichen und armen Ländern größer gemacht, sondern besonders auch in den reichen Ländern, wie USA und England, zu immer größerer Ungleichheit geführt habe. Der Autor zitiert Vaclav Havel, der in Prag sagte: »Ich glaube, dass wir eine andere Umstrukturierung anstreben müssen, eine die das ganze Wertesystem in Frage stellt, auf dem die derzeitige Zivilisation beruht.« (*International Herald Tribune*, 29.9.2000).

War Prag ein Erfolg?

Einerseits ja – aber andererseits? Es fällt mir schwer von Erfolg zu reden, wenn die Mehrzahl der Menschen nicht verstehen, was diese Protestierer wollen, was das mit ihnen zu tun hat, und wenn die Steinewerfer und Molotow-Cocktail-Schmeißer all die Ängste der Bevölkerung, die vorher geschürt wurden, bestätigen. Die internationale Protestbewegung steht vor einem Dilemma: Wenn sie friedlich diskutiert und demonstriert, wird sie von den Medien ignoriert. Wenn es Straßenschlachten gibt, berichten zwar die Medien, aber »das Volk« wird nicht aufgeklärt über das, worum es geht. Die Gewaltdiskussion überlagert alles, sowohl bei Befürwortern, wie bei Gegnern der Globalisierung.

Vielleicht hängt dies mit einem weiteren Widerspruch zusammen, der mir in Prag auffiel. Die Stadt hing voll von riesigen obszönen, frauenfeindlichen Reklametafeln für Sexshops und Pornoläden. In einer Boulevardzeitung war neben dem knackigen Hintern einer jungen Frau zu lesen: »Was ist einem IWF-Beamten tschechischer Sex wert?« In keine dieser Reklametafeln waren Steine geworfen worden. Soweit mir bekannt, tauchte die tschechische Sexindustrie, die organisierte Prostitution als Wachstumsbranche in der Kritik am globalen Kapitalismus nicht auf. Kann ich da als Feministin von Erfolg reden?●

(Dieser Beitrag ist ein Vorabdruck aus dem demnächst erscheinenden Buch der Autorin: »GLOBALISIERUNG VON UNTEN« Rotpunktverlag, Hamburg)

Protest in Prag, 26.9.2000 Foto: Ellen Diederich

DIE BRÜSSEL-ERKLÄRUNG

VON SEATTLE NACH BRÜSSEL

Wir, die Mitglieder der 'Zivilgesellschaft' aus vielen europäischen Ländern, stimmen der Entscheidung des NGO-Treffens in Brüssel im Mai 2000 zu, den Widerstand gegen die von den Konzernen gesteuerte Globalisierung fortzusetzen, so wie er sich in den vorausgegangenen Protesten, z.B. in Seattle manifestiert hat. Wir sind davon überzeugt, dass es entscheidend ist, den jetzigen Moment als Chance zu nutzen, um den Kurs zu ändern und ein alternatives, humanes, demokratisch legitimiertes und ökologisch nachhaltiges Handelssystem zu schaffen, das allen Menschen zum Vorteil gereicht.

Wir stimmen vorbehaltlos der 'Bostoner Erklärung' – »WTO: Shrink or Sink!« (»WTO: – Soll schrumpfen oder untergehen!«) zu und wir werden uns dafür einsetzen, dass die dort formulierten Forderungen eine zentrale Rolle in der europäischen Handelspolitik spielen werden.

Wir sind zutiefst besorgt und wir fordern eine Umkehrung folgender Tatbestände, nämlich dass:

- die Europäische Union eine zunehmend neoliberale Agenda verfolgt, indem sie eine umfassende neue WTO-Verhandlungsrunde vorantreibt, allen Vorbehalten der Mehrheit der WTO-Mitgliedstaaten zum Trotz;
- sowohl unter Leon Brittan als auch unter Pascal Lamy (dem derzeitigen Handelskommissar) die Europäische Kommission an vorderster Front stand und steht, diesen Prozess auf internationaler Ebene voranzutreiben;
- dies eine Agenda ist, die von den Transnationalen Konzernen vorangetrieben und geformt wird und zwar durch Lobbygruppen wie den Europäischen Arbeitgeberverband UNICE und den 'Transatlantic Business Dialogue' (TABD). Dieser Prozess wird erleichtert durch das Fehlen von Transparenz und Demokratie innerhalb der europäischen Institutionen;
- die Europäische Kommission versucht, die 'Zivilgesellschaft' zu kontrollieren in Form von fälschlicherweise sogenannten »Dialogen«. Diese von der EU-Kommission kontrollierten »Dialoge« dienen allein dazu, bessere Bedingungen für eine neue Verhandlungsrunde auszuloten, und haben nichts mit einer breiten und öffentlichen Auseinandersetzung zu tun.
- dass diese Handelspolitik intransparent ist, keiner Rechenschaft unterliegt, außerhalb demokratischer Kontrolle von EU-Bürokraten entwickelt wurde und sich als schädlich für grundlegende Menschenrechte und die Natur erwiesen hat;
- dass der öffentlich nicht zugängliche Ausschuß 133 inzwischen die Zentralinstanz für die Ausarbeitung der Europäischen Handelspolitik ausmacht;
- dass die Europäische Kommission im Rahmen der 'Intergovernmental Conference' (ICG) versucht, ihr bisheriges Verhandlungsmandat auszuweiten auf die Bereiche Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte und Investitionen.

Angesichts dieser Situation betrachten wir die EU-Institutionen nicht als Partner sondern als Zielscheibe (für Kritik und Widerstand d. Ü). Wir werden uns auf allen erdenklichen Ebenen bemühen, eine Umkehr dieses neoliberalen Kurses zu erreichen, in Richtung auf ein alternatives Wirtschaftssystem, welches die Grundrechte von Mensch und Natur schützt.●

Brüssel, 7. Juni 2000

Folgende Organisationen sind Erstunterzeichner dieser BRÜSSEL-ERKLÄRUNG:
Corporate Europe Observatory (CEO) NL
Oxfam-Solidarity (B)
Oxfam -Wereldwinkels (B)
SOS WTO (DK)
Friends of the Earth (FOE)-Finland
FOE (UK)
Aktionszentrum 3. Welt (Hamburg) D
Network Against Corporate Rule and Neoliberal Policy (D)
World Development Movement (WDM) (UK)
Weltladen Dachverband e.V. (German World Shop Associatn) (D)
Institut pour la Relocalisation de l'Economie (F)

EU-GRUNDRECHTEKATALOG

Von Prag nach Nizza

Politische Ziele nicht erwünscht

»Ich bin enttäuscht und besorgt über den Entwurf der Grundrechtecharta. Wenn der Text unverändert bleibt, werden wir einmal mehr eine Chance verpasst haben, eine gute Maßnahme für die Bürger zu ergreifen. Der Entwurf muss abgelehnt werden, weil er Lücken hat, gegenüber bestehenden Dokumenten zurückfällt und zweideutigt ist.«

Von Angela Klein (SoZ, Köln) ● Im Namen des *Europäischen Gewerkschaftsbundes*« (EGB) formulierte dessen Generalsekretär Emilio Gabaglio, auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Vertretern sozialer Nichtregierungsorganisationen Ende August eine eindeutige Absage an die Grundrechtecharta der EU, die deren Regierungschefs im Dezember in Nizza feierlich verkünden wollen.

»Die Charta falle hinter die nationale Gesetzgebung, internationale Konventionen und bestehende Dokumente der EU zurück. »Ich mache mir Sorgen über die übermäßige Anwendung des Prinzips der Subsidarität auf dem Gebiet der sozialen Rechte. Dies schränkt die künftigen Aktivitäten der EU-Kommission für eine soziale Angleichung nach oben ein. Die Charta muss eine Projektion der nationalen Rechte auf die europäische Ebene sein.«

Der Beschluss zur Erstellung einer Grundrechtecharta der EU geht auf den Kölner Gipfel im Juni 1999 zurück: »Der Europäische Rat ist der Meinung, dass im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der EU die Grundrechte, die in der Union in Kraft sind, in einer Charta zusammengefasst werden sollen, um ihnen eine größere Sichtbarkeit zu verleihen.«

Der Folgegipfel im Oktober 1999 in Tampere setzte einen Konvent zu ihrer Erarbeitung ein. Er besteht aus 63 Mitgliedern: Vertreter der Regierungen der 15 Mitgliedstaaten, Vertreter der Nationalparlamente und Vertreter des Europäischen Parlaments. Den Vorsitz führt *Roman Herzog*. Dessen Büro, das »Präsidium des Konvents«, legte am 28. Juli einen Entwurf vor. Die Vertretergruppen, die den Konvent bilden, hatten bis Mitte September Zeit, ein Votum abzugeben. *Roman Herzog* will den Entwurf Mitte Oktober auf dem Gipfel in Biarritz vorstellen. In Nizza soll die Charta dann feierlich proklamiert werden.

Der Streit um die Charta

In EU-Regierungskreisen sind Charakter, Inhalt und Verbindlichkeit der Charta äußerst umstritten. Vorneweg befürchtet die britische Regierung einmal mehr, es würden der EU damit neue Kompetenzen und neue Aktionsfelder zuerkannt, die ihr keinesfalls zustünden.

Solchen Befürchtungen versucht der Konventsvorsitzende *Roman Herzog* allerdings den Wind aus den Segeln zu nehmen: »Es darf keine neuen Zuständigkeiten für die Europäische Union geben.« Die Grundrechtecharta habe ja gerade das Ziel, die Macht der EU-Organe zu beschränken. Sie definiere in erster Linie Freiheitsrechte des Bürgers gegenüber dem Staat, keine Ansprüche auf Leistungen. »Der Vorwurf, die Grundrechte seien der Grundstein für einen europäischen Staat, geht deshalb an der Wirklichkeit vorbei«, kommentiert gleichfalls eine Broschüre der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland die Debatte. »Mit der Grundrechtecharta allein ist im wahrsten Sinne des Wortes kein Staat zu machen.«

Wer in Grundrechten keine Schutzrechte der Bürger, sondern unzulässige Eingriffsrechte des Staates sieht, der ist natürlich auch gegen die Einführung sozialer Grundrechte. Aus derselben Ecke kommen deshalb Forderungen, nur allgemeine Menschenrechte und Freiheitsrechte aufzunehmen. Dies entspreche dem tatsächlichen Stand der EU, die für die meisten Teilgebiete der Sozialpolitik nicht zuständig sei, weder für die Sozialhilfe noch für das Wohngeld. Sie solle deshalb keine falschen Versprechungen machen. Schon gar nicht dürften die Rechte einklagbar sein: das verschaffe der EU nur unzulässige neue Kompetenzen und bürde den Mitgliedstaaten zusätzliche Lasten auf.

Nun hatte der Kölner Gipfel sich aber festgelegt, »wirtschaftliche und soziale Rechte seien zu berücksichtigen« – allerdings »in dem Maße wie sie nicht nur Ziele für das Handeln der Union begründen«.

Das ist die Sache und ihr Gegenteil. Einerseits wird so getan, als gebe es in der EU einen gemeinsamen Rechtsraum für die »unteilbaren und universellen Grundsätze der Würde der Männer und Frauen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität«, für den »Grundsatz der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit«, wie es in der Präambel zum Entwurf (Art. 2) heißt. Gleichzeitig werden Zuständigkeiten und Aufgaben der Gemeinschaft jedoch an den Grundsatz der Subsidiarität gebunden (Art. 5). Die EU darf also nicht in Aktion treten, wo die Mitgliedstaaten das können.

An der Formulierung der sozialen Rechte in einer Weise, daß sie faktisch aus der Charta wieder herauskatapultiert werden, hat die deutsche Seite einen erheblichen Anteil. Nicht nur über den Konventspräsidenten.

Auch die Europaminister der deutschen Bundesländer haben auf ihrer Konferenz Ende Mai 2000 eine sehr kritische Stellungnahme zu einem umfassenden Katalog sozialer Rechte abgegeben: »Der Entwurf der Grundrechtecharta hat sich streng an das Mandat des Europäischen Rates von Köln zu halten. Danach sind die wirtschaftlichen und sozialen Rechte lediglich zu »berücksichtigen«, und zwar allein dann, wenn sie nicht nur Ziele für das Handeln der Union begründen.

Es soll ein Katalog von Rechten erstellt werden, der die Bindung der Europäischen Union an die fundamentalen Rechtsüberzeugungen der Mitgliedstaaten für die Unionsbürger deutlich sichtbar macht. Nicht geht es um ein politisches Grundsatzprogramm der Union. Politische Zielbestimmungen scheiden mithin aus.

Des weiteren darf es mit der Charta zu keinerlei Kompetenzausweitung auf der Ebene der Europäischen Union kommen. Eine detaillierte Befassung mit Sachverhalten, für deren Regelung die Union nicht zuständig ist, mindert die angestrebte Wirkung der Charta, da die Union in diesen Bereich Rechte nicht selbst gewähren kann.«

Allenfalls könnten sich die deutschen Bundesländer dazu herablassen, den Grundsatz der Solidarität in der zukünftigen Präambel zu verankern. Damit würde »eine zusätzliche Werteentscheidung getroffen«.

Viel Weihrauch also, und nichts Konkretes. Vor allem soziale Rechte verbleiben in den Verfassungen der Mitgliedstaaten und in Dokumenten, die die EU dazu früher verabschiedet hat. Konstitutiver Teil der EU-Verträge werden sie nicht. Es gibt im Entwurf der Charta nicht einmal einen ausdrücklichen Verweis auf die EU-Sozialcharta, und auf die EU-Charta über die Grundrechte der Arbeitnehmer. Es gibt einen ausdrücklichen Hinweis auf die Europäische Menschenrechtskonvention (1951), die aber ihrerseits nur Bürgerrechte und politische Rechte enthält, keine sozialen und kulturellen Rechte, wie sie in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung (1948) enthalten sind.

Konstitutiver Teil der Grundrechtecharta ist etwas anderes, was bereits das Herzstück der EU-Verträge ist: die Sicherstellung des freien Personen-, Waren-, Kapitals- und Dienstleistungsverkehrs. Die Garantie des freien Marktes sichert laut Art. 3 der Präambel eine »ausgewogene und nachhaltige Entwicklung«.

Wenn die Grundrechtecharta im Einklang mit den EU-Verträgen stehen will, darf sie über den von diesen gesteckten Rahmen nicht hinausgehen. Die Verträge aber sind auf sozialem Gebiet äußerst restriktiv: Nichts darf die freie Kapitalzirkulation behindern.

Ein Rückschritt

Was ist schlimm an einer schlechten Charta? Sind wir nicht bis jetzt ganz gut ohne ausgekommen?

Das Europäische Parlament hat diese Frage am 16. März in einer Resolution beantwortet. Darin heißt es:

»Die Freiheiten und Grundrechte, die eng mit der Würde des Menschen gekoppelt sind, bedürfen eines umfassenden und tatsächlichen rechtlichen Schutzes sowie wirksamer Rechtssicherheiten. *Der Vorrang des EU-Rechts und die bedeutende Macht, die ihre Institutionen gegenüber dem Einzelnen ausüben, machen es notwendig, daß der Schutz der Grundrechte auf EU-Ebene verstärkt wird.*« (Hervorhebung durch die Redaktion).

EU-Recht bricht also Staatenrecht. Wenn fortschrittlicheres Recht auf der Ebene der Staaten oder Länder mit rückschrittlicherem EU-Recht in Konflikt tritt, gilt letzteres. In dem Maße, wie die EU mehr Aufgaben und Zuständigkeiten zugespochen bekommt, ihr Machtbereich sich vergrößert, verlieren nationalstaatliche Regelungen an Gewicht. Wenn eine EU-Verfassung in Kraft tritt – und mindestens der deutsche Außenminister arbeitet darauf hin – und den vorgesehenen Grundrechtekatalog als Bestandteil aufnimmt, ist ein halbes Jahrhundert an Kämpfen um rechtlich garantierte soziale Errungenschaften dahin.

Das Europäische Parlament verweist in seiner Resolution noch auf folgenden Tatbestand: »Die fortschreitenden Zuständigkeiten der Europäischen Union, vor allem auf dem sensiblen Gebiet der inneren Sicherheit, in Verbindung mit den Grenzen, die der parlamentarischen und juristischen Kontrolle auf diesem Gebiet gesetzt sind, bewirken, daß die Annahme einer europäischen Charta der Grundrechte eine dringende Notwendigkeit ist. Man muß aufpassen, daß die Entwicklung der Union nicht zu einem Ungleichgewicht zwischen ihrem Bedürfnis nach Sicherheit und den Grundsätzen von Freiheit und Recht führt.«

»Sowohl im Rahmen des EU-Vertrags als auch des EU-Rechts *können Grundrechte ohne parlamentarische Rechtfertigung eingeschränkt werden, obwohl dies den Verfassungstraditionen der Mitgliedstaaten entgegensteht.*« Hervorhebung durch die Redaktion).

»Die Entwicklung einer EU-weiten Außen- und Sicherheitspolitik in der Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik muß unter Achtung der Grundrechte erfolgen. Es gibt ernsthafte Hinweise auf einen Aufschwung des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit.«

Das Europaparlament fordert deshalb: »Die sozialen Grundrechte müssen gestärkt und auf EU-Ebene weiterentwickelt werden.«

Der Entwurf der Charta schränkt die Grundrechte aber de facto auf die Erfordernisse der Kapitalbewegungen ein. Formal bleiben damit die auf nationaler Ebene bestehenden Rechte unberührt. Tatsächlich wird ihr Geltungsbereich aber sukzessive entwertet, denn sie sind den allgemeinen Regeln des Wettbewerbs unterzuordnen, wie sie in den EU-Verträgen und im Stabilitätspakt formuliert sind. Anders als die sozialen Rechte sind die Wettbewerbsregeln aber supranational definiert, sie haben EU-weit bindenden Charakter.●

aus: SoZ Nr. 19/00

Der Text der Charta ist nachzulesen unter:
http://db.consilium.eu.int/

Stellungnahme des EGB

Diese Punkte der Charta werden vom EGB beanstandet:

● Es fehlt im Kapitel über die Koalitions- und Versammlungsfreiheit der ausdrückliche Hinweis auf die Rolle der Sozialpartner im Rahmen eines europäischen Kollektivvertragssystems; es heißt dort nur »Jeder einzelne hat das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigung...« (Art.12)
Ebenso fehlt eine Anerkennung der Rolle europäischer NGOs.

● Es gibt kein »Recht auf Arbeit«, statt dessen gibt es ein »Recht zu arbeiten und Arbeit zu suchen« (Art. 15)

● das Streikrecht, das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung und auf grenzübergreifende Aktion und Koalition werden nicht ausdrücklich anerkannt;

● es gibt kein Recht der Beschäftigten auf Information und Konsultation im vorhinein;

● es gibt kein Recht auf Mitbestimmung (Art. 25 und 26)

● Das Kapitel IV, das sich mit den sozialen Grundrechten befasst, trägt die Überschrift »Solidarität«. Es enthält nicht:

- ein individuelles Recht auf ein anständiges Mindesteinkommen, von dem der/die Einzelne mit seiner/ihrer Familie in Würde leben kann (dieses Recht findet sich jedoch in der Charta der Grundrechte der Arbeitnehmer in der EU von 1989);
- das Recht auf Wohnung (wie in der Europ. Sozialcharta);
- das Recht auf Rente (Europ. Sozialcharta);
- das Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung (Europ. Sozialcharta);
- das Recht auf qualifizierte Dienstleistungen (Europ. Sozialcharta);
- das Recht auf soziale Sicherheit für Behinderte;
- das Recht auf Bürger von Drittstaaten, die sich nicht legal in der EU aufhalten, auf einen minimalen Schutz nach der Genfer Konvention von 1951 und dem Zusatzprotokoll von 1967;
- das Recht auf Familienzusammenführung für diese Bürger;
- das Recht auf Chancen- und Behandlungsgleichheit zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen des Lebens;
- das Recht auf Anerkennung kultureller Unterschiede.

Website: www.etuc.org

Aktionszeitungen (Abb.) und Plakate können gegen Portokosten bestellt werden über Bundesbüro Euromarsch, c/o IG Medien, Dudenstr. 10, D-10965 Berlin, Tel./Fax (0 30) 693 26 97, E-Mail: webmaster@euromarches.org

Ist die fehlende demokratische Legitimation schon peinlich?

Der EU-Erweiterungskommissar Verheugen entrüstete die deutsche Politik-Elite mit seinem Aufruf zum Volksentscheid in den EU-Mitgliedsländern zur Osterweiterung. Was sich auf den Treffen der Regierungsebene als Konsens von Maßnahmen wirtschaftlicher Problemlage ergibt, wird trotz eines monströsen EU-Parlaments von der weitgehend anonymen EU-Administration ausgeführt. Allein die regierungsbestellte Spitze, die EU-Kommission, steht ab und an im Halbschatten der Öffentlichkeit.

Nicht nur die Bevölkerungen sondern auch die einzelstaatlichen Parlamente werden auf diese Weise weitgehend entmündigt, zum Abnicken der EU-Gesetze degradiert. Denn EU-Recht bricht Staatenrecht und die Direktiven des WTO-Rechts wirken über die selbst angestrebte Globalisierung als unsichtbare Hand in deren Märkte wie die EU-Kommission in ihre Mitgliedsstaaten.

Spätestens seit dem EU- Sondergipfel zur Sozial- und Beschäftigungspolitik des Frühjahrs in Lissabon gilt der Übergang vom Wohlfahrtsstaat zum aktiven Sozialstaat als beschlossen. Zu befürchten ist, das letztlich zwangsläufig das amerikanische Modell angestrebt wird, für das Clinton kürzlich als Schlüsselentscheidung von 1994, die radikale Kürzung der Sozialhilfe auf ein halbes Jahr innerhalb der gesamten Lebensarbeitszeit angab.

Dies ist die Zielvorgabe der USA-Konkurrenz für die Sozialsysteme der EU. Mit den wohlbekannten Mitteln der Angebotspolitik sollen die Sozialversicherungssysteme auf betriebswirtschaftliche Basis gestellt werden und die mühselig von Gewerkschaften und Arbeiterbewegung erstrittenen volkswirtschaftlich bewährten Lösungen gekappt werden. Im Interesse der Wirtschaft sollen sämtliche Lohnersatzleistungen, Sozialleistungen der Familienförderung, Gesundheitssysteme und Renten europaweit verschlankt werden. Das gesamte Sozialversicherungssystem steht zur Disposition. Auf politischen Beschluss soll die Solidargemeinschaft, oder was von ihr noch übrig ist, der Globalisierung überlassen werden. Damit werden alle integrierenden Visionen vom Sozialstaat in der Standortpolitik der Einzelstaaten um die begehrten Arbeitsplatz-Ansiedlungen verdampfen.

Das Vokabular dieser Transformation wurde schon lange eingeübt. Mehr Eigenverantwortlichkeit, mehr Innovation und Flexibilisierung, die Bereitschaft zu Dienstleistungsjobs sind die neuen Zauberworte der regierungsverordneten Solidarität. Die dabei entstehenden Kolateralschäden der globalen Privatisierung: die Einzelschicksale der Erwerbslosen, Wohnungslosen, der SozialhilfebezieherInnen, der Jugendlichen ohne Berufsperspektiven, RentnerInnen vor der Altersarmut und der in Billigjobs Beschäftigten werden dabei als Individualrisiko verbucht. Sobald aus dem Rechtsempfinden der Bevölkerung Politik weder verständlich noch akzeptabel wirkt, werden neue Steuerungsmodelle diskutiert, am »Dialog mit der Zivilgesellschaft« geschliffen, ohne Kenntnis der realen Lebensverhältnisse.

Aber dagegen erhebt sich endlich Widerstand. Ausgehend von dem längst zum Mythos gewordenen Erfolg des Protestes gegen den WTO-Gipfel in Seattle, werden die internationalen Treffen der Mächtigen von Politik und Kapital in Genf, Köln und zuletzt in Prag von vielfältig getragenen Protestaktionen begleitet. Immer mehr Menschen, gleich welcher Nationalität oder Staatsangehörigkeit organisieren ihren Protest gegen diese Machenschaften. Für eine andere Weltwirtschaftsordnung, und Politik zu deren Verwirklichung, sprechen viele Gründe. Einige Berichte, Forderungen und Zielvorgaben der sozialen Bewegungen, international und in Europa, werden im aktuellen Schwerpunkt dargestellt.●

Birgit Koch

EU-GRUNDRECHTEKATALOG

Von Prag nach Nizza

Politische Ziele nicht erwünscht

»Ich bin enttäuscht und besorgt über den Entwurf der Grundrechtecharta. Wenn der Text unverändert bleibt, werden wir einmal mehr eine Chance verpasst haben, eine gute Maßnahme für die Bürger zu ergreifen. Der Entwurf muss abgelehnt werden, weil er Lücken hat, gegenüber bestehenden Dokumenten zurückfällt und zweideutigt ist.«

Von Angela Klein (SoZ, Köln) ● Im Namen des *Europäischen Gewerkschaftsbundes*« (EGB) formulierte dessen Generalsekretär Emilio Gabaglio, auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Vertretern sozialer Nichtregierungsorganisationen Ende August eine eindeutige Absage an die Grundrechtecharta der EU, die deren Regierungschefs im Dezember in Nizza feierlich verkünden wollen.

»Die Charta falle hinter die nationale Gesetzgebung, internationale Konventionen und bestehende Dokumente der EU zurück. »Ich mache mir Sorgen über die übermäßige Anwendung des Prinzips der Subsidarität auf dem Gebiet der sozialen Rechte. Dies schränkt die künftigen Aktivitäten der EU-Kommission für eine soziale Angleichung nach oben ein. Die Charta muss eine Projektion der nationalen Rechte auf die europäische Ebene sein.«

Der Beschluss zur Erstellung einer Grundrechtecharta der EU geht auf den Kölner Gipfel im Juni 1999 zurück: »Der Europäische Rat ist der Meinung, dass im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der EU die Grundrechte, die in der Union in Kraft sind, in einer Charta zusammengefasst werden sollen, um ihnen eine größere Sichtbarkeit zu verleihen.«

Der Folgegipfel im Oktober 1999 in Tampere setzte einen Konvent zu ihrer Erarbeitung ein. Er besteht aus 63 Mitgliedern: Vertreter der Regierungen der 15 Mitgliedstaaten, Vertreter der Nationalparlamente und Vertreter des Europäischen Parlaments. Den Vorsitz führt *Roman Herzog*. Dessen Büro, das »Präsidium des Konvents«, legte am 28. Juli einen Entwurf vor. Die Vertretergruppen, die den Konvent bilden, hatten bis Mitte September Zeit, ein Votum abzugeben. *Roman Herzog* will den Entwurf Mitte Oktober auf dem Gipfel in Biarritz vorstellen. In Nizza soll die Charta dann feierlich proklamiert werden.

Der Streit um die Charta

In EU-Regierungskreisen sind Charakter, Inhalt und Verbindlichkeit der Charta äußerst umstritten. Vorneweg befürchtet die britische Regierung einmal mehr, es würden der EU damit neue Kompetenzen und neue Aktionsfelder zuerkannt, die ihr keinesfalls zustünden.

Solchen Befürchtungen versucht der Konventsvorsitzende *Roman Herzog* allerdings den Wind aus den Segeln zu nehmen: »Es darf keine neuen Zuständigkeiten für die Europäische Union geben.« Die Grundrechtecharta habe ja gerade das Ziel, die Macht der EU-Organe zu beschränken. Sie definiere in erster Linie Freiheitsrechte des Bürgers gegenüber dem Staat, keine Ansprüche auf Leistungen. »Der Vorwurf, die Grundrechte seien der Grundstein für einen europäischen Staat, geht deshalb an der Wirklichkeit vorbei«, kommentiert gleichfalls eine Broschüre der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland die Debatte. »Mit der Grundrechtecharta allein ist im wahrsten Sinne des Wortes kein Staat zu machen.«

Wer in Grundrechten keine Schutzrechte der Bürger, sondern unzulässige Eingriffsrechte des Staates sieht, der ist natürlich auch gegen die Einführung sozialer Grundrechte. Aus derselben Ecke kommen deshalb Forderungen, nur allgemeine Menschenrechte und Freiheitsrechte aufzunehmen. Dies entspreche dem tatsächlichen Stand der EU, die für die meisten Teilgebiete der Sozialpolitik nicht zuständig sei, weder für die Sozialhilfe noch für das Wohngeld. Sie solle deshalb keine falschen Versprechungen machen. Schon gar nicht dürften die Rechte einklagbar sein: das verschaffe der EU nur unzulässige neue Kompetenzen und bürde den Mitgliedstaaten zusätzliche Lasten auf.

Nun hatte der Kölner Gipfel sich aber festgelegt, »wirtschaftliche und soziale Rechte seien zu berücksichtigen« – allerdings »in dem Maße wie sie nicht nur Ziele für das Handeln der Union begründen«.

Das ist die Sache und ihr Gegenteil. Einerseits wird so getan, als gebe es in der EU einen gemeinsamen Rechtsraum für die »unteilbaren und universellen Grundsätze der Würde der Männer und Frauen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität«, für den »Grundsatz der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit«, wie es in der Präambel zum Entwurf (Art. 2) heißt. Gleichzeitig werden Zuständigkeiten und Aufgaben der Gemeinschaft jedoch an den Grundsatz der Subsidiarität gebunden (Art. 5). Die EU darf also nicht in Aktion treten, wo die Mitgliedstaaten das können.

An der Formulierung der sozialen Rechte in einer Weise, daß sie faktisch aus der Charta wieder herauskatapultiert werden, hat die deutsche Seite einen erheblichen Anteil. Nicht nur über den Konventspräsidenten.

Auch die Europaminister der deutschen Bundesländer haben auf ihrer Konferenz Ende Mai 2000 eine sehr kritische Stellungnahme zu einem umfassenden Katalog sozialer Rechte abgegeben: »Der Entwurf der Grundrechtecharta hat sich streng an das Mandat des Europäischen Rates von Köln zu halten. Danach sind die wirtschaftlichen und sozialen Rechte lediglich zu »berücksichtigen«, und zwar allein dann, wenn sie nicht nur Ziele für das Handeln der Union begründen.

Es soll ein Katalog von Rechten erstellt werden, der die Bindung der Europäischen Union an die fundamentalen Rechtsüberzeugungen der Mitgliedstaaten für die Unionsbürger deutlich sichtbar macht. Nicht geht es um ein politisches Grundsatzprogramm der Union. Politische Zielbestimmungen scheiden mithin aus.

Des weiteren darf es mit der Charta zu keinerlei Kompetenzausweitung auf der Ebene der Europäischen Union kommen. Eine detaillierte Befassung mit Sachverhalten, für deren Regelung die Union nicht zuständig ist, mindert die angestrebte Wirkung der Charta, da die Union in diesen Bereich Rechte nicht selbst gewähren kann.«

Allenfalls könnten sich die deutschen Bundesländer dazu herablassen, den Grundsatz der Solidarität in der zukünftigen Präambel zu verankern. Damit würde »eine zusätzliche Werteentscheidung getroffen«.

Viel Weihrauch also, und nichts Konkretes. Vor allem soziale Rechte verbleiben in den Verfassungen der Mitgliedstaaten und in Dokumenten, die die EU dazu früher verabschiedet hat. Konstitutiver Teil der EU-Verträge werden sie nicht. Es gibt im Entwurf der Charta nicht einmal einen ausdrücklichen Verweis auf die EU-Sozialcharta, und auf die EU-Charta über die Grundrechte der Arbeitnehmer. Es gibt einen ausdrücklichen Hinweis auf die Europäische Menschenrechtskonvention (1951), die aber ihrerseits nur Bürgerrechte und politische Rechte enthält, keine sozialen und kulturellen Rechte, wie sie in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung (1948) enthalten sind.

Konstitutiver Teil der Grundrechtecharta ist etwas anderes, was bereits das Herzstück der EU-Verträge ist: die Sicherstellung des freien Personen-, Waren-, Kapitals- und Dienstleistungsverkehrs. Die Garantie des freien Marktes sichert laut Art. 3 der Präambel eine »ausgewogene und nachhaltige Entwicklung«.

Wenn die Grundrechtecharta im Einklang mit den EU-Verträgen stehen will, darf sie über den von diesen gesteckten Rahmen nicht hinausgehen. Die Verträge aber sind auf sozialem Gebiet äußerst restriktiv: Nichts darf die freie Kapitalzirkulation behindern.

Ein Rückschritt

Was ist schlimm an einer schlechten Charta? Sind wir nicht bis jetzt ganz gut ohne ausgekommen?

Das Europäische Parlament hat diese Frage am 16. März in einer Resolution beantwortet. Darin heißt es:

»Die Freiheiten und Grundrechte, die eng mit der Würde des Menschen gekoppelt sind, bedürfen eines umfassenden und tatsächlichen rechtlichen Schutzes sowie wirksamer Rechtssicherheiten. *Der Vorrang des EU-Rechts und die bedeutende Macht, die ihre Institutionen gegenüber dem Einzelnen ausüben, machen es notwendig, daß der Schutz der Grundrechte auf EU-Ebene verstärkt wird.*« (Hervorhebung durch die Redaktion).

EU-Recht bricht also Staatenrecht. Wenn fortschrittlicheres Recht auf der Ebene der Staaten oder Länder mit rückschrittlicherem EU-Recht in Konflikt tritt, gilt letzteres. In dem Maße, wie die EU mehr Aufgaben und Zuständigkeiten zugespochen bekommt, ihr Machtbereich sich vergrößert, verlieren nationalstaatliche Regelungen an Gewicht. Wenn eine EU-Verfassung in Kraft tritt – und mindestens der deutsche Außenminister arbeitet darauf hin – und den vorgesehenen Grundrechtekatalog als Bestandteil aufnimmt, ist ein halbes Jahrhundert an Kämpfen um rechtlich garantierte soziale Errungenschaften dahin.

Das Europäische Parlament verweist in seiner Resolution noch auf folgenden Tatbestand: »Die fortschreitenden Zuständigkeiten der Europäischen Union, vor allem auf dem sensiblen Gebiet der inneren Sicherheit, in Verbindung mit den Grenzen, die der parlamentarischen und juristischen Kontrolle auf diesem Gebiet gesetzt sind, bewirken, daß die Annahme einer europäischen Charta der Grundrechte eine dringende Notwendigkeit ist. Man muß aufpassen, daß die Entwicklung der Union nicht zu einem Ungleichgewicht zwischen ihrem Bedürfnis nach Sicherheit und den Grundsätzen von Freiheit und Recht führt.«

»Sowohl im Rahmen des EU-Vertrags als auch des EU-Rechts *können Grundrechte ohne parlamentarische Rechtfertigung eingeschränkt werden, obwohl dies den Verfassungstraditionen der Mitgliedstaaten entgegensteht.*« Hervorhebung durch die Redaktion).

»Die Entwicklung einer EU-weiten Außen- und Sicherheitspolitik in der Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik muß unter Achtung der Grundrechte erfolgen. Es gibt ernsthafte Hinweise auf einen Aufschwung des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit.«

Das Europaparlament fordert deshalb: »Die sozialen Grundrechte müssen gestärkt und auf EU-Ebene weiterentwickelt werden.«

Der Entwurf der Charta schränkt die Grundrechte aber de facto auf die Erfordernisse der Kapitalbewegungen ein. Formal bleiben damit die auf nationaler Ebene bestehenden Rechte unberührt. Tatsächlich wird ihr Geltungsbereich aber sukzessive entwertet, denn sie sind den allgemeinen Regeln des Wettbewerbs unterzuordnen, wie sie in den EU-Verträgen und im Stabilitätspakt formuliert sind. Anders als die sozialen Rechte sind die Wettbewerbsregeln aber supranational definiert, sie haben EU-weit bindenden Charakter.●

aus: SoZ Nr. 19/00

Der Text der Charta ist nachzulesen unter:
http://db.consilium.eu.int/

Stellungnahme des EGB

Diese Punkte der Charta werden vom EGB beanstandet:

● Es fehlt im Kapitel über die Koalitions- und Versammlungsfreiheit der ausdrückliche Hinweis auf die Rolle der Sozialpartner im Rahmen eines europäischen Kollektivvertragssystems; es heißt dort nur »Jeder einzelne hat das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigung...« (Art.12)
Ebenso fehlt eine Anerkennung der Rolle europäischer NGOs.

● Es gibt kein »Recht auf Arbeit«, statt dessen gibt es ein »Recht zu arbeiten und Arbeit zu suchen« (Art. 15)

● das Streikrecht, das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung und auf grenzübergreifende Aktion und Koalition werden nicht ausdrücklich anerkannt;

● es gibt kein Recht der Beschäftigten auf Information und Konsultation im vorhinein;

● es gibt kein Recht auf Mitbestimmung (Art. 25 und 26)

● Das Kapitel IV, das sich mit den sozialen Grundrechten befasst, trägt die Überschrift »Solidarität«. Es enthält nicht:

- ein individuelles Recht auf ein anständiges Mindesteinkommen, von dem der/die Einzelne mit seiner/ihrer Familie in Würde leben kann (dieses Recht findet sich jedoch in der Charta der Grundrechte der Arbeitnehmer in der EU von 1989);
- das Recht auf Wohnung (wie in der Europ. Sozialcharta);
- das Recht auf Rente (Europ. Sozialcharta);
- das Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung (Europ. Sozialcharta);
- das Recht auf qualifizierte Dienstleistungen (Europ. Sozialcharta);
- das Recht auf soziale Sicherheit für Behinderte;
- das Recht auf Bürger von Drittstaaten, die sich nicht legal in der EU aufhalten, auf einen minimalen Schutz nach der Genfer Konvention von 1951 und dem Zusatzprotokoll von 1967;
- das Recht auf Familienzusammenführung für diese Bürger;
- das Recht auf Chancen- und Behandlungsgleichheit zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen des Lebens;
- das Recht auf Anerkennung kultureller Unterschiede.

Website: www.etuc.org

Aktionszeitungen (Abb.) und Plakate können gegen Portokosten bestellt werden über Bundesbüro Euromarsch, c/o IG Medien, Dudenstr. 10, D-10965 Berlin, Tel./Fax (0 30) 693 26 97, E-Mail: webmaster@euromarches.org

Ist die fehlende demokratische Legitimation schon peinlich?

Der EU-Erweiterungskommissar Verheugen entrüstete die deutsche Politik-Elite mit seinem Aufruf zum Volksentscheid in den EU-Mitgliedsländern zur Osterweiterung. Was sich auf den Treffen der Regierungsebene als Konsens von Maßnahmen wirtschaftlicher Problemlage ergibt, wird trotz eines monströsen EU-Parlaments von der weitgehend anonymen EU-Administration ausgeführt. Allein die regierungsbestellte Spitze, die EU-Kommission, steht ab und an im Halbschatten der Öffentlichkeit.

Nicht nur die Bevölkerungen sondern auch die einzelstaatlichen Parlamente werden auf diese Weise weitgehend entmündigt, zum Abnicken der EU-Gesetze degradiert. Denn EU-Recht bricht Staatenrecht und die Direktiven des WTO-Rechts wirken über die selbst angestrebte Globalisierung als unsichtbare Hand in deren Märkte wie die EU-Kommission in ihre Mitgliedsstaaten.

Spätestens seit dem EU- Sondergipfel zur Sozial- und Beschäftigungspolitik des Frühjahrs in Lissabon gilt der Übergang vom Wohlfahrtsstaat zum aktiven Sozialstaat als beschlossen. Zu befürchten ist, das letztlich zwangsläufig das amerikanische Modell angestrebt wird, für das Clinton kürzlich als Schlüsselentscheidung von 1994, die radikale Kürzung der Sozialhilfe auf ein halbes Jahr innerhalb der gesamten Lebensarbeitszeit angab.

Dies ist die Zielvorgabe der USA-Konkurrenz für die Sozialsysteme der EU. Mit den wohlbekannten Mitteln der Angebotspolitik sollen die Sozialversicherungssysteme auf betriebswirtschaftliche Basis gestellt werden und die mühselig von Gewerkschaften und Arbeiterbewegung erstrittenen volkswirtschaftlich bewährten Lösungen gekappt werden. Im Interesse der Wirtschaft sollen sämtliche Lohnersatzleistungen, Sozialleistungen der Familienförderung, Gesundheitssysteme und Renten europaweit verschlankt werden. Das gesamte Sozialversicherungssystem steht zur Disposition. Auf politischen Beschluss soll die Solidargemeinschaft, oder was von ihr noch übrig ist, der Globalisierung überlassen werden. Damit werden alle integrierenden Visionen vom Sozialstaat in der Standortpolitik der Einzelstaaten um die begehrten Arbeitsplatz-Ansiedlungen verdampfen.

Das Vokabular dieser Transformation wurde schon lange eingeübt. Mehr Eigenverantwortlichkeit, mehr Innovation und Flexibilisierung, die Bereitschaft zu Dienstleistungsjobs sind die neuen Zauberworte der regierungsverordneten Solidarität. Die dabei entstehenden Kolateralschäden der globalen Privatisierung: die Einzelschicksale der Erwerbslosen, Wohnungslosen, der Sozialhilfebezieherinnen, der Jugendlichen ohne Berufsperspektiven, RentnerInnen vor der Altersarmut und der in Billigjobs Beschäftigten werden dabei als Individualrisiko verbucht. Sobald aus dem Rechtsempfinden der Bevölkerung Politik weder verständlich noch akzeptabel wirkt, werden neue Steuerungsmodelle diskutiert, am »Dialog mit der Zivilgesellschaft« geschliffen, ohne Kenntnis der realen Lebensverhältnisse.

Aber dagegen erhebt sich endlich Widerstand. Ausgehend von dem längst zum Mythos gewordenen Erfolg des Protestes gegen den WTO-Gipfel in Seattle, werden die internationalen Treffen der Mächtigen von Politik und Kapital in Genf, Köln und zuletzt in Prag von vielfältig getragenen Protestaktionen begleitet. Immer mehr Menschen, gleich welcher Nationalität oder Staatsangehörigkeit organisieren ihren Protest gegen diese Machenschaften. Für eine andere Weltwirtschaftsordnung, und Politik zu deren Verwirklichung, sprechen viele Gründe. Einige Berichte, Forderungen und Zielvorgaben der sozialen Bewegungen, international und in Europa, werden im aktuellen Schwerpunkt dargestellt.●

Birgit Koch

SHARE:

Erklärung für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte

Das »Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte« mit Sitz im Ökozentrum Verden hat die nachfolgende Erklärung erarbeitet und veröffentlicht. 54 Organisationen von der »Aktion Selbstbesteuerung« bis zum »Weltfriedensdienst« und viele Einzelpersonen haben die Erklärung bisher unterzeichnet (Stand 20.7.2000). Doch es gibt auch Kritik zu dieser Erklärung. Der BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft veröffentlichte im Frühjahr 2000 einen »Offenen Brief« an das Netzwerk, den wir gleichfalls auf dieser Seite dokumentieren.

Die internationalen Finanzmärkte sind zu einer Macht geworden, die zunehmend die Politik bestimmt. Immer mehr Lebensbereiche geraten unter das Diktat von Dax, Dow Jones und »Shareholder Value«. Im Namen einer Modernisierung, die als unabänderlicher Sachzwang präsentiert wird, untergräbt die Macht der Finanzmärkte die Demokratie. Mit der Drohung auf einen anderen »Standort« oder eines der Steuerparadiese und »Off Shore-Bankzentren« auszuweichen, verfügen internationale Finanzkonzerne und KapitalbesitzerInnen über ein Erpressungspotential, mit dem sie die Politik demokratisch gewählter Regierungen ihrer Disziplin unterwerfen.

Mit Transaktionen von 1.500 Milliarden Dollar pro Börsentag, wovon der Löwenanteil auf Geschäfte mit spekulativem Charakter entfällt, ist eine völlig neue Qualität internationaler Wirtschaft entstanden. Doch die grenzenlose Freiheit der Kapitalflüsse führt zu einer wachsenden Instabilität der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die sich in immer kürzeren Abständen in Krisen entlädt. Durch Finanzcrashs werden jahrelange wirtschaftliche Anstrengungen ganzer Volkswirtschaften über Nacht zunichte gemacht.

Die Behauptung, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich nicht bewahrheitet. Während eine kleine Gruppe von Globalisierungsgewinnern immer reicher und mächtiger wird, wachsen weltweit soziale Unsicherheit, Ausgrenzung und Armut. Die Kluft zwischen und innerhalb von Industrieländern und Entwicklungsländern wird immer größer. Die Lösung brennender ökologischer Probleme wird verschleppt. Im Interesse von Unternehmen und Kapitalbesitzern wird der Abbau der sozialen Sicherungssysteme betrieben.

Wir brauchen eine andere Politik!

Doch diese Art der Globalisierung ist nicht schicksalhaft und unaufhaltbar. Sie ist von staatlicher Politik zielgerichtet in Gang gesetzt worden. Durch internationale politische Regulierung könnten die entfesselten Marktkräfte soweit gezähmt werden, dass ihr destruktives Potenzial eingedämmt wird. Dazu ist allerdings gesellschaftliche Bewegung von unten notwendig. Um erfolgreich zu sein, muss dieser Druck national und international organisiert sein, beispielsweise in enger Zusammenarbeit mit den ATTAC-Bewegungen in vielen Ländern. Nur dann wird etablierte Politik die Interessen der Mehrheit der Menschen gegen die Interessen der Wirtschaft vertreten. Eine Bewegung für die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte muss vielfältige Aktionsformen nutzen, von der Aufklärungsarbeit für Öffentlichkeit und Medien, über Lobbytätigkeit bis zum öffentlichkeitswirksamen Protest.

Deshalb fordern wir:

- Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen (z.B. Tobin Tax).
- Die Schließung der Steuerparadiese und »Off-Shore-Zentren«.
- Keine Privatisierung der Alterssicherung (z.B. Pensionsfonds).
- Das Verbot von spekulativen Derivaten und der hochspekulativen »Hedge-Funds«.
- Schuldenstreichung für die Entwicklungsländer.
- Strengere Banken- und Börsenaufsicht auch für die sog. institutionellen Anleger.
- Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den drei Hauptwährungen Dollar, Euro und Yen.
- Die demokratische Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen.
- Die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen.

Die unterzeichnenden Organisationen tragen die Erklärung mit und unterstützen die Anliegen und die Arbeit des Netzwerkes zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte.●

Kontakt: Share e.V., Ökozentrum, Artilleriestr. 6, D-27283 Verden, Tel. (0 42 31) 95 75 91, Fax 95 75 94, E-Mail: info@share-online.de
www.share-online.de/finanzmaerkte

Unter Geiern!

Globalisierung, Aktienfieber, Spekulation: Menschen oder Profite? am 1.12 ab 19 Uhr und am 2.12.2000 in den Räumen der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), Hamburg mit Podiumsdiskussion, Kongressfest und AG's zu den Themen: Tobin-Steuer, Off-Shore-Märkte, Privatisierungen der Rente, Auswirkungen der Asienkrise, Kontrolle der Finanzmärkte als Stabilisierung des Kapitalismus?, Steuerflucht- und Steuerungerechtigkeit, Erfahrungen aus Frankreich. Auch für den Einstieg/Einführung in die Thematik der Finanzmärkte.

VeranstalterInnen: ATTAC Hamburg, Forschungsfeld »Globalisierung und ökologischer Diskurs« an der HWP, Share e. V., Jusos Hamburg, Regionalgruppe Hamburg von Germanwatch, LAG Internationale Politik der GAL.

Kontakt: ATTAC Hamburg, Regionalgruppe im Finanzmärktenetzwerk, c/o Markus Krajewski, Tel: (0 40) 43 27 22 86
Markus_Krajewski@public.uni-hamburg.de

AN DAS »NETZWERK ZUR DEMOKRATISCHEN KONTROLLE DER FINANZMÄRKTE«

Offener Brief

Das deutsche Netzwerk sucht derzeit UnterstützerInnen für seine »Erklärung für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte« (siehe u.a. www.share-online.de/Finanzmärkte). Diese soll am 31.5.2000 auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Wir vom BUKO-Arbeitsschwerpunkt möchten mit diesem Offenen Brief einige Kritikpunkte an der Erklärung benennen. Es geht uns dabei nicht um Abgrenzung, sondern um solidarische Kritik, denn wir begrüßen die Initiative des Netzwerkes, auf einige zentrale Probleme des gegenwärtigen globalen Kapitalismus aufmerksam zu machen. Doch die inhaltlichen Widersprüche und Vereinfachungen sowie die politisch-strategische Ausrichtung der Erklärung können unseres Erachtens nicht unwidersprochen bleiben.

Die Erklärung erweckt den Eindruck, als seien »wachende Instabilitäten« und Krisen »in immer kürzeren Abständen« ein Phänomen der derzeitigen kapitalistischen Globalisierungswelle und des damit verbundenen Aufstiegs der internationalen Finanzmärkte. Der Kapitalismus ist jedoch seit seiner Entstehung im 19. Jahrhundert von Finanz-, Währungs-, Verschuldungs- und Inflationskrisen begleitet. Seine immanente, unausweichliche Krisenhaftigkeit allein auf die quantitativ gestiegenen Kapitalflüsse spekulativen Charakters zurückzuführen, ist zu kurz gegriffen. Denn die monetäre Sphäre der Finanzmärkte ist eben nicht zu trennen von der realökonomischen, »produktiven« Sphäre. Beide sind funktional aufeinander angewiesen, ihre Krisenlogik ergänzt und überlagert sich in hohem Maße. Der Aufstieg der Finanzmärkte beruht auf den (Über-)Akkumulationsprozessen der »Realökonomie« und ist strukturell mit ihren Verwertungskrisen verbunden. Eine simplifizierende dichotomische Sichtweise verbietet sich daher.

Ähnliches gilt für den in der Erklärung erweckten Eindruck, als »unterdrückten« die internationalen Finanzmärkte die demokratischen Regierungen, die eigentlich ganz anderes wollen, als ihnen die Märkte diktierten. Diffenziertere Analysen weisen darauf hin, dass die Globalisierung der (Finanz-)Märkte eben nicht mit einem Rückzug der Nationalstaaten aus Regulierungsprozessen einhergeht, sondern mit einer Redefinition seiner Interventionsformen. So weist z.B. die Finanzmarkt-Expertin Susanne Lütz (in der PROKLA 118, 2000/1, S. 61-81) darauf hin, dass die Staaten zwar nationale Standards bei der Regulierung von Kapitalflüssen reduziert haben, aber seit den 90er Jahren Bestandteil von public-private-partnerships in der Bankenregulierung wurden, die wiederum in pluralisierte Abstimmungsnetzwerke auf internationaler Ebene eingebunden sind. Mit anderen Worten: Die gegenwärtige Struktur des globalen Finanzmarktes wurde nicht gegen Staaten oder Regierungen, sondern durch sie bzw. mit ihnen verwirklicht.

Die etatistische und neokeynesianische Schlagseite des Netzwerkes und der gesamten ATTAC-Bewegung halten wir daher für wenig angebracht. Die modernen bürgerlichen Nationalstaaten als potenzielles Gegengewicht zum Kapitalismus (miss-)zu verstehen und nicht als sein integraler Bestandteil, verweist auf ein Staatsverständnis, das im Nationalstaat eine an sich neutrale Instanz sieht, derer sich alle gleichermaßen bedienen können, um ihre Interessen zu verwirklichen. Nicht nur materialistische Staatstheorie, sondern auch die historische Erfahrung lehrt jedoch das Gegenteil. Aus diesem Grund ist auch die Forderung nach der »demokratischen Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen« irreführend. Es ist die zentrale Aufgabe dieser Institutionen, das auf Ausbeutung und Ungleichheit basierende Geldverhältnis zu stabilisieren und die Verwertung von Kapital zu organisieren. Die in der Erklärung verwendete Forderung »Wir brauchen eine andere Politik«, die mit der Hoffnung verknüpft wird, die Probleme des globalen Kapitalismus ließen sich »eindämmen«, wenn die Staaten bzw. die gewählten Regierungen nur die richtige Politik betrieben, ist daher aus unserer Sicht eine fatale Illusion. Sie trägt zur Legitimierung derjenigen Institutionen und Verhältnisse bei, die Teil des Problems sind, nicht dessen Lösung. Analog dazu ist auch die Unterscheidung von gutem und schlechtem Kapital problematisch. Im Aufruf zur Gründung des Netzwerkes ist die Rede davon, die Finanzmärkte müssten wieder ihrer eigentlichen Funktion, nämlich der Finanzierung »produktiver Investitionen«, zugeführt werden. Damit wird erstens der Schein erweckt, das primäre Ziel des Kapitals sei nicht der Profit. Zudem ergibt sich dieser aber auch bei produktiven Investitionen aufgrund der zugrundeliegenden Herrschaftsverhältnisse.

Abgesehen davon, ob die Wahl von Staaten und Finanzinstitutionen als Adressaten der Forderungen nicht darauf hinausläuft, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben (diese religiös gefärbte Metapher sei uns hier erlaubt), stellt sich auch die Frage, ob die vom Netzwerk vorgeschlagenen Maßnahmen selbst aus einer rein systemimmanenten, technischen Sichtweise überhaupt geeignet sind, die proklamierten Ziele zu erreichen. Die Tobin-Steuer als zentrale Forderung des Netzwerks beispielsweise wird selbst von solchen WissenschaftlerInnen für zweifelhaft befunden, die das Netzwerk auf seiner Pressekonferenz am 31.5. aufbietet, um seine Position zu untermauern. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf urteilen in ihrem Standardwerk »Grenzen der Globalisierung«: »Die Tobin-Steuer wäre also nur eine »Gut-Wetter-Steuer« und ungeeignet, die in der Finanzkrise aufgepeitschten Wogen zu glätten. Obendrein wäre es naiv, von einer Tobin-Steuer die Stabilisierung des Kapitalismus zu erwarten. Denn auch innerhalb eines Währungsraumes ohne grenzüberschreitende Transaktionen finden spekulative Kapitalbewegungen statt« (S. 216). Es scheint, als ob innerhalb des Netzwerkes noch einige Diskussionen über die Tobin-Steuer nötig sind...

Besonders irritiert waren wir durch folgende Formulierung in der Erklärung: »Durch Finanzcrashs werden jahrelange wirtschaftliche Anstrengungen ganzer Volkswirtschaften über Nacht zunichte gemacht.« Gab es evtl. Leute, die aufgrund der jahrelangen Anstrengungen der »Volkswirtschaften« profitiert haben? Hier verschmelzen die »Mehrheit der Menschen« und die »Kapitalbesitzer«, die an anderer Stelle in der Erklärung unterschieden werden, wieder zu nationalen Wertschöpfungsgemeinschaften. Eine derart extrem und unseres Erachtens unzulässig verkürzte Kapitalismuskritik beschwört jedoch Missverständnisse und die Vereinnahmung des Netzwerks für nationalistische Argumentationsfiguren geradezu herauf. Bei allem Verständnis für das im Wesen des Lobbyismus begründete Bedürfnis nach griffigen Parolen, hier werden die Grenzen des Zulässigen überschritten.

Wir würden es begrüßen, wenn das Netzwerk einen Schritt weiter in die richtige Richtung gehen würde: nicht nur die vermeintlichen Auswüchse einer scheinbar aus dem Ruder laufenden globalen Finanzwirtschaft anzugehen, sondern den Kapitalismus selbst zum Gegenstand der Kritik zu machen. Darüber und wo und wie Widerstand gegen die Zumutungen der »Globalisierung« geleistet werden kann, das möchten wir vom 6. bis zum 8. Oktober in Berlin beim 23. BUKO-Kongress diskutieren. Dazu laden wir alle interessierten Individuen und VertreterInnen von sozialen Bewegungen ein – und damit natürlich auch die Mitglieder des Netzwerkes zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte.●

BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft
(24.5.2000)

23. BUKO IN BERLIN

Dynamik neoliberaler Globalisierung ungebrochen

Anfang Oktober tagte in Berlin der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO). Neben der Einmischung in aktuelle Debatten versteht sich der BUKO als Forum, auf dem Gruppen aus unterschiedlichen linken Zusammenhängen über aktuelle Entwicklungen diskutieren und über herrschaftskritische Alternativen nachdenken können.

Tommy Schroedter/Ute Abraham (SoZ) ● Das Eröffnungsplenum am ersten Abend war mit NGO-Kritikern und NGO-VertreterInnen besetzt. Durch kritische und provozierende Fragen des Moderators wurden die Positionen deutlich herausgearbeitet, lediglich eine Positionierung des BUKO fehlte in dieser Runde.

Die Arbeitsgruppen am nächsten Tag glänzten nicht so sehr durch den Bekanntheitsgrad der Referierenden, sondern durch eine vorwärtsweisende Fragestellung. Am Mittag gab es ein Treffen mit *David Bleakney* von der kanadischen Postgewerkschaft, der schon an dem von der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* in der selben Woche veranstalteten »Interkontinentalen Forum« teilgenommen hatte. Auf die Frage nach dem Unterschied zwischen beiden Kongressen antwortete er mit funkelnden Augen: »Hier ist mehr Energie.« Auch andere, die an beiden Kongressen teilgenommen hatten, gaben eine ähnliche Bewertung ab. In der Arbeitsgruppe zum Thema Stadtpolitik diskutierten die Anwesenden, wie sich der Neoliberalismus im konkreten Quartier äußert, mit welchen neuen Problemen die Menschen dort zu tun haben und wie sich Widerstand entwickelt. Vor allem die kreative Nutzung bestehender Infrastrukturen machte deutlich, wie Isolierung immer wieder durchbrochen wird, wenn z.B. der »Verband der Kriegsopfer« von MigrantInnen stark genutzt wird, weil er am günstigsten Rechtsschutz und Mieterberatung anbietet. Die Diskussion entwickelte sich aber dann besonders nach einem Referat eines Vertreters des »Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung« (DISS), das nationalsozialistische und ihr nahestehende Lektüre von den 20er Jahren bis heute auswertete.

In der Arbeitsgruppe »Kriegsökonomie«, die anhand der Ausbeutung der kriegsführenden Parteien in Angola diskutiert wurde, zeichnete sich nach umfangreichen Informationen ab, wie begrenzt Kampagnen sein können, wenn Verbündete fehlen. »Kauf keine blutigen Diamanten« spricht vielleicht noch die »Neue Mitte« an, aber sind sie auch Verbündete gegen Ausbeutung und Krieg?

Die Abschlussveranstaltung schlägt einen Bogen vom konkreten Widerstand Obdachloser in den USA, über die Organisierung von Afroamerikanern in Kolumbien zum Kampf der Flüchtlinge gegen die »Residenzpflicht« in Deutschland. Sie versuchen sich in Beziehung zu setzen und immer wieder gibt es Verweise auf Zapatisten. Sie betonten, dass es bei ihrer Revolte nicht um eine Vereinheitlichung der Kämpfe geht, sondern um den Respekt vor den Unterschieden der Kämpfe und dennoch einen gemeinsamen Kampf gegen die menschenfeindliche Politik des Neoliberalismus. An dieser Herangehensweise setzte auch *Thomas Seibert* in seinem Abschlussreferat über die Perspektiven internationaler Revolte an. Solidarisch solle man eben mit den anderen sein und diese Solidarität sei eben nicht in einer vereinheitlichten Bewegung aufzuheben. Insbesondere der Nationalstaat stand im Focus der Kritik, da die Rückbesinnung auf die Regulierungen der Nationalstaaten oft die Perspektivlosigkeit der Kritik an der kapitalistischen Globalisierung deutlich macht. »Eine neue Bewegung wird auch Fehler machen, aber etwas besseres als die Nation finden wir immer«, so die Schlussworte Seiberts für den BUKO in Berlin.●

(nach SoZ Nr. 21, 12.10.2000)

ZUR VERRÜCKTHEIT DER WARENGESELLSCHAFT

Die Herrschaft der Dinge

Setzen Leute sich zusammen und lesen 'Das Kapital' von Karl Marx, fangen die Köpfe ob der Kompliziertheit des Kapitalismus schnell zu rauchen an. Dabei könnte Gesellschaft ganz einfach funktionieren. »Stellen wir uns einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Es bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsmitgliedern verzehrt. Er muss daher verteilt werden.« (Das Kapital S.93)

von Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Die Gesellschaftsmitglieder sprechen sich vor der Produktion darüber ab, was, wie, und wie viel sie herstellen wollen, produzieren dann und werfen schließlich alle Produkte gewissermaßen in den einen großen Vereinstopf. Aus diesem können sich dann alle nach selbst erstellten Verteilungsregeln nehmen. (Marxens Ideal: Jeder gibt nach seinen Fähigkeiten, jeder nimmt nach seinen Bedürfnissen.) So einfach durchsichtig wäre die direkte Vergesellschaftung. Ob die Durchführung und die Umsetzung der direkten Absprachen auch so einfach ablaufen würde, steht auf einem anderen Blatt. Wo Dinge für den Verkauf hergestellt werden – in der Warengesellschaft, ist die Situation höchst verzwickt und nur mit fast übermenschlicher Denkkraft zu enträtseln (Danke, Karl).

Die indirekte Vergesellschaftung funktioniert echt verhaltensgestört. Die Mitglieder dieses Vereins tun einfach so, als könnten alle anderen sie am A. lecken. Sie sehen sich als unabhängige voneinander getrennte Privatproduzenten. Dabei schaffen sie es natürlich nur einige nützliche Dinge herzustellen und haben nun das große Problem, wie sie an all die schönen Gebrauchsdinge rankommen können, die das Leben erst ermöglichen oder versüßen. Ohne groß darüber nachzudenken, was das bedeutet, fangen sie an ihre erstellten Produkte zu tauschen. Gibst Du mir den Rasenmäher, gebe ich Dir ein Radieschen, usw. Was aber ist beim Tausch gerecht? Wie viel Rasenmäher sind so viel wert wie ein Radieschen? Oder umgekehrt? Unsere Warenbesitzer stellen sich auch gar nicht der grundsätzlichen Problematik (wie noch Aristoteles), dass Rasenmäher und Radieschen gar nicht vergleichbar sind, da nur verschieden. Sie machen einfach los und stellen nach zig Millionen und Milliarden Tauschvorgängen fest, dass das eine Produkt soviel wert ist und das andere so und so viel wert ist. Und stellen weiter fest, dass jedes Produkt ein Geld-Ding geworden ist, jede Ware einen Preis bekommen hat. Die Verhaltensgestörten werden noch gestörter, weil sie feststellen, dass die Waren ein Eigenleben haben, unvorhersehbar billiger oder teurer werden wie gerade das Benzin. Es sind die eigenen Produkte, »unter deren Kontrolle die Warenbesitzer stehen, statt sie zu kontrollieren. Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert werden.« (S.89)

> Es kann also nichts falscher und abgeschmackter sein, als auf der Grundlage des Tauschwerts, des Geldes, die Kontrolle der vereinigten Individuen über ihre Gesamtproduktion vorauszusetzen.
>
> **Karl Marx**

Menschen, die an Zauber glauben, nehmen es als Wahrheit, dass bestimmte Gegenstände Macht über sie haben. Für sie ist das Realität, an sich sind diese Gegenstände aber nur banale Dinge. Entzaubern wir die merkwürdige Realität unserer warenproduzierenden Vereinsmitglieder. Die Produkte sind hier für sie mehr als einfache Gebrauchsdinge. Es wurde privat (nicht gesellschaftlich) und individuell verschieden gearbeitet. (Auf dieser allgemeinen Abstraktionsstufe lässt Marx die Kapitalisten noch weg, die arbeiten lassen und denen es nur noch um die Plusmacherei geht.) Und nur das konkret gearbeitet wurde, ist all den vielfältigen Produkten gemeinsam. Damit dieses jeweils verschiedene Arbeiten vergleichbar werden kann, muss es selbst unterschiedslos werden; egal was und egal wie, nur das überhaupt gearbeitet wurde, gilt: abstrakte Arbeit, gemessen in Zeit. Das private Arbeiten wird so erst im Nachhinein, beim Verkauf in gesellschaftliche Arbeit verwandelt. Bezogen auf ein Produkt gilt dann nur noch die »gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit«. Dies ist »Arbeitzeit, erheischt (benötigt-He) um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit herzustellen.« (S.53) Und was durchschnittlich ist, stellt sich erst durch die Realität der unzähligen Ware-Geld-Tauschakte ein.

In dieser Normierung der Arbeitszeit ist übrigens die Aussonderung und Ausgrenzung der vielen Menschen angelegt, die diese durchschnittliche Leistung nicht erreichen. Früh eingeübt wird diese Unmenschlichkeit bereits im Noten-Schulsystem. Auf der anderen Seite hat das stete, zwanghafte Produktivitäts-Wettrennen um die bessere Technologie hier seinen Ursprung, weil es den Gewinnern als Extraprofit die Kasse klingeln lässt.

Privates Arbeiten konkreter gefasst bedeutet auch nicht nur die eine Person, sondern eine Produktionseinheit mit bornierten Sonderinteressen. »Ein Privatproduzent im Sinne kapitalistischer Vergesellschaftung muss nicht eine natürliche Person, etwa ein dickbäuchiger Kapitalist, sondern kann auch eine Aktiengesellschaft, ein multinationaler Konzern, ein selbstverwalteter Betrieb oder ein volkseigenes Kombinat sein. Entscheidend für den Charakter als Wertproduzent sind seine isolierte Stellung, die einem blinden Zusammenhang entspricht, und sein Sonderinteresse gegenüber andern Betrieben und der Gesamtgesellschaft, sein notwendiger Blick auf die eigene Verwertung und nicht auf die gesellschaftlichen Folgen.« (*Johanna W. Stahlmann* / Geplanter Markt – Die Quadratur des Kreises in Krisis 8/9)

> »Produzenten denken ja nun in der Regel nicht bei sich: Aha! Wenn ich meine Uhr gegen ein Bett tausche, sehe ich von den materiellen Eigenschaften beider Produkte ab und betrachte sie als gleichartig, als Ergebnis nicht nützlicher, sondern abstrakter Arbeit.« Genau das tun die Leute – was immer sie denken mögen.
>
> **aus 'Das Kapital für Anfänger', rororo**

Was wird nun substantiell getauscht? Abstrakte Arbeit, gemessen in Zeit, bezogen auf ein Produkt oder Produkte wird nun getauscht gegen abstrakte Arbeit, gemessen in Zeit, bezogen auf ein anderes Nutztding/Dinge. So kann nun jeder unserer Privaten Güter bekommen, die er selber nicht herzustellen vermochte. Die Warenproduzenten wissen nun nicht, dass sie genau das tun. Sie sagen vielmehr beispielsweise: »Der Tisch hier ist 100 DM wert«.

Das Verrückte ist also, dass sie nicht einfach Zeit mit Zeit verrechnen können, sondern dass Dinge an sich einen Wert zu haben scheinen, dieser gewissermaßen in ihnen haust. »Als Werte sind Waren nur bestimmte Maße festgeronnener Arbeitszeit.« (S.54) Zeit kann aber nicht wirklich räumliche Dimension annehmen, kann nicht wirklich Körper werden. So muss Marx zum Beschreiben des Wertes selbst die Sprache der Magie benutzen: »gespenstige Gegenständlichkeit«, »sinnlich übersinnliches Ding«, »ein bloße Gallerte (oder farbloses Gelee-He) unterschiedsloser menschlicher Arbeit«, »Kristalle dieser gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Substanz«. Anders formuliert: dass Produkte einen Wert 'haben', drückt nur aus, dass zwar wirklich konkret materiell gearbeitet wurde, allerdings genau in der entfremdeten privaten Form. Wo Produkten also ein Preis aufgeklebt wird, herrscht noch der Autismus (jeder für sich) vor, ist der Warenfetisch noch nicht überwunden, werden die Menschen von den hinter ihrem Rücken selbst geschaffenen Marktgesetzen getrieben statt selbst ihre Geschicke lenken zu können.

Einige Konsequenzen dieser Kapitalismusanalyse lauten:

- Eine alternative, gute, menschliche Geldwirtschaft kann es nicht geben.
- Der Realsozialismus als 'sozialistische Warenproduktion' war selbst im Warenfetisch befangen.
- Menschlichkeit kann erst dort entfaltet werden, wo die Verkaufsgesellschaft zurückgedrängt werden kann, wo Keimformen direkter kooperativer Produktion und solidarischer Lebenszusammenhänge jenseits von Markt und Staat entstehen.

Um allerdings zu solchen Schlussfolgerungen zu kommen, um Gesellschaft verändern zu können, braucht es mehr Einsicht als nur die Empörung über den Reichtum der Reichen und die Armut der Armen. »So bekannte der englische Sozialistenführer *William Morris* (1834-1896) freimütig, dass es ihm nicht gelungen sei, die Marxsche 'Mehrwerttheorie' zu verstehen. Das halte ihn freilich nicht davon ab, sich für einen Sozialisten zu erklären, denn so fuhr er fort, ihm genüge es, »so viel von Nationalökonomie zu begreifen, um zu verstehen, dass die müßige Klasse reich und die arbeitende Klasse arm ist, und dass der Wohlstand der Reichen auf der Beraubung der Armen beruht. Das weiß ich, weil ich es mit eigenen Augen sehe. Ich brauche kein Buch zu lesen, um mich davon zu überzeugen. Das ganze System ist ungeheuerlich und unerträglich.« (aus *Peter Klein* – Die Illusion von 1917)

Den Reichtum anders verteilen zu wollen, ist löblich, wird vom blinden Konkurrenz-System aber immer wieder unterlaufen. Konsequenterweise muss das ganze Betriebssystem von Grund auf geändert werden. Wert, Ware, Geld, Markt und deren Staat gehören ins historische Museum. Sich aus den heute noch so fest sitzenden Fesseln der Herrschaft der Geld-Dinge samt ihren verrückten Besitzern zu befreien, steht dringendst auf der Tagesordnung, weil der Irrsinn schon die Existenz der ganzen Menschheit und der Mitwelt bedroht. Was dazu zunächst ansteht, hat *Carl Amery* treffend formuliert: »Was bleibt, wenn man nicht resignieren will (und Resignation ist keine Handlungsgrundlage), ist die Ortung von Haarrissen im Beton des machtvollen Stumpfsinns und ihre Erweiterung mit der Geduld des hartnäckigen Ausbrechers.« ●

Aus: Beilage zur Einladung des KRISIS-Kreises-Rheinland 9/00

> Eine Ware scheint auf den ersten Blick ein selbstverständliches, triviales Ding. Ihre Analyse ergibt, dass sie ein sehr vertracktes Ding ist voll meta-physischer Spitzfindigkeit und theologischer Mucken. Soweit sie Gebrauchswert, ist nichts Mysteriöses an ihr, ob ich sie nun unter dem Gesichtspunkt betrachte, dass sie durch ihre Eigenschaften menschliche Bedürfnisse befriedigt oder diese Eigenschaften erst als Produkt menschlicher Arbeit erhält. Es ist sinnenklar, dass der Mensch durch seine Tätigkeit die Formen der Naturstoffe in einer ihm nützlichen Weise verändert. Die Form des Holzes z.B. wird verändert, wenn man aus ihm einen Tisch macht. Nichtsdestoweniger bleibt der Tisch Holz, ein ordinäres sinnliches Ding. Aber sobald er als Ware auftritt, verwandelt er sich in ein sinnlich übersinnliches Ding. Er steht nicht nur mit seinen Füßen auf dem Boden, sondern er stellt sich allen andren Waren gegenüber auf den Kopf und entwikkelt aus seinem Holzkopf Grillen, viel wunderlicher, als wenn er aus freien Stücken zu tanzen begänne.
>
> **Karl Marx in 'Das Kapital'**

SEMINAR

Theorieansätze für eine Alternative Ökonomie

Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAKAÖ) veranstaltet vom 8. bis 10. Dezember 2000 in Kooperation mit dem »Frauenforum Ökonomie & Arbeit« und der Gesellschaft für Politische Bildung e.V. ein Seminar zum Thema »Theoretische Ansätze für eine Alternative Ökonomie«. Veranstaltungsort ist die Akademie Frankenwarthe in Würzburg. Das Seminar verspricht allein durch ReferentInnen, die in dem Themenspektrum seit langem sehr aktiv sind, ein hohes Niveau der Diskussion. Das »alte« Thema »Theorien Alternativer Ökonomien« wird von zwei »alten« Arbeitsgruppen neu aufbereitet. Beide werden unterschiedliche Ansätze und Perspektiven aufzeigen. Ziel ist es so, zur weiteren Diskussion als auch zu Überlegungen für eine praktische Umsetzung beizutragen.

Programm:
Freitag, 08.12.00
19.00 bis 22.00 Uhr: Von der Theorie der Subkultur zur Theorie der Vernetzung (Rolf Schwendter)
Samstag, 09.12.00
9.00 bis 11.00 Uhr: Solidarische Ökonomie aus feministischer Sicht – theoretische Zugänge (Carola Möller)
11.00 bis 12.30 Uhr: Geldtheorien jenseits der kapitalistischen Finanzmärkte (Hella Hertzfeldt)
14.30 bis 16.00 Uhr: Alternative Ökonomie und empirische Sozialforschung (Wolfgang Beywl)
16.00 bis 17.30 Uhr: Alternativökonomischer Theorienmix und seine Brauchbarkeit für praxisbezogene Ansätze (Burghard Flieger)
18.30 bis 20.00 Uhr: Vernetzung aus chaostheoretischer Sicht (Elmar Sing)
Sonntag, 10.12.00
9.00 bis 11.00 Uhr: Zu Theorien kommunitärer Lebens- und Arbeitsformen (Gisela Notz)
Die Einladung und Informationen zum Organisatorischen sind erhältlich bei: Akademie Frankenwarte, Frau Brigitte Nake-Mann, Postfach 5580, D-97005 Würzburg, Tel.: (09 31) 804 64 27, Fax 804 64 44.

DIE KAFFEEPFLANZER VON MARBELLA UND DER WELTMARKT

Von braunen Bohnen und fairem Handel

Auf der Halbinsel Nicoya führt eine schmale Sandpiste von tausend Meter hoch gelegenen Kaffeefeldern steil hinab in das Dorf Marbella. In diesem abgelegenen Winkel des kleinen, mittelamerikanischen Landes Kostarika findet alljährlich die Generalversammlung der Kaffeekooperative Cerro Azul statt.

Von Andreas Bouee, San Jose ● Aus allen Himmelsrichtungen kommen rund 150 Kooperativenmitglieder zusammen, auf Pferden, Eseln, Motorrädern, zu Fuß oder in Fahrgemeinschaften. Einen Tag lang diskutieren sie über die Produktionsstrategien für das kommende Jahr. Ein neuer Vorstand wird gewählt und die Verantwortlichen für Bereiche wie Bildung und Gesundheit werden ernannt.

Die kräftige *Elisa Naranjo* ist seit sieben Jahren Mitglied der Kooperative. Für sie ist die Jahresversammlung eine motivierende Erfahrung: »Hier spüre ich, dass ich dazugehöre, dass ich mein kleines Sandkorn zum Erfolg der Kooperative beitragen kann.« Auf der Halbinsel Nicoya gibt es nur noch einen weiteren Aufkäufer von Kaffeebohnen. Während der vergangenen Jahre hat die Kooperative immer höhere Preise gezahlt. Außerdem unterstützt sie Sozialprojekte für ihre Mitglieder. Das Gründungsmitglied *Jessica Monvargas*, Mutter von neun Kindern, berichtet: »Wir kümmern uns um die junge Generation. Die Grundschule wird gefördert und wir stellen Stipendien zur Verfügung, so dass einige unserer Kinder sogar zur Universität gehen können.«

Die Kleinbauern bewirtschaften ihre eigenen Parzellen, keine zehn Kilometer Luftlinie entfernt vom Pazifik. Umgeben von exotischen Vögeln, Brüllaffen und farbenfrohen Tropenblumen ernten die meisten Kooperativenmitglieder nicht mehr als dreitausend Pfund Kaffeekirschen im Jahr. Für viele ist der Verdienst aus dem Verkauf die einzige Einkommensquelle. Doch auf Kostarikas hart umkämpftem Kaffeemarkt könnte die Kooperative Cerro Azul allein nicht bestehen. Das Geschäft funktioniert, weil sich sieben Kooperativen zu einem Dachverband zusammengeschlossen haben. Schon der Eingang des Verwaltungsgebäudes von *COOCAFE* in der Hauptstadt San Jose deutet auf den wirtschaftlichen Erfolg der Genossenschaft hin. Der Parkplatz ist voller Autos, in der Empfangshalle liegen Broschüren von Kaffeeröstern aus zahlreichen Ländern und der elegante Sitzungssaal ist mit moderner Technik ausgestattet.

COOCAFE kann im internationalen Kaffeegeschäft mithalten. »Noch vor zehn, zwölf Jahren waren die Bedingungen völlig anders«, berichtet Vorstandsmitglied *Juan Carlos Alvares*. »Vor allem im Bereich der Verwaltung hat sich vieles verändert. Früher hatten wir noch nicht dieselben wirtschaftlichen Möglichkeiten wie heute. Außerdem haben sich äußere Bedingungen wie der Zustand der Straßen, aber auch der Ausbildungsgrad der Mitglieder deutlich verbessert.«

Die Genossenschaft *COOCAFE* vermarktet rund die Hälfte ihrer Kaffeeproduktion über alternative Handelsstrukturen. Zum Beispiel zahlt die deutsche Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt (*GEPA*) den Kooperativen gerechte Preise für ihren Kaffee. *COOCAFE* leitet siebzig Prozent des Gewinns direkt an seine Mitglieder weiter. Dreißig Prozent werden für Gemeinschaftsprojekte ausgegeben. »Davon profitieren über dreitausend Familien«, erläutert *Juan Carlos Alvares*. »Die Projekte helfen nicht nur den Mitgliedern der Kooperative direkt, sondern auch ihren Nachbarn.« Während der Kaffeepreis im vergangenen Jahr an der New Yorker Börse unter einem US-Dollar pro Pfund lag, haben die alternativen Handelsorganisationen über 1,25 Dollar gezahlt. Dieser Mehrpreis kann darüber entscheiden, ob eine Produzentenfamilie ihren Acker verkaufen muss und in die Armenviertel der Hauptstadt abwandert, oder ob sie eigenständig ihre Zukunft sichern kann.

Der Ökonom *Jorge Orosco*, ein Verwaltungsberater von *COOCAFE*, bestätigt, dass der faire Handel entscheidend ist für die wirtschaftliche Stabilität von Kostarikas Kaffeekooperativen: »Der Handel auf dem Weltmarkt wird von transnationalen Konzernen bestimmt, die sich zunehmend auch an der Produktion beteiligen. Sie kaufen Kaffeefabriken und Plantagen. Das bedeutet, dass der Spielraum für die kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetriebe immer kleiner wird. Die nationalen Produzenten konkurrieren nicht mehr nur untereinander, sie müssen auch gegen große, transnationale Firmen bestehen.«

Diesen Konkurrenzdruck halten die in *COOCAFE* zusammengeschlossenen Kooperativen aus, weil sie sich im alternativen Handel beteiligen. Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland können durch den Kauf von fair gehandeltem Kaffee dazu beitragen, dass sich die Lebensbedingungen von Kleinbauern und ihrer Familien deutlich verbessern. ●

Aus dem ND vom 1.10.2000

SOZIALGENOSSENSCHAFTEN

»Reformen sind dringen geboten!«

– eignet sich die Genossenschaft für den Non-Profit-Sektor?

Die rechtlichen Grundlagen der drei wichtigsten Legalformen des deutschen »Dritten Sektors« – der Vereine und der Stiftungen als den quantitativ bedeutsamsten Rechtsformen, sowie der Genossenschaften als einer künftig an potenzieller Bedeutung gewinnenden Rechtsform – sind in hohem Maße reformbedürftig. Ihre Wurzeln reichen in das 19. Jahrhundert zurück, teilweise aber sogar bis in das Mittelalter. Seither haben sie keine systematische Anpassung an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse und Bedürfnisse erfahren. Eine aktuell abgeschlossene Studie über die Entwicklung von Arbeitsplätzen im Dritten Sektor kommt insbesondere für die Genossenschaft zu einem eindeutigen Ergebnis: Reformen sind dringend geboten.

Foto: Joachim E. Röttgers

Sigrid Betzelt und Rudolph Bauer, Red. Genossenschaften ● Die bis heute bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen für Genossenschaften in Deutschland genügen den Anforderungen an demokratische, transparente und flexible Strukturen moderner gesellschaftlicher Organisationen nicht im Geringsten. Die folgenden Vorschläge zielen darauf ab, die Rechtsform der Genossenschaft durch ihre Modernisierung und Öffnung besser nutzbar zu machen für jene Initiativen, die kooperative Ansätze verfolgen. Dies gilt insbesondere für solche zur gemeinsamen Schaffung von Arbeitsplätzen in gesellschaftlich nützlichen Bereichen.

Erfahrungen in anderen EU-Ländern (z.B. in Italien) zeigen: Die (reformierte) genossenschaftliche Rechtsform lässt einen erheblichen Beschäftigungszuwachs erwarten, da hier marktfähige Produkte und Dienstleistungen erstellt und sinnvolle Übergangsformen zwischen dem »Dritten Sektor« und dem For-Profit-Bereich bereit gestellt werden.

Abbau formaler Hürden

Für die Gründung einer Genossenschaft bestehen in der Bundesrepublik derzeit insbesondere drei formale gesetzliche Hürden. Sie erschweren es neuen Initiativen, die kooperative Rechtsform für ihre Nonprofit-Zwecke zu nutzen:

- Die *Mindestzahl* von sieben GründungsgenossInnen ist zu hoch und hat sich – nicht zuletzt angesichts der Produktivitätsfortschritte – historisch überlebt. Sie sollte auf drei, maximal jedoch fünf Mitglieder gesenkt werden. Diese Änderung würde es kleinen genossenschaftlichen Initiativen ermöglichen, ihre Tätigkeit unverzüglich aufzunehmen und ihre Arbeit kontinuierlich mit dem Ziel auszubauen, dann weitere GenossInnen für die Mitarbeit zu gewinnen.
- Für kleine Genossenschaften bildet die gesetzlich vorgeschriebene Dreigliederung der *Organe* (Generalversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat) eine weitere, schwer zu überwindende Hürde. Erfahrungsgemäß ist es gerade für kleine Initiativen äußerst schwierig, genügend (kompetente) Personen für die Besetzung der Leitungs- und Aufsichtsgremien zu finden. Bei Genossenschaften mit weniger als 25 Mitgliedern sollte deshalb die Wahl eines Aufsichtsrates nicht zwingend sein. Die erforderlichen Kontrollaufgaben könnten – ähnlich wie beim Verein – durch den Vorstand übernommen werden.
- Ein drittes Hindernis ergibt sich aus der zwingenden Vorschrift, dass eine Genossenschaft nur dann rechtsfähig werden kann, wenn sie auch Mitglied einer der genossenschaftlichen *Prüfverbände* ist. Durch die hohen Mitgliedsbeiträge und Prüfungsgebühren wirken die großen Prüfverbände bewusst abschreckend gegenüber kleinen, unkonventionell erscheinenden Zusammenschlüssen produktiver oder sozial-ökologischer Art, indem sie zugleich auch die Neugründung von Kleingenossenschaften erschweren. Anstatt den Prüfverbänden qua Gesetz weiterhin eine Monopolstellung zu sichern, sollte der Gesetzgeber die Möglichkeit einräumen, dass auch unabhängige Wirtschaftsprüfer berechtigt sind, die wirtschaftliche Tragfähigkeit einer Genossenschaft zu überprüfen.

Öffnung für Nonprofit-Kooperativen

In fast allen europäischen Ländern lässt sich beobachten, welch großen gesellschaftlichen, insbesondere beschäftigungspolitischen Nutzen ein »liberaler« Zuschnitt des Genossenschaftsrechts bietet. In Deutschland dagegen sind Genossenschaften per Gesetz ausschließlich auf eine erwerbswirtschaftliche Zielsetzung festgelegt. Die Betonung des Ziels der wirtschaftlichen Förderung ihrer Mitglieder (siehe § 1 GenG) beinhaltet jedoch die Abkehr von den ursprünglichen Merkmalen der Genossenschaftsbewegung: Kooperation, Solidarität, Demokratie.

Entsprechend nehmen die meisten deutschen Genossenschaftsverbände eine genossenschaftliche Leitidee zum Maßstab, die sich ausschließlich am Konzept der rein erwerbswirtschaftlichen, an Wettbewerbsfähigkeit und quantitativen Wachstumszielen orientierten Großgenossenschaft orientiert. Dies schließt die damit verbundenen Erfordernisse der Kosten- und Leistungsoptimierung mit ein. Ausdruck dieser erwerbswirtschaftlichen Dominanz sind die geltenden Maßstäbe und Kriterien für die Prüfung der wirtschaftlichen Solidität.

Die »Wende« zu Gunsten des seit einigen Jahrzehnten vorherrschenden Genossenschaftstyps des mitgliederstarken, erwerbswirtschaftlich ausgerichteten und wettbewerblich effizienten Großunternehmens hat andere genossenschaftliche Ansätze verhindert. Zu diesen gehören vor allem solche, die nach den ursprünglichen Maximen arbeiten und gemeinwohlorientierte Ziele verfolgen, wie z.B. Kooperativen aus dem Spektrum der selbstverwalteten Betriebe. Diese werden durch die strikte Legaldefinition und ihre restriktive Auslegung diskriminiert statt gefördert. Daraus leitet sich die Empfehlung an den Gesetzgeber ab, die genossenschaftliche Rechtsform für jene kooperativen Organisationsansätze zu öffnen, die mit ihrer Arbeit soziale und ökologische Ziele verfolgen. Alternativ zur Öffnung des bestehenden Genossenschaftsrechts wäre auch denkbar, dass ein besonderes Gesetz für Sozial- und Ökologiekooperativen neu geschaffen wird.

Akzeptanz gesellschaftlich nützlicher Ziele

Eine Öffnung der genossenschaftlichen Rechtsform für die Förderung von Nichtmitgliedern und gesellschaftlich nützliche Ziele würde den Genossenschaften die Anerkennung als gemeinnützige Organisationen ermöglichen. Auch würde dies ihnen den Zugang zu Vergünstigungen eröffnen, die ihnen bislang prinzipiell verschlossen sind. Damit wären gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten von Kooperativen – z.B. im Sozial- und Ökologiebereich – ebenso steuerlich privilegiert, wie dies bei Organisationen in anderer Rechtsform der Fall ist. Als gemeinnützig anerkannte Genossenschaften könnten sie zudem auch andere öffentliche Förderinstrumente – z.B. die der Arbeitsförderung (ABM) – nutzen und damit Erwerbsarbeitsplätze schaffen. Hier empfiehlt sich also dringend die Angleichung des deutschen Genossenschaftsrechts an den europäischen Standard.●

Den vorherigen Ausführungen liegen die Ergebnisse einer Studie zugrunde von Sigrid Betzelt und Rudolph Bauer: Erwerbsarbeit im »Dritten Sektor«. Bestandsaufnahme, Perspektiven und Empfehlungen. Ergebnisse der deutschen Teilstudie des NETS-Projekts »New Employment Opportunities in the Third Sector«. In: Institut für Lokale Sozialpolitik und Nonprofit-Organisationen, Universität Bremen/FB 11 (Hrsg): Kleine Schriften des i.l.s., Heft 8, Bremen, Februar 2000 (zu beziehen bei: Universität Bremen, FB 11, i.l.s., Grazer Str. 2, 28359 Bremen).

Beispiel Stadtteilgenossenschaft

Wohnortnahe Dienstleistungen

In Berlin in Wedding hat sich im Oktober diesen Jahres im Nachbarschaftsladen Torfstraße 11 die »Stadtteilgenossenschaft Wedding für wohnortnahe Dienstleistungen« als Genossenschaft gegründet (s. auch Beitrag unten). Das Projekt »Stadtteilbetrieb« besteht bereits seit zwei Jahren, benötigt aber mittlerweile aufgrund seines schnellen Wachsens eine passende Unternehmensform. Die Genossenschaft geht auf Initiative des Kommunalen Forums Wedding zurück. Arbeitsschwerpunkt sind handwerkliche Dienstleistungen wie Maler- und Lackiererarbeiten, Umzugshilfen, Entrümpelung, Wohnumfeldverbesserung etc. Demnächst sollen soziale Dienstleistungen hinzukommen. Ziel ist es, die verschiedenen Dienstleistungen zukünftig zu sozial gestaffelten Preisen anzubieten. Bei Neuanstellungen werden Langzeitarbeitslose bevorzugt.

BERLIN: STADTTEILGENOSSENSCHAFT GEGRÜNDET

»Stadtteilbetrieb« für wohnortnahe Dienstleistungen

Die Gründung eines »Stadtteilbetriebes«, nun in der Rechtsform einer Stadtteilgenossenschaft, wird vom »Kommunalen Forum Wedding e.V.« seit längerer Zeit durch mehrere miteinander verknüpfter Aktivitäten und Projekte vorbereitet.

Redaktion Heidelberg ● 1998 initiierte das Kommunale Forum in Kooperation mit dem Bezirksamt Wedding die »Lokale Partnerschaft Wedding«, an der sich Repräsentanten des öffentlichen, des privaten und des gemeinnützigen Sektors beteiligen. Ziel der Partnerschaft ist es, insbesondere in Gebieten mit hoher sozialer und ökonomischer Problembelastung gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um die Lebensbedingungen der Bewohner zu verbessern und wirtschaftliche Initiativen zu fördern. In diesem Sinne sollen Modelle dauerhafter Beschäftigung für sozial ausgegrenzte Menschen entwickelt und konkrete Beschäftigungsprojekte und Unternehmungen in den Bereichen wohnortnaher Dienstleistungen ermöglicht werden.

Im Rahmen dieses Aktionsbündnisses wurde das gebietsbezogene Handlungskonzept »Arbeit und Nachbarschaft« erarbeitet, in dem vier Handlungsschwerpunkte verknüpft werden:

- Entwicklung sinnstiftender Beschäftigungsperspektiven;
- Kooperation lokaler Akteure;
- Aktivierung und Unterstützung der Selbstorganisation der Bewohner;
- Stärkung der Selbsthilfe und des nachbarschaftlichen Zusammenhalts.

Ein Modellprojekt unter dem Motto »Arbeit statt Sozialhilfe« verfolgt in diesem Zusammenhang die Zielstellung einer nachhaltigen Arbeitsmarkt- und Gemeinwesenintegration von Langzeitarbeitslosen. Seit Juni 1998 werden auf freiwilliger Basis insbesondere Sozialhilfeempfängern in Kursen der Berufs- und Gemeinwesenorientierung qualifiziert. Im Anschluss werden gemeinsam mit den Absolventen dieser Orientierungskurse, jeweils angepasst an die individuellen Wünsche und an die tatsächlichen Bedürfnisse im Stadtteil, Arbeitsmöglichkeiten im sozialen Bezugssystem geschaffen.

So ist nach und nach ein Beschäftigungsverbund mit fast 30 gemeinnützigen, öffentlichen und privaten Organisationen und Betrieben entstanden, der den Absolventen Einstiegsmöglichkeiten in den lokalen Arbeitsmarkt eröffnet.

Als Teil des Verbundes ist das Projekt »Stadtteilbetrieb« aufgebaut worden, das inzwischen mit 6 Mitarbeitern handwerksähnliche Dienstleistungen für Einkommensschwache sowie für gemeinnützige und öffentliche Einrichtungen anbietet. Beschäftigungsort ist der Nachbarschaftsladen »Aktiv im Kiez«. Dieser Geschäftsteil soll mit einem Großteil der Beschäftigten von der Stadtteilgenossenschaft übernommen werden.

Rechtsform Genossenschaft

Die Rechtsform einer Genossenschaft wurde gewählt, da diese auf den Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung aufbaut, soziale und wirtschaftliche Probleme durch Eigenanstrengung der Betroffenen bewältigt werden.

Die Genossenschaft ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen, das sich im Eigentum seiner Mitglieder (Genossen) befindet. Die Mitglieder sind gleichzeitig Anteilseigner, Entscheidungsträger und Leistungsabnehmer bzw. Nutznießer gemeinsamer Tätigkeiten. Die Stadtteilgenossenschaft ermöglicht die Beteiligung unterschiedlicher Gruppen im Stadtteil, wie Bewohner, Arbeitslose, vorhandene Betriebe und Institutionen sowie die Verknüpfung ihrer jeweils spezifischen Interessen in der Entwicklung der Geschäftsbereiche.

Zweck und Gegenstand der Genossenschaft

Zweck der Stadtteilgenossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. Gegenstand der Genossenschaft ist:

- die Entwicklung und Durchführung insbesondere von beschäftigungswirksamen sozialen, kulturellen und ökologischen Projekten und Dienstleistungen,
- die Förderung des lokalen Gewerbes,
- das Schaffen individuell angepasster Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose,
- die Verbesserung der Lebensqualität und des interkulturellen Zusammenlebens im Stadtteil.

Die Stadtteilgenossenschaft wird ausgehend vom Quartier Sparrplatz überwiegend wohnortnahe Dienstleistungen (sozial gestaffelte Preise) im Bezirk Wedding bzw. im neuen Bezirk Mitte anbieten und überwiegend Langzeitarbeitslose aus diesem Bezirk einstellen. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

Geschäftsbereiche

Handwerkliche Dienstleistungen
Erstes Vorhaben ist die Überführung des Projekts »Stadtteilbetrieb« in die Genossenschaft und der Ausbau des Geschäftsbereichs »Handwerkliche Dienstleistungen« (Maler, Lackierer, kleine Reparaturen, Umzugshilfen, Entrümpelung, Wohnumfeldverbesserung).

Soziale Dienstleistungen (geplant)

- Haus- und Projektbetreuung (sozial und handwerklich);
- Besuchs- und Begleitdienste, Einkaufshilfen;
- nachbarschaftliche Dienstleistungen (Urlaubsbetreuung von Pflanzen und Tieren,..);
- Dienstleistungen im Bereich »gesunde Ernährung«

Nutzen für die Genossen
Neben dem gemeinsamen Interesse der wirtschaftlichen und sozialen Verbesserung des Stadtteils haben die Genossen einen jeweils spezifischen Nutzen.

Kunden
Kunden erhalten im Wohnumfeld kostengünstigere Waren und Dienstleistungen.

Lokales Gewerbe
Durch die Mitgliederwerbung wirbt die Genossenschaft auch für das lokale Gewerbe. Es wird ein neuer und stabiler Kundenkreis aufgebaut.

Beschäftigte
In der Stadtteilgenossenschaft erhalten überwiegend Langzeitarbeitslose aus dem neuen Bezirk Mitte einen Arbeitsplatz. Voraussetzung ist die Teilnahme am Orientierungskurs »Arbeit statt Sozialhilfe« oder ein Praktikum, um die Entwicklung individuell angepasster Arbeitsplätze zu ermöglichen. Im Sinne der Selbsthilfe ist erwünscht, dass sich möglichst viele Beschäftigte als Mitglieder an der Stadtteilgenossenschaft beteiligen.●

Weitere Informationen: Kommunales Forum Wedding e.V., Wiesenstr. 29, D-13357 Berlin, Tel. (0 30) 46 50 73 55

Runder Tisch der Militanten:

Militanz ist ein Mittel, kein Programm

Die Sonderausgabe der *Interim 498* zur Militanzdiskussion, (inzwischen als Nachdruck für 2,50 erhältlich) »Runder Tisch der Militanten«, hat den Innentitel, der wohl zugleich ein Motto ist, »Militanz ist ein Mittel, kein Programm«. Mit letzterem antwortete einer der Diskussionsteilnehmer auf die häufige Überbewertung militanter Politik, ein anderer stellt fest, dass, sofern man sich auf Militanz beschränke, diese folgenlos bleibe. Eine Teilnehmerin geht sogar soweit, Militanz »in diesen bewegungslosen Zeiten« für eine »subjektive Befriedigung« zu halten.

Es ist ein ehrlicher Text, und zwar, das muss hervorgehoben werden, in doppelter Hinsicht, einmal durch den äußeren Umstand einer Runde, in der verschiedene und gegensätzliche Positionen vertreten werden, zum andern scheint nicht nur der Verlautbarungsstil, sondern auch der Betroffenheits-Verlautbarungsstil überwunden zu sein. Das heißt zwar nicht, dass neuerdings das Persönliche wieder rausgelassen wird, im Gegenteil, aber es wird auch nicht zur Farce, zum Druckmittel etwa auf der pikanten Untergürtelebene. Offenbar hat man auch das hinter sich.

Die Offenheit ist erfreulich, z.B. Johnny: »ich finde es bemerkenswert, dass in deiner Vorstellung der Teil an Sachen, die Du NICHT machst, nämlich antipatriarchale Aktionen, mehr umfasst, als der Teil, den Du machst. Das klingt so superkorrekt, als wäre es direkt aus dem ungedruckten Autonomen-Knigge oder der Interim abgeschrieben.« Auch emanzipiert man sich von großen Vorbildern, Antonio: »Knieschussaktionen, die mich an Bestrafungsaktionen von IRA-Kommandos (und der RZs) an 'antisozialen' Jugendlichen erinnern, lehne ich grundsätzlich ab. ... Wir sollten uns in den Methoden und Mitteln deutlich von unserm Gegner unterscheiden, dazu gehört auch, nicht zu foltern und zu verstümmeln. ... Leider hat die Linke damals diese Aktionen viel zu wenige kritisiert.«

Vor einiger Zeit ging der Verrat des Autonomen *Tarek Mousli* durch die Presse, er hat einige seiner früheren Genossen der Justiz ausgeliefert und bei vielen eine starke Verunsicherung hervorgerufen. Folgerichtig werden die Strukturen in politischen und militanten Gruppen, bzw. Zusammenhängen kritisiert, der geringe persönliche Zusammenhalt, die Kälte der Revolutionären Zellen, »wenn wir uns die Texte und Erklärungen der RZ durchlesen, wird uns immer wieder klar, wir hart, funktional und kalt das Klima teilweise gewesen sein muss« (Giovanni). Liliane: »Alle militanten Gruppen haben ein Problem, das betrifft auch die Rote Zora: du organisierst im Geheimen, führst ein Doppelleben, darfst dir Stress nicht anmerken lassen oder erfindest Ausreden und Lügen ... in zugespitzten Situationen oder Repressionsphasen wirst du hart, funktional, dein Toleranzpegel andern gegenüber sinkt. Und wenn du so abgespalten über Jahre lebst, in dich verkapselt ...«

Weiter wird über die RZ diskutiert, ihre Auflösung und Spaltung, über Internationalismus, PKK (»Führerkult im kurdischen Befreiungskampf«), Chiapas (»Oberphilosoph Marcos ... Personenkult«), Carlos-Weinrich-Gruppe (»suspekt«), und über KOMITEE (»Männercombo«) und Antifa (»Mackermilitanz«). Dies führt zu der Frage, welche negativen Folgen es hat, überhaupt unter einem Marken-Namen aufzutreten. Liliane: »Ihr müsst euch diese Eigendynamik so richtig vorstellen, und das dann noch isoliert, in keine größere Debatte über linksradikale/militante Strategien eingebunden ... Das ist selbsternannte, unkontrollierbare Avantgarde ... Wenn du wechselnde Namen nimmst, machst Du Dich auch selbst nicht wo wichtig. Es lastet nicht der Fluch auf Dir, technisch immer besser und versierter zu sein, möglichst hohen Schaden anzurichten.«

Schließlich kommt die Runde auf politische Perspektiven zu sprechen, erstaunlicherweise bleiben die »Themen der Zukunft« jedoch sehr praktisch (Computersabotage, Fußballweltmeisterschaft, Zwangsarbeit, eat the rich, Expo usw.), nur einer spricht aber auch nur an, dass es um gesellschaftliche Veränderungen gehe, die z.B. als Postfordismus beschrieben wurden, und das ist dann doch etwas wenig. »Wir leben nicht im Faschismus bzw. einer faschistischen oder diktatorischen Gesellschaft oder etwas vergleichbar ähnlichem« (Antonio) – aber wo dann?!●

HC

Bezug: In jedem gutsortierten Infoladen....

Arbeit, Arbeit, Arbeit

Die Debatte um Ökonomie und Arbeit strahlt einen hohen Grad an Langeweile aus. Männer reden über die Probleme von anderen Männern oder wie sie Frauen (wieder) dazu bekommen, zuhause freudig und in der Lohnarbeit schlecht bezahlt zu arbeiten. »Linke« Kritik entwickelt dann Strategien dagegen und kümmert sich sonst um fast nichts – vor allem nicht um die Situation der Sprechenden und Schreibenden. Nur wenige Publikationen liegen jenseits dieser »modernen Klassik«, wie sie die alaska-Redakteurin *Claudia Bernhard* treffend genannt hat. Die Themen und AGs des BUKO-Kongresses in Berlin bilden – soweit mensch das »von außen« beurteilen kann – dabei keine Ausnahme.

Die Ausgabe »Immaterielle Arbeit« der Theorie-Zeitschrift *»Das Argument«* widmet sich der Kritik dieses analytischen Ansatzes. Dieses Heft zeigt, dass auch überzeugte Gramsci-AnhängerInnen nicht immer eine der sympathischen Maximen des italienischen Marxisten Gramsci ernstnehmen müssen. Der schrieb einmal, man müsse, um jemand angemessen kritisieren zu können, ja jemand überhaupt kritisieren zu können, sich unvoreingenommen auf sie oder ihn einlassen. Genau dies tut aber das *Argument*-Heft nicht. Etliche der Artikel durchzieht der Gestus, dass hier der richtige Marxismus (des »Argument«) gegen seine Infragestellung durch die Konzepte der Untersuchung immaterieller Arbeit immunisiert werden soll. Die Pro-Artikel junger AutorInnen erscheinen dann auch mehr wie marketingbedingte Quotenartikel, mit denen die neue, aufgeschlossenere Intelligenz an *»Das Argument«* gebunden werden soll. Auf eine notwendige, fundierte Auseinandersetzung mit dem sog. Post-Operaismus wird mensch also weiter warten müssen. Immerhin bietet das Heft in seinem ersten Artikel einen einigermaßen brauchbaren Überblick über die italienische Theoriedebatte der 70er Jahre (Heft Nr. 235, 156 S., 18 DM, Argument Verlag, Eppendorfer Weg 95a, 20259 Hamburg).

IHRSINN, die radikalfeministische Lesbenzeitschrift, widmet sich nach ihrem Heft »Von Klassen und Kassen« (9/1994) unter dem Titel »schaffe, schaffe« wieder der Ökonomie und der Arbeit. *Andrea Baier* wirft einen Blick auf das Verhältnis von lesbischer Existenz und Subsistenztheorie. Baier hängt der Subsistenztheorie (»es kann nicht sein, dass Gesellschaftlichkeit für Frauen Kinderlosigkeit voraussetzt«) an und tritt für eine lesbische Auseinandersetzung mit ihr ein. *Ruth Becker* bemerkt, dass fatalerweise Arbeit – und nicht z.B. Zwangsheterosexualität – die zentrale Kategorie der »deutschen« feministischen Debatte sei. Sie bringt sehr gute Argumente gegen ein garantiertes Grundeinkommen und die Eigenarbeitskonzepte vor. Diese seien eine Diffamierung der bezahlten professionellen Arbeit von Frauen. Ferner würden sie wiedereinmal die Familie als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Reformen setzen – was a) wegen der dort herrschenden Gewaltverhältnisse illusorisch und b) auch gar nicht wünschenswert sei. Witzigerweise nähert sich Bekker in ihren Forderungen nach Verbesserungen der Erwerbsarbeitsbedingungen genau wieder jenen sozialistischen Feministinnen an, die sie zu Beginn ihres Textes noch gegeißelt hat. Nun denn, es gibt schlimmeres. Inwieweit neue Konzepte von lesbischer Identität (ohne Familie, flexibel, berufsorientiert) und lesbischem Begehren zum Neoliberalismus und seiner Flexibilisierung von Leitbildern und Arbeitsverhältnissen passen, dies untersucht *Iris Nowak* in ihrem sehr lesenswerten Beitrag (IHRSINN Nr. 21 (2000), 118 S. A 5, 16 DM, c/o Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstr. 12, D-44793 Bochum.

Babette Scurrell vom Regionalentwicklungsprojekt am Bauhaus in Dessau beschreibt in ihrem kleinen Büchlein »Vielfalt der Arbeit« etliche konkrete Projekte lokaler und regionaler Ökonomie, die aber meist noch in der Planungsphase stecken. Dies ist auch ihr großer Nachteil, da so kaum zu prüfen ist, ob sie ökonomisch tragfähig sind. Scurell macht die Aspekte der Sorge und der Eigenorientierung sehr stark, was ihren Ansatz gegenüber gewerkschaftlich-etatistischen sympathisch macht (78 S., 12 DM, Verlag AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 1999 www.leibi.de/spak-buecher).●

Bernd Hüttner

Ländlicher Raum

Neue Materialien zum ländlichen Raum sind anzuzeigen. Zum einen liegt mit den *Land-Berichten* eine neue Publikationsreihe zum ländlichen Raum vor, zum anderen hat *»Alternative Kommunalpolitik«* (AKP) ein Schwerpunktheft dazu veröffentlicht.

Die nicht gerade preiswerten *Land-Berichte* erscheinen halbjährlich und haben jeweils einen Schwerpunkt (Heft 3 z.B. Beschäftigungspolitik, Heft 2 Landschaft). Sie blicken von einem theoretisch-agrarsoziologischen Standpunkt auf den ländlichen Raum. Die Theorieansätze sind – sofern es sich nicht sowieso um beschreibende Artikel handelt – eher altbacken, wie auch das ganze Heft etwas konzeptlos wirkt. Der Zusammenhang zwischen den Artikeln zu unterschiedlichsten Themen bleibt unklar. Das aktuelle Heft 4 zu »Stätten ländlicher Wirtschaftsgeschichte« enthält Beiträge zu Museen in einem alpinen Tal, zu Seetangwirtschaft an der irischen Atlantikküste, zu Grünlandnutzung und Naturschutz in Niedersachsen, zu einem Schifffahrtsmuseum und zur Revitalisierung verlassener Braunkohleabbaugebiete. Sonst finden sich noch Kongressberichte und Rezensionen.

Die existierenden Zeitschriften, die sich hauptsächlich dem ländlichen Raum widmen, tun dies meist unter einem bestimmten Blickwinkel, meist dem der Landwirtschaft oder der Kulturarbeit. Eine Zeitschrift, die sich wissenschaftlich und interdisziplinär dem ländlichen Raum widmet, wäre wünschenswert und notwendig. Ob die *Land-Berichte* sich dazu entwickeln, erscheint fraglich. Hinzu kommt, dass die kleine Zeitschrift – auch wegen fehlender Werbung – nach drei Jahrgängen in der einschlägigen Szene noch nahezu unbekannt sein dürfte.

Gerd Vonderach, Professor für Soziologie an der Universität Oldenburg, der Gründer der *Land-Berichte*, gab in den 80er Jahren die Zeitschrift *GeZeiten* heraus. AntifaschistInnen erhoben damals heftige Vorwürfe wegen Förderung neo-rechten Gedankengutes gegen die *GeZeiten*. Vonderach propagierte einen ethnopluralistischen Regionalismus und beschäftigte einige Mitarbeiter, die dem nationalrevolutionären Spektrum zuzuordnen waren.

Die den Olivgrünen nahestehende *AKP* bringt fünf Artikel zu Altern bzw. Kinder- und Jugendhilfe auf dem Land, zur grundsätzlichen Situation grüner Partei- und Kommunalpolitik auf dem Land sowie zwei zu neuen ökonomischen Projekten: zur Reinstallation von neukonzeptionierten Dorfläden und zu den Potentialen, die Holznutzung für den ländlichen Raum bieten kann. Außerhalb des Schwerpunktes finden sich dann noch neben anderen Artikel zu local economy in Hamburg und zur Förderung von Beschäftigung im Dritten Sektor durch die Europäische Union. Die Beiträge sind vielleicht für kommunalpolitische PraktikerInnen ganz interessant, wobei sie auch für die kaum neues bringen dürften, zu weitergehenden politischen oder kulturellen Fragen trägt das Heft nichts bei.●

Bernd Hüttner

Land-Berichte, 128 S., A 5, 24 DM. Erscheint seit 1998 im Shaker Verlag Aachen, Tel.: (0 24 07) 9 59 60
www.shaker.de
AKP Heft 5/2000, 68 S., 12,50 D. Bezug:
Tel.: (05 21) 17 75 17
email: AKP-Redaktion@t-online.de

Gegenbilder zur Expo

Viel ist geschrieben worden über die Expo, ihre Pannen, ihre Schulden oder auch die Peinlichkeit des Expo-Fernsehen. Nur über die Ideologie, die die Expo-Macher transportieren wollen, wurde wenig berichtet. Warum auch? Wird doch die Weltausstellung eher als verlängerte Touristikmesse denn als Vermittler von Botschaften in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Doch ausgerechnet vehemente Expo-KritikerInnen haben kürzlich unter dem Titel »Gegenbilder zur Expo 2000« ein Buch veröffentlicht, in dem sie die vorgeblichen Inhalte der Weltausstellung ernst nehmen.

Heißt es doch im Vorwort: »Die Expo-Strategie ist geschickt – so lange sie aufgeht. Wird die Expo aber als Vorschlag für eine ganz bestimmte Zukunftsvariante unter vielen möglichen wahrgenommen, könnte sie sich in ihr Gegenteil verkehren. Dann nämlich böte die Expo die Möglichkeit, diese Variante zu kritisieren und andere Zukunftsszenarien vorzuschlagen.« Weil aber die Expo-Botschaften in der Öffentlichkeit so gar nicht wahrgenommen werden, leiden auch die »Gegenbilder« bisher unter Desinteresse. Eigentlich schade; haben doch die drei AutorInnen wahrlich eine Fleißarbeit abgeliefert. Vom Ökologiebegriff über eine Wissenschaftskritik bis zur Geschichte der Produktivkraftentwicklung wird kein Problemfeld ausgelassen. Marx, Bloch, Holtzkamp, Bookchin gehören zu der Primärliteratur, die in dem Buch aufgearbeitet wird. Trotzdem haben sich die VerfasserInnen erkennbar bemüht, komplizierte Zusammenhänge allgemeinverständlich darzustellen. Neben einem umfangreichen Glossar, in dem viele Begriff ausführlich erklärt werden, gibt es am Rande der jeweiligen Artikel kurze Textzusammenfassungen.

Weiterhin muss lobend erwähnt werden, dass die AutorInnen ihr Buch als OpenTheory-Projekt begreifen. »Dieses Buch erscheint unter einer freien Lizenz (Copyleft), die das Kopieren, das Verändern und das Weitergeben des modifizierten Textes erlaubt und die dafür sorgt, das sich niemand den Text privat unter den Nagel reißen und z.B. mit einem Copyright belegen kann. Nur der Hinweis auf die Quelle, die AutorInnengruppe und die Bezugsmöglichkeiten müssen erhalten bleiben«. Damit setzen die Gegenbild-AutorInnen eine ihrer im Buch formulierten Zukunftsutopien in die Praxis um. Abschaffung aller Patente, freier Tausch von Informationen, Dienstleistungen und auch Waren gehört zu ihren Forderungen. Das Projekt der freien Software aber auch Linux wird als nachahmenswertes Beispiel herangezogen. Die AutorInnen sind also beileibe keine Technikfeinde. Anders als der New-Work-Guru *Frithjof Bergmann*, der in dem Buch mehrere positive Randnotizen erhält, spricht die *Gruppe Gegenbilder* dem Computer und dem Internet keine per se emanzipatorische Wirkung zu. Den Texten ist anzumerken, dass ihre AutorInnen längere Zeit in Kommunen und Projektwerkstätten mitgearbeitet haben. So gibt es längere Textpassagen, mit denen kommune- und projektresistente LeserInnen wahrscheinlich wenig anfangen können.

Die Kritik an der Agenda 21, dem Nachhaltigkeitsdiskurs und der Politik der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) stützt sich wesentlich auf die Arbeiten des Mitherausgebers und Radikalökologen *Jörg Bergstedt*. So prägnant seine Einwände sind, so kritisch muss auch das Gegenkonzept einer »Bewegung von unten« hinterfragt werden, das sich durch das gesamte Buch zieht und stellenweise schon den Charakter eines Mythos bekommen hat. Dabei wird nicht hinterfragt, ob Bewegungen von unten per se progressiver als beispielsweise linke Nichtregierungsorganisationen wie medico international sein müssen. Auf der Pressekonferenz der Bundeskongress Entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO) Anfang Oktober in Berlin wurde diese Frage mit plausiblen Argumenten verneint. Schließlich haben wir oft genug erlebt, dass auch »Bewegungen von unten« autoritäre, rassistische, protektionistische Theorie-und Praxisformen hervorbringen. Wie soll sich auch ein autoritär strukturiertes Subjekt plötzlich seiner gesamten Sozialisation entledigen und emanzipatorische Eigenverantwortung übernehmen? Schließlich gibt es da selbst in der linken Bewegung große Probleme, wie die *Gruppe Gegenbilder* in ihrer Kritik an der Anti-Expo-Bewegung überzeugend nachweist. »Nicht nur die verbandlich oder gar betriebswirtschaftlich organisierten NGOs und die bewusst zentralisiert arbeitenden kaderlinken Gruppierungen weisen krasse Hierarchien auf, sondern auch in den Gruppen, die den Herrschaftsabbau eigentlich als ihr Ziel proklamieren, finden sich Dominanzverhältnisse alltäglich.«

Angesichts dieses Zustandes der Linken ist der Versuch der AutorInnen, ein Gegenkonzept zu formulieren, nicht gering zu schätzen. Es wäre zu wünschen, dass es die kritische Debatte auslöst, die sich die Gruppe Gegenbilder wünscht. Beim aktuellen Zustand der Anti-Expo-Bewegung und des Utopietabus der Restlinken fast ein vermessener Wunsch.●

Peter Nowak

Freie Menschen in freien Vereinbarungen – Gegenbilder zur Expo 2000, Hg.: Gruppe Gegenbilder, 2000, 19,80 DM
Bestellungen an: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen
Download: www.projektwerkstatt.de/download/
Debatte: www.opentheory.org/proj/gegenbilder

»Vor Ort aktiv – global vernetzt«

Elf Klimabündnis-, Projekt- oder Städtepartnerschaften bieten Anregungen zum Eine-Welt-verträglichen Handeln vor Ort. Auf Grundlage einer gemeinsamen Recherche von CAF/Agenda-Transfer und dem NRW-Landesnetzwerk von Eine-Welt-Initiativen liegt nun ein erster Überblick kommunaler Partnerschaften vor. Kommunen und Initiativen – so bestätigten die InterviewpartnerInnen – sehen vielerorts in der lokalen Agenda 21 eine gute Chance, die Basis ihrer Partnerschaftsarbeit zu erweitern. Die Beispiele bieten darüber hinaus Möglichkeiten, globale Zusammenhänge in der eigenen Kommune sichtbarer zu machen. Sie sollen ermutigen, in internationalen Austausch- und Lernprogammen Lösungen auch für lokale Probleme zu finden.

Die neue Broschüre wird durch einen Serviceteil sowie Literatur- und Internethinweise ergänzt. Gegen 5 DM Kostenbeteiligung zu beziehen bei:
Caf@agenda-transfer.de, Tel. (02 28) 60 46 10●

Dorothee Zschocke

Kleiner König gegen große Pläne

Was kann schon ein kleiner Vogel ausrichten gegen die Baupläne für eine wirtschaftlich lukrative Kiesgrube? Ein winziges Tier gegen die Profitinteressen einer Baulobby? Nichts, würde man meinen. – Ist der Vogel wie beispielsweise der Wachtelkönig aber äußerst selten und geschützt, nistet er außerdem auf dem Gelände der geplanten Kiesgrube und engagieren sich einige Leute vor Ort mit Begeisterung und guter Beobachtungsgabe gegen die Baupläne, bestehen plötzlich gute Aussichten, dass er nächstes Jahr weiterhin auf Westrügen brütet.

Was im Kinderbuch »crex crex oder komm wir zieh'n nach Rügen« erfolgreich endet, erhoffen sich die beiden Autorinnen für den Widerstand gegen ein reales Kiesabbauprojekt bei Zessin (Westrügen). Die herbe Landschaft am Bodden, der Flachwasserregion der Ostsee, ist Schauplatz für die Geschichte von Tabea, die mit ihren Eltern im Frühjahr hier hergezogen ist, und bald eine kleine Schwester bekommt. Gleichzeitig hat sich nicht weit davon entfernt ein Wachtelkönig mit seinem Weibchen niedergelassen, aus deren Nest ebenfalls vier Junge schlüpfen.

Fast eine Idylle – bis einige Vermesser mit ihren rotweißen Pfählen durch das Gras trampeln. Kies soll abgebaut werden! Doch Tabea hat mit dem Fernrohr von ihrem Hochbett einen Platz gefunden, wo sie die scheuen und seltenen Vögel manchmal vor die Linse bekommt. Einer Biologin berichtet sie vom auffälligen »crex, crex«, das sich als Balzruf des Wachtelmännchens herausstellt und ebenso sein lateinischer Name ist. Tabeas Eltern schließen sich mit anderen Nachbarn zu einer BürgerInneninitiative zusammen, die dank gemeinsam ausgebrüteten Aktionen und Tabeas Beobachtungen die Kiesgrube verhindern können.

Zielgruppe des Lese-, Vorlese- und Bilderbuches sind Kinder bis zwölf Jahren. Geschickt und spannend ineinander verwoben, entwickelt sich die Geschichte von Tabeas Entdeckungen um ihr neues Zuhause parallel zur zunehmenden Gefahr einer großen Baustelle – abwechslungsweise erzählt aus der Sicht von Tabea sowie der Familie der Wachtelkönige. Anschaulich und eindrücklich zeigen die Autorinnen, wie auch kleine Beobachtungen wichtig sein können – und damit vor allem, wie sich gemeinsames Engagement lohnen kann.

Farbig illustriert bietet das Kinderbuch außerdem die Gelegenheit, die Ferieninsel Rügen auch mal von einer anderen Seite kennenzulernen. Möglichst viele Produktionsschritte wurden bewusst auf Rügen durchgeführt, wie der CONTRASTE-Autor Andreas Küstermann betont, der »crex crex« als Verleger herausgibt.●

Peter Streiff

Brigit Schuster, Ulrike Hahn: crex crex oder komm wir zieh'n nach rügen. ostSeh redaktionsbureau & verlag, Juni 2000, Kinderbuch kartoniert, 34 Seiten farbig illustriert, 25 DM, ISBN 3-935034-00-8. Bezug auch direkt bei Andreas Küstermann, OstSeh redaktionsbureau & verlag, Teschvitz 3a, D-18569 Gingst/Westrügen.

JOBS

Möbeltischlerei, seit 10 Jahren ökologisch arbeitend, bietet TischlerIn Mitnutzungsmöglichkeit gegen Kostenbeteiligung.
Thomas Bosee, Tischlermeister, Bewerungestr. 51-53, D-45276 Essen
☎(02 01) 59 45 66, Fax 59 53 16

Solaranlagen- und Heizungsbaufirma (1-Mann-Betrieb) in Stuttgart sucht ab sofort netten, engagierten Menschen mit Berufserfahrung (Heizungs- bzw. SanitärinstallateurIn)und Führerschein für ca. 30 Std./Woche.
Bitte melden bei:
Frieder Epple, Fremdstr. 4,
D-70563 Stuttgart-Vaihingen
☎/Fax (07 11) 73 12 49

Wir suchen für unsere Speedmaster 102 ZP eine/n junge/n und doch erfahrene/n **DruckerIn** in Teilzeit ca. 24 Std/Woche ab März 2001.
Hein & Co, Lerchenstr. 87,
D-22767 Hamburg
☎(0 40) 43 20 04 00, Fax 43 20 04 22

PROJEKTE

Kleines, uriges Kneipen-Restaurant auf ökologischem Gewerbehof in traumhafter, ländlicher Umgebung an Leute mit Stil und Ideen längerfristig zu verpachten. Seminarräumlichkeiten geplant. Kleinkunstbühne, Biergarten und Wohnmöglichkeiten vorhanden.
☎(0 63 62) 42 18 oder 44 25, Fax 44 57

Hofgemeinschaft gründen! Alter Resthof in der Nordpfalz sucht noch Menschen für ein lebendiges Miteinander (Selbstversorgung, Projekte, Tauschbörse...). Große Gebäude, Garten, Wiesen, Wald vorhanden.
☎(0 63 62) 44 16

Hauswirtschaftlicher Versorgungsdienst mit Grundpflege aufzubauen gesucht. Hier im Kreis MG/Düren. Mofa, Rad möglich. 3-Leute-Team, 10 Tage Dienst, 10 Tage Frei Regelung. Kalkuliertes Monatsgehalt 1.500 DM brutto.
Uwe Müller, Plattenstr. 89,
D-41189 Mönchengladbach-Wanlo.
☎/AB (0 21 66) 55 38 90

News zur Projektwerkstatt
Nicht neu: Immer noch (nur – es ist noch Platz für widerständige Polit-WGlerInnen!) 3 Leute, die hier im Haus wohnen bzw. viel unterwegs sind. Und ebenfalls noch viel Platz im Kalender des Tagungshauses für politische Gruppen, die hier Seminare, Arbeitstreffen usw. organisieren wollen.
Neu, zum 1.: Ausbau der Archive und Bibliotheken. Dabei bringen sich Menschen auch von außerhalb ein, die sammeln und ein paar Mal pro Jahr hier ein paar Tage verbringen, um »ihr« Archiv zu betreuen. In der Mache: Antifa/Antira, Umwelt, Direkte Aktion/Widerstand, Gruppenorganisation, Paedagogik/Bildung. Geplant: Gender/Antisexismus, Esoterik. Ausserdem im Aufbau: Video Archiv, Software Archiv.
Neu, zum 2.: Es sind Gäste-Arbeitsplätze eingerichtet worden, damit die Archive und politischen Werkstätten optimal genutzt werden können. Das gilt für Einzelpersonen, die hier ihre politische Arbeit, Referate, Studienarbeiten, Veröffentlichungen u.ä. vorbereiten, und für Gruppen, die bei ihrem Aufenthalt unsere Einrichtungen nutzen wollen.
Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen
☎(0 64 01) 90 32 83
E-Mail:
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de

INTERNETADRESSE

Auf unserer Website könnt Ihr zu vielen Projekten surfen und andere Medienprojekte besuchen. Unsere Link-Liste wird paralell zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2001 laufend erweitert und aktualisiert. Auch die komplette Ausgabe 1 und demnächst auch Nr. 2 aus dem Jahr 1984 ist dort in unserem Archiv zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Homepage mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

IM POSTFACH

Liebe Contraste-Macher!

Ich muss ein großes Lob für die Oktoberausgabe (193) loswerden! Die Buchbesprechung »Ton Steine Scherben«, Der Aufsatz »Ohne Liebe wäre das alles nicht möglich gewesen«, sowie der Artikel »Strom ohne Energiekonzerne, Atom- und Umweltverschmutzung?« waren Spitze!!

Habt Dank und bleibt dran,
Uwe aus Cottbus

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Lesen und lesen lassen

Wer unvorbereitet aus der Haft entlassen wird, steht bald wieder mit dem Rücken zur Wand. Mit einer Zeitungspende helfen Sie Gefangenen auf dem Weg aus der Kriminalität. Bitte spenden Sie deshalb ein Abonnement von »Contraste« zum Preis von halbjährlich DM 40,- bzw. jährlich DM 80,- oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V., Kennwort: »Contraste«
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00,
Konto 30 85 400

Telefon/Fax 030-6112189
E-Mail: freiabos@bln.de

Zeitungen für Gefangene

Marc Mendelson, Foto: Dietmar Bührer

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 890, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; **60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24,** ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, Fax (0 40) 36 03 11 59 05, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 10829 Berlin, Detlef Bansamir, Katzlerstr. 16, E-Mail: Detlef-Bansamir@gmx.de; **Information & Kommunikation,** 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: dietz@koma.free.de, Internet: http://komm.ffii.org; **Umweltschutz von unten:** 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.wwbnet.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE.e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 14 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 8.-10.12.2000
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

INSTITUT FÜR NEUE ARBEIT

Krise der Arbeit
– Ursachen, Folgen, Auswege
Die Automation ist immer ein Traum der Menschheit gewesen. Heute, wo sich dieser Traum verwirklicht, erweist er sich für immer mehr Menschen als Alptraum. Warum ist die Problematik der Massenarbeitslosigkeit nicht mit den herkömmlichen marktwirtschaftlichen Rezepten zu bewältigen? Welche gesellschaftlichen Folgen stehen uns bevor? Kann das Konzept der »Neuen Arbeit«, wo Erwerbsarbeit mit vernetzter Eigenarbeit verknüpft wird, Auswege aufzeigen? Was Projekte heute schon erreicht haben, wird anhand der »Sozialistischen Selbsthilfe Mülheims« und anderen vorgestellt und diskutiert.
Termin: 20.-24.11.2000, Köln
Bildungsurlaub
Information & Anmeldung:
Institut für Neue Arbeit,
Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln
☎(02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98
E-Mail: ina@link-lev.de

Linux & Co
– Ideen für eine andere Gesellschaft
»Linux« hat die Computerszene aufgemischt. Weltweit haben Programmierer »hobbymäßig« ein eigenes Betriebssystem und vielfältige Anwendungen entwickelt, die keinen Preis haben, also allen Interessierten frei zur Verfügung stehen. Linux steht für Qualität, für Software, die sogar funktioniert, die Microsoft schon in vielem überlegen ist. Damit widerlegt Linux das marktwirtschaftliche Dogma, nach dem sich stets das bessere Produkt gerade wegen der betriebswirtschaftlichen Konkurrenz durchsetzt.
Der Referent Stefan Meretz lebt in Düsseldorf. Er hat das Internet-Projekt »Open Theory« mitentwickelt. Er ist Autor verschiedener Artikel und zweier Bücher.
Stefan Meretz stellt zur Diskussion:

- das widersprüchliche Verhältnis von Freier Software und profit-orientierter Wirtschaft;
- die historische Bedeutung Freier Software;
- die Freie Softwarebewegung als Keimform einer neuen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus.

Termin: Dienstag, 28. November, 20 Uhr
im INA, Düsseldorfer Str. 74,
Köln-Mülheim
Kostenbeitrag: 8 DM, ermäßigt 5 DM

2. ARMUTSKONFERENZ

Wir wollen die Betrachtungsweise der Betroffenen !
am 18. und 19. November 2000 jew. von 10 bis 19.30 h
im Blauen Salon, Altes ND Gebäude, Franz-Mehring-Platz, Berlin Friedrichshain mit AG's und Referaten zu den Themen: Armutsgroßbezirk Friedrichshain/Kreuzberg; Armut und Repression; MigrantInnen; Altersarmut, Selbstorganisiertes Überleben; Sozialer Widerstand; Jugend- und Familienarmut, Armut und Repression; Armut und Psychatrisierung; »Reichtum und Existenzgeld«.
Es wird eine öffentliche Auswertung der Konferenz stattfinden. Die gesamte Konferenz wird in einem Reader dokumentiert.
Hängematten e.V.
☎/Fax: (0 30) 29 00 68 08
Mail: haengematten@gmx.de

NETZ

Unternehmensplanung mit »Excel« in kleinen und mittleren Unternehmen
Termin: 16.-17.11.2000, Berlin

Arbeitslust – Arbeitsfrust?
Aufstellung von Arbeitssystemen
Die systemische Methode der »Organisations-Aufstellungen« hat sich sowohl im gesamten sozialen und öffentlichen Bereich wie auch für FreiberuflerInnen und für MitarbeiterInnen von Wirtschaftsunternehmen als ein sehr effektives Mittel zur Entwicklung schneller und individueller Lösungsansätze erwiesen.
Termin: 27.11.-1.12.2000, Dortmund

Präsentation und Vortrag
Steigern Sie Ihre Redewirksamkeit durch systematische Vortragsgestaltung und Präsentation. Erhöhen Sie die Aufmerksamkeit Ihres Publikums, damit Sie ankommen mit dem, was Sie zu sagen haben. Zielgerichtete Gesprächsführung und Argumentationstechniken ermöglichen es Ihnen, Ihre Anliegen verständlich und überzeugend auszudrücken. Praktische Übungen und Video-Supervision helfen Ihnen, Ihre Persönlichkeit wirkungsvoll einzusetzen.
Termin: 1.-3.12.2000, Bonn

Open Space Technologie
& Zukunftswerkstatt
Neue Fragen zu stellen, neue Möglichkeiten zu erschließen, alte Probleme aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten, erfordert kreative Vorstellungskraft und kennzeichnet echte Innovationsbereitschaft. Anhand von Praxisbeispielen und aktiven Praxissimulationen wird nicht nur hinterfragt, sondern »selbst erlebt«, ob Open Space und Zukunftswerkstätten nur vieldiskutierte Begriffe oder erfolgsversprechende Technologien sind, mit denen wir z.B. Organisationen schnell, wirkungsvoll und nachhaltig verändern können. Die dazu notwendige Haltung, Sinn und Wirkung dieser selbstorganisierten offenen Systeme werden genauso hinterleuchtet, wie die praktische Relevanz innerhalb des eigenen Unternehmens oder der Organisation.
Termin: 4.-8.12.2000, Dortmund
Information & Anmeldung:
Netz, Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44
Fax: 794 90 46
E-Mail: netz@aries.de
www.aries.de/netz

UMWELTSCHUTZ VON UNTEN

Bundes-Ökologie-Treffen
»Umweltschutz ganz oben – Umweltschutz von unten«
Mit vielen Arbeitskreisen, Workshops, spannenden Exkursionen und Diskussionen soll vom **22. bis 26. November** in der TU Clausthal das Bundes-Ökologie-Treffen stattfinden. Höhepunkt soll eine Diskussion um »Ökologie oder Markt?« mit BefürworterInnen und GegnerInnen sein, drumherum ranken sich Themen wie »Verkehrspolitik von unten«, »Kritische Blicke auf die Agenda 21«, »Visionen: Freie Menschen in freien Vereinbarungen«, »Naturschutz« und »Ökostrom von unten«. Das Bundes-Ökologie-Treffen ist (abgesehen von Jugendveranstaltungen) das einzige unabhängige und offene, durch die Kreativität und Ideen der TeilnehmerInnen selbstgestaltete Umweltschutztreffen in Deutschland. Veranstalter ist das Ökoreferat der TU Clausthal, UnterstützerInnen sind unter anderem die Bundeskoordination Studentische Ökologiearbeit, die Umweltzeitschrift »Ö-Punkte« und etliche Basisgruppen.
Nähere Informationen zum BÖT finden sich unter www.th-clausthal.de/student/asta/boet, zum Thema Umweltschutz von unten unter http://go.to/umwelt oder siehe unter Fachredaktionen »Umweltschutz von unten«, Impressum S. 15.

»Globalisierung und Neoliberalismus – sind wir dem hilflos ausgeliefert? – Alternativen und Widerstand weltweit«
Neoliberalismus und Globalisierung greifen immer stärker um sich und teilen unsere Gesellschaft immer mehr in Menschen, die viel haben und andere, die wenig oder nichts besitzen. Projekte wie die EXPO wollen uns weismachen, dass in Zukunft nur noch Technik und Reichtum zählt. Auch die Versprechungen von der Lösung globaler Probleme durch Technik und Geld können über die gravierenden menschenverachtenden Auswirkungen von Ausbeutung und Umweltzerstörung großer Firmen nicht mehr hinwegtäuschen. Umso verwunderlicher ist es, dass sich auch immer mehr ehemals alternative Betriebe, Projekte oder Parteien auf diesen vermeindlichen »Zukunftspfad« einlassen.
Weltweit gibt es immer stärkeren Widerstand gegen diese Symbole des Neoliberalismus, die diese angreifen und bekämpfen. Bei der Veranstaltung wollen wir Fotos und Filme dieses weltweiten Widerstandes (z.B. Prag, EXPO, Seatle) zeigen und über diese und andere Möglichkeiten diskutieren.
Gegen die Globalisierung zu sein ist eine Sache, aber Alternativen dazu gibt es bisher nur wenige. Wir wollen einige Projekte für eine Ökonomie und Gesellschaft von unten, die auch hier vor Ort möglich sind, vorstellen (zB.: Tauschringe für Initiativen, Ökostrom von unten).
Termin: 18.11.2000, das Haus in Eckernförde
Information & Anmeldung:
Institut für Ökologie e.V.,
Turmstr. 14a,
D-23843 Bad Oldesloe
☎0 45 33) 79 22 59, Fax 79 22 86
eMail: institut@inihaus.de

»Ökostrom von unten«
Themen: Ökostrom (Hintergründe, Qualitäten, Tarife), Neuanlagen bauen (Finanzierung, Planung und mehr), eigene Aktionsmöglichkeiten in Städten und Regionen
Termin: 8.-10.12. in Hütten (Thüringen)
Mehr Infos unter
http://move.to/oekostrom
oder über o.a. Anschrift.

RADIKAL REISEN

Chile – Santiago de Chile
und südliches Chile
Zusammen mit linken studentischen Kollektiven verschiedener Universitäten in Santiago de Chile werden wir uns mit den Bedingungen linker Theorie und Praxis im heutigen Chile auseinandersetzen. Geprägt ist die chilenische Gesellschaft derzeit sowohl von politischem Desinteresse als auch von einer Aufbruchstimmung unter linksradikalen Jugendlichen in den Städten wie von indigenen Bewegungen besonders im Süden Chiles. Neben dem Aufenthalt in der Metropole Santiago de Chile werden wir uns mit eben diesen indigenen Bewegungen an einigen exemplarischen Konfliktorten treffen. Politisch und kulturell ein völlig anderer Einblick wird – ebenfalls im Süden – die Beschäftigung mit der deutschen Einwanderung in Chile sein, die bis heute durch ihre reaktionär-konservative Ausrichtung und ihr Leben wie im letzten Jahrhundert ins Auge fällt.
Termin: 25.12.2000 bis 12.1.2001
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke,
Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com

ÖKODORF-INSTITUT

17.-19.11.2000 Seminar zur Gemeinschaftssuche /-gründung in Hausen im Wiesental/Schwarzwald .
27.12.2000-2.1.2001 Sylvester feiern in Gemeinschaft. Begegnung von Gemeinschaften und Suchenden in sozial engagierter spiritueller Gemeinschaft in kleinem Dorf bei Mainz.
Info zu allen Terminen:
Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33,
D-79688 Hausen im Wiesental
Tel./Fax (0 76 22) 67 13 22
E-Mail: oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

JUNGE LINKE

Anarchismus
Glaubt man der vorherrschenden Meinung, so ist der Begriff der Anarchie gleichzusetzen mit Gewalt und Chaos. Wir wollen auf diesem Seminar das Thema »Anarchie« vernünftig erörtern und seine verschiedenen Strömungen sowie seine Bewegungsgeschichte vor Augen führen. Hierzu ist eine Auseinandersetzung mit anarchistischen Denkern und Praktikern notwendig. Außerdem wollen wir die radikaldemokratische Kritik am Anarchismus diskutieren.
Termin: 24.-26. November 2000

Rhetorik II
Der Aufbaukurs für alle, die vor vielen Menschen reden, mit maßgeblichen ExpertInnen diskutieren oder erfolgreich verhandeln müssen/wollen. Schwerpunkt dieses Seminars sind insbesondere Argumentationstechniken für Podiumsdiskussionen oder Interviews. »Rhetorik II« ist insbesondere für Menschen, die bereits politisch aktiv sind und ihre eigenen Erfahrungen einbringen können, zugeschnitten. Das Seminar baut auf dem Rhetorik-Einführungsseminar auf.
Termin: 1.-3. Dezember 2000

Geschlechterverhältnisse
Physik und Technik sind doch nichts für Frauen. Es liegt wohl eher in der »Natur der Frau«, sich mit den schöngeistigen Dingen des Lebens zu befassen, Harmonie zu pflegen und Verantwortung für die Kinder zu zeigen. Männer hingegen weinen nicht, sind einfach stärker und müssen selbstverständlich ihre Familie ernähren. Oder?! Gibt es das – typisch Frau, typisch Mann? Auch wenn es vielen nicht bewusst ist: Rollenzuteilungen und Klischees bestimmen noch immer unsere Gesellschaft. Unterdrückungsmechanismen – oft in subtiler Form – existieren überall. Auf diesem Seminar werden wir uns mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, auch mit unserer eigenen Situation in der Schule, der Uni, im Betrieb und zu Hause beschäftigen. Ein besonderes Augenmerk soll auf die Widerspiegelung der in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse in der gelebten Sexualität gerichtet werden.
Termin: 15.-17. Dezember 2000
Info: jungdemokratInnen-junge linke sachsen-anhalt, G.-Hauptmann-Str. 18, D-39108 Magdeburg
E-Mail: lsa@jungdemokratinnen.de
www.jungdemokratinnen.de/sachsen-anhalt

Schule, ein einziger
Dienst am Menschen?
Kritik der Bildungspolitik
Termin: 15.-17.11.2000
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
☎(09 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

Heute schon gleichberechtigt?
Femitopia 2000
Im letzten Jahrhundert haben sich Frauen viele Rechte erkämpft und für ihre Nachfolgerinnen enorme Freiräume und Möglichkeiten geschaffen. Nun sind Stimmen zu hören, dass der Feminismus ausgedient habe, denn Frauen seien/fühlten sich jetzt ja gleichberechtigt. Wir denken da anders drüber und wollen den Alltag unter die feministische Lupe nehmen. Hierzu schauen wir uns einige theoretische und praktische Ansätze an.
Termin: 1.-3.12.2000, Castrop-Rauxel

Give the anarchist a cigarette!?
Ziel dieses Seminares ist es, die Grundbegriffe von Anarchie und Demokratie vorzustellen und gegeneinander zu diskutieren. Demokratie (Radikaldemokratie) und Anarchie werden dabei als einander ausschließende Konzepte verstanden. Diesen Gegensatz zu verstehen ist eins der Ziele des Seminars.
Termin: 8.-10.12.2000, Schwerte

Was tun? Was tun!
Aktionsseminar für den politischen Alltag
JedeR kifft, doch Drogen sind verboten, in der Schule sollst du mitarbeiten, doch nur so lange du nicht kritisierst, rechte Übergriffe werden Normalität, deine Nachbarin wird abgeschoben, obwohl ihr Folter und Tod drohen. das kotzt dich an, du willst was tun?
Alle, die schon vor Ort aktiv sind oder es werden wollen, können sich hier über Erfahrungen und Ideen austauschen oder sich einfach Anregungen holen.
Termin: 16.-17.12.2000, Hagen

Die neoliberalen Worthülsen zum Platzen bringen!
Den Standort sichern, sich der Globalisierung stellen, den Staat verschlanken, die Verwaltung modernisieren, die soziale Hängematte zum Sprungtuch machen, der Gestiegenen weltweiten Verantwortung gerecht werden...
Diese Worthülsen werden uns solange täglich eingehämmert, bis wir sie nicht mehr als ideologische Kampfbegriffe wahrnehmen. Wir wollen den Blick schärfen für diese Strategie und trainieren, was wir dem wie entgegensetzen können.
Termin: 9.-10.12.2000, Castrop-Rauxel
Information & Anmeldung:
jungdemokratInnen/junge linke,
Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
☎(02 02) 493 83 54, Fax 45 11 23
www.jungdemokratinnen.de

FACHKONGRESS

Wenn Studenten ins Finanzamt einziehen
Die energieeffiziente Umnutzung gewachsener Bausubstanz steht im Mittelpunkt eines Fachkongresses, den die »Bremer Impulse: Bauen & Energie« und die »Bremer Energie-Konsens« am **16./17.11.2000** in Bremen veranstalten.
Ob ein altes Finanzamt zum Studentenwohnheim oder ein Schlachthof zur Fernsehstation wird: Bei immer mehr Bauprojekten geht es darum, vorhandene Gebäude für neue Aufgaben umzunutzen. Investoren und Planer sehen sich bei entsprechenden Projekten sehr oft zahlreichen Unwägbarkeiten und Risiken ausgesetzt: Planungen energieeffizient auszulegen, erscheint dann häufig als zusätzliches Wagnis. Dabei bietet gerade die Umnutzung bestehender Gebäude eine große Chance, Energie und wertvolle Ressourcen zu schützen. Zum einen, da ein Neubau mit seinem hohen Energie- und Ressourcenaufwand vermieden wird und zum zweiten, da die vorhandene Bausubstanz so aufgewertet wird, dass die nutzungsbedingten Emissionen deutlich zurückgehen.
Ziel des Kongresses ist es daher, eine energieeffiziente Umnutzung für Investoren und Planer kalkulierbar zu machen. Sechs Projekte aus Deutschland und Nachbarländern werden als praktische Beispiele für eine Umnutzung zum Teil mehrerer Jahrhunderte alter Bauwerke zu hochmodernen und hochenergieeffizienten Wohn-, Veranstaltungs- oder Bürogebäuden vorgestellt und sollen den Schritt zu einer eigenen Umsetzung von Projektideen erleichtern.
Die Besonderheiten der einzelnen Projekte werden in Workshops analysiert, die KongressteilnehmerInnen können dort einen themenzentrierten Fragenkatalog erarbeiten, der als Grundlage der folgenden Diskussion dienen soll. Themen sind dann Heiz- und Lüftungstechnik, Systembaulösungen für Sanierungen, Finanzierung, die städtebauliche Einbindung sowie der Schutz erhaltenswerter Fassaden.
Information:
Bremer Impulse: Bauen & Energie
c/o Bremer Energie-Konsens
Langenstr. 52/54
D-28195 Bremen
☎(04 21) 376 67 13, Fax 376 67 19
E-Mail: info@ennergiekonsens.de
www.energiekonsens.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg